



Plenarprotokoll

98. Sitzung

Kiel, Mittwoch, 17. November 1999

Nachruf auf den ehemaligen Abgeordneten
und Oppositionsführer Dr. Ottfried Hennig7395

Gemeinsame Beratung

a) Investitionsprogramm 1999 bis 2002 des Bundesverkehrsministeriums

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/2469

b) Investitionsprogramm des Bundes- verkehrsministeriums 1999 bis 2002

Antrag der Fraktionen von SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2472 (neu)

c) A 20 und Elbquerung

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/2482
Änderungsantrag der Abgeordneten des
SSW
Drucksache 14/2529

d) Bau der A 20 westlich von Lübeck - Entscheidung des Bundeskabinetts

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/2504
Heide Simonis, Ministerpräsidentin..... 7396
Martin Kayenburg [CDU] 7398, 7428
Lothar Hay [SPD] 7404

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN] 7406, 7426
Wolfgang Kubicki [F.D.P.] 7410, 7425
Anke Spoorendonk [SSW] 7414
Horst Günter Bülck, Minister für Wirt-
schaft, Technologie und Verkehr..... 7416, 7428
Bernd Schröder [SPD] 7419
Brita Schmitz-Hübsch [CDU] 7422
Thorsten Geißler [CDU] 7423
Dr. Adelheid Winking-Nikolay
[fraktionslos] 7424
Uwe Eichelberg [CDU] 7427

Beschluss: Überweisung der Anträge
Drucksachen 14/2472 (neu), 14/2482,
14/2529 und 14/2504 Nr. 2 und 3 an
den Wirtschaftsausschuss 7429

Zweite Lesung des Entwurfs eines Geset- zes über die Aufnahme von Spätaus- siedlerinnen und Spätaussiedlern sowie ausländischen Flüchtlingen (Landesauf- nahmegesetz - LAufnG)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2020

Bericht und Beschlussempfehlung des In-
nen- und Rechtsausschusses
Drucksache 14/2445

Klaus-Peter Puls [SPD], Berichterstatter 7429

Beschluss: Verabschiedung 7429

Küstenwache

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/2516

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Drucksache 14/2531

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister 7429

Meinhard Füllner [CDU]..... 7431, 7439

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]..... 7433

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]..... 7435, 7441

Wolfgang Kubicki [F.D.P.] 7437, 7441

Anke Spoorendonk [SSW]..... 7438, 7443

Dr. Jürgen Hinz [SPD] 7440

Meinhard Füllner [CDU], zur Geschäft-
sor

Holger Astrup [SPD] 7442

Beschluss: Annahme des Antrages Druck-
sache 14/2531 7444**Gemeinsame Beratung****a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Ge-
setzes zur Änderung des Hochschulge-
setzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/1479

**b) Zweite Lesung des Entwurfs eines Ge-
setzes zur Änderung des Hochschulge-
setzes**Gesetzentwurf der Abgeordneten des
SSW

Drucksache 14/1535

**c) Zweite Lesung des Entwurfs eines Ge-
setzes zur Änderung des Hochschulge-
setzes (Strukturreform-Novelle)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/2121

Bericht und Beschlussempfehlung des Bil-
dungsausschusses

Drucksache 14/2477

Antrag der Abgeordneten des SSW

Drucksache 14/2528

Antrag der Fraktionen von SPD und

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/2533

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]..... 7444

Jürgen Weber [SPD] 7444, 7464

Jost de Jager [CDU]..... 7447

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN]..... 7451

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] 7455, 7464

Anke Spoorendonk [SSW]..... 7459

Thorsten Geißler [CDU]..... 7463

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bil-
dung, Wissenschaft, Forschung und
Kultur..... 7465Beschluss: 1. Verabschiedung des Gesetz-
entwurfs 14/21212. Überweisung der Anträge
Drucksachen 14/2528 und 14/2533 an
den Bildungsausschuss 7469**Rückzug des Bundes aus der Finanzie-
rung der Bereitschaftspolizeien der Län-
der - Auswirkungen auf die innere Si-
cherheit in Bund und Ländern**

Landtagsbeschluss vom 16. September 1999

Drucksache 14/2381

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister 7470

Klaus Schlie [CDU] 7471

Peter Zahn [SPD] 7473

Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN]..... 7474

Wolfgang Kubicki [F.D.P.] 7475

Anke Spoorendonk [SSW]..... 7477

Beschluss: Kenntnisnahme..... 7478

* * *

Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wis-
senschaft, Forschung und Kultur

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister

Angelika Birk, Ministerin für Frauen, Jugend,
Wohnungs- und Städtebau

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie

Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft,
Technologie und VerkehrKlaus Buß, Minister für ländliche Räume, Land-
wirtschaft, Ernährung und TourismusHeide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit
und Soziales

* * * *

Beginn: 10:02 Uhr

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 39. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig.

Erkrankt sind die Abgeordneten Herr Gerckens, Frau Hars, Herr Steincke, Herr Plüschau, Frau Rodust und Herr Minister Steenblock. Ich wünsche allen im Namen des Hauses eine gute Genesung.

(Beifall)

Beurlaubt sind die Abgeordneten Herr Hopp und Herr Ehlers. Wegen dienstlicher Verpflichtungen auf Bundesebene ist außerdem Herr Minister Walter beurlaubt.

Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, sich zu erheben. -

Wir haben Abschied nehmen müssen und wir gedenken unseres ehemaligen Kollegen Dr. Ottfried Hennig, der nach schwerer Krankheit verstorben ist. Herr Hennig war von 1992 bis 1997 Mitglied des Schleswig-Holsteinischen Landtages, er war Fraktionsvorsitzender der CDU und Oppositionsführer in unserem Parlament.

Ottfried Hennig hat mit der ihm sehr typischen Art die Politik in Schleswig-Holstein in herausgehobenen Funktionen mitgestaltet und bestimmt. Er war ein engagierter Abgeordneter, den - neben der Freude an der Politik - auch außerordentliche Disziplin und Pflichterfüllung auszeichneten. Er verfügte über große politische Energie und den Willen zur politischen Gestaltung. Den Parlamentarier Ottfried Hennig zeichneten parlamentarischer Stil und politische Überzeugungskraft aus.

Die schwere Krankheit in den letzten Jahren trug er mit großer Kraft und Gelassenheit.

So haben wir unseren Kollegen in diesem hohen Hause kennen gelernt; so wird er uns unvergessen bleiben.

Unsere Trauer und unser Mitgefühl gelten seiner Familie, seinen Angehörigen und seinen Freunden. Wir werden ihm stets dankend ein ehrendes Andenken bewahren.

Meine Damen und Herren, Sie haben sich von Ihren Plätzen erhoben; ich danke Ihnen.

Ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge und mit folgenden Maßgaben zu behandeln:

Zu den Tagesordnungspunkten 3, 5, 7, 26, 27, 32 und 34 ist eine Aussprache nicht geplant. Die Anträge zum Tagesordnungspunkt 9 wurden von den Antragstellern zurückgezogen.

Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 10, 11, 12 und 14 - Investitionsprogramm des Bundesverkehrsministeriums, A 20 und Elbquerung -; die Punkte 15 und 31 - Regional- beziehungsweise Minderheitensprachen in den Medien und Minderheitenpolitik in der 14. Wahlperiode -; die Punkte 16 und 17 - Veräußerung der Häfen in Brunsbüttel und Dagebüll -; die Punkte 18 und 35 - Veräußerungen von Liegenschaften an die Investitionsbank - sowie die Punkte 23 und 28 - Stärkung des Handwerks.

Anträge zur Aktuellen Stunde und Fragen zur Fragestunde liegen nicht vor.

Mir wurde mitgeteilt, dass der Tagesordnungspunkt 29 - Situation des Transportgewerbes - doch in dieser Tagung behandelt werden soll. Ist das richtig so?

(Meinhard Füllner [CDU]: Ja!)

- Danke, dann werden wir diesen Punkt am Freitag nach dem Tagesordnungspunkt 37 behandeln.

Wann die einzelnen Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 39. Tagung.

Wir werden unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause jeweils längstens bis 18 Uhr tagen. - Ich höre keinen Widerspruch; dann werden wir so verfahren.

Ich möchte noch Besucher begrüßen. Auf der Tribüne haben sich Schülerinnen und Schüler mit ihren Lehrerinnen und Lehrern der Realschule Viöl sowie Mitglieder des Marinesicherungsbataillons 2 und 4 aus Seeth eingefunden. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe jetzt die Tagesordnungspunkte 10, 11, 12 und 14 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Investitionsprogramm 1999 bis 2002 des Bundesverkehrsministeriums

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/2469

(Präsident Heinz-Werner Arens)

b) Investitionsprogramm des Bundesverkehrsministeriums 1999 bis 2002

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2472 (neu)

c) A 20 und Elbquerung

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/2482
Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 14/2529

d) Bau der A 20 westlich von Lübeck - Entscheidung des Bundeskabinetts

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/2504

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Dann erteile ich das Wort zum Bericht der Landesregierung Frau Ministerpräsidentin Simonis.

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Man kann ja ein bisschen verstehen, dass der **Opposition** drei Monate vor der Wahl die Nerven durchgehen.

(Lachen bei CDU und F.D.P. - Meinhard Füllner [CDU]: Wem die wohl durchgegangen sind! - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Aber über manches, was sie sich in den letzten Tagen geleistet hat, kann man sich wirklich nur wundern. Es hat obendrein den Nachteil, dass es leider unserem Land schadet.

In dem so wichtigen Bereich der Verkehrsinfrastruktur arbeiten Sie mit offensichtlichen Unwahrheiten und versuchen, Verunsicherung im Land zu schaffen, damit vielleicht die eine oder andere Stimme bei Ihnen landet.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Mann, Mann, Mann!)

Der so genannte faire Umgang miteinander hört sofort auf, sobald es um ein Problem geht, das man im Interesse des Landes gemeinsam lösen könnte. Da Sie offenbar die schwierige Materie genutzt haben, um mal hier und mal dort Sätze fallen zu lassen, die keinen Zusammenhang ergeben, nehme ich gern die Gelegenheit wahr zu erklären, was eigentlich abgelaufen ist.

Gestern war unter der Überschrift „Klimmt sichert den Weiterbau der A 20 zu“ folgendes in der Zeitung zu lesen. Die Überschrift und der Text stimmen:

„Der Weiterbau der Ostseeautobahn A 20 westlich von Lübeck und eine zusätzliche Elbquerung bei Hamburg werden in den neuen Bundesverkehrswegeplan aufgenommen und dort mit hoher Priorität eingestuft. Dies erklärte ein Sprecher des Bundesverkehrsministeriums gestern im Anschluss an ein persönliches Gespräch zwischen Ministerpräsidentin Heide Simonis (SPD) und Bundesverkehrsminister Reinhard Klimmt (SPD).“

Im Klartext: Die **A 20** wird weiter gebaut. Alle Entscheidungsträger bei diesem Projekt vertreten diese Position: die Landesregierung als Planer und das Bundesverkehrsministerium als Bauherr. Wenn Sie jetzt vom „Aus für die A 20“ oder - um es etwas abgeschwächer zu sagen - vom „faktischen Aus“ sprechen, dann verbreiten Sie wissentlich Falsches.

Es gab und gibt bei diesem Thema keinen Dissens zwischen schleswig-holsteinischer **Landesregierung** und der **Bundesregierung**.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Warum sind Sie nach Berlin gefahren?)

Die neueste Nachricht, dass es einen Dissens zwischen der Landesregierung und der Bundesregierung gebe, ist geradezu albern. Horst Bülck und ich haben das gemeinsam zusammen mit Bundesverkehrsminister Klimmt herausgearbeitet. Gemeinsam haben wir am Montag in Berlin noch einmal klar gesagt: Die Fortführung der A 20 mit zugehöriger Elbquerung ist und bleibt ein Projekt von hoher Priorität.

(Beifall bei der SPD)

Minister Klimmt hat zudem betont und uns in einem Brief geschrieben - den ich Ihnen zur Verfügung gestellt habe -, dass nur dadurch das so genannte „Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nr. 10“ erst wirklich Sinn mache.

Er geht zu Recht davon aus, dass „die Landesregierung die Planung zügig vorantreibt, damit im Rahmen des neuen Bundesverkehrswegeplanes zeitgerecht die Finanzierung sichergestellt werden kann“. Woher Sie da Widersprüche zwischen uns und Berlin konstruieren wollen, bleibt Ihr Geheimnis. Sicher, wir haben Zeit verloren und Sie wissen genau, warum. Wir haben durch die **Klage** gegen das **Planfeststellungsverfahren** im ersten Bauabschnitt Wakenitzregion Zeit verloren. Wir haben auch Zeit verloren, um die uns vom Gericht auferlegten Vorgaben ordentlich abzu-

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

beiten. Das ist zu bedauern, aber das Recht auf Klage kann nun einmal niemandem bei uns in der Bundesrepublik abgesprochen werden. Es ist Bestandteil unseres Rechtssystems und dieses ist unabhängig von der Farbe einer Bundes- oder Landesregierung. Dieses Recht nehmen die Bürger einfach wahr.

Es wäre natürlich am schönsten gewesen, hätte die Bundespolitik gesagt: Die ganze A 20, quer über die Elbe und darüber hinaus, wird mit einem Schlag in den Plan aufgenommen. - So hat es übrigens immer die alte Bundesregierung gemacht, ohne sich die geringsten Gedanken darüber zu machen, wie solche Versprechungen, die sie quer durch die ganze Bundesrepublik - jedem, der vorbei kam - gemacht hat, überhaupt bezahlt werden konnten.

(Beifall bei der SPD)

Wer in der Lage war, irgendeine Straße auf irgendeinen Zettel zu schreiben und Herrn Wissmann in die Hand zu drücken, der konnte sicher sein, dass dieses Projekt im Bundesverkehrswegeplan erschien - zwar ohne Finanzierungsmöglichkeiten, aber das Projekt war im Plan enthalten und man konnte nach Hause gehen und sagen: Wir haben gesiegt! Nur, gebaut war noch nicht ein Zentimeter.

Die **Fortführung der A 20 südlich von Lübeck** wird - in der Sprache der Finanzexperten - erst nach 2002 finanzwirksam, weil sie erst dann baureif durchgeplant ist. Es war übrigens auch von Anfang an nie anders geplant. Wenn man möchte, kann man das nachlesen, aber Sie möchten ja offenbar nicht. Der Bundesverkehrsminister hat am Montag noch einmal erläutert, dass nur baureife Projekte, die bis 2002 fertiggestellt oder fortgeführt werden sollen, im Investitionsprogramm des Bundes verankert wurden.

Diese rigorosen Kriterien waren notwendig, um in den Trümmerhaufen des Bundesverkehrswegeplanes so etwas wie Strukturen und Vernunft hineinzubekommen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Kohl-Regierung hatte im **Bundesverkehrswegeplan** wirklich jedem das Blaue vom Himmel versprochen. Das hat zur Folge, dass im Bundesverkehrswegeplan 85 Milliarden DM fehlten. Wo die hätten herkommen sollen, ist uns nie verraten worden. Das war kein Ruhmesblatt Ihrer damaligen Regierung.

(Beifall des Abgeordneten Lothar Hay [SPD]
- Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Deshalb sind Sie nach Berlin gefahren!)

Dies ist der Grund, warum jetzt Ordnung geschaffen werden muss. Das wissen Sie genauso gut wie wir.

Wir bauen Straßen und Brücken. Die alte Bundesregierung hat nichts als Luftschlösser gebaut!

(Beifall bei der SPD - Frauke Tengler [CDU]: Welche bauen Sie denn?)

Wir sind nach Berlin gefahren, um uns das bestätigen zu lassen. Die neue Bundesregierung und die schleswig-holsteinische Landesregierung bauen sorgfältig und zügig die **Infrastruktur** dieses Landes aus.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wo denn?)

Wenn sich der eine oder andere in Berlin klammheimlich oder auch ganz öffentlich über das Zurechtstutzen falscher und auch nicht sachgerechter Ankündigungen freut, dann ist das natürlich relativ stilllos und hilft unserem Land nicht. Es sollte uns aber bei der Arbeit nicht stören.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Ihre Forderung der letzten Woche hört sich gut an: Die „Bündelung aller Kräfte für unser Land“ schlagen Sie vor, „Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften“ sollen „parteiübergreifend“ zusammenarbeiten und dazu bieten Sie der Landesregierung Ihre Hilfe an, um dann, wenn es zum ersten Mal darauf ankäme, dass man Hilfe bräuchte - aber wir haben es ja auch ohne Sie geschafft -, sofort loszuschlagen und zu versuchen, parteipolitisch-taktisch daraus etwas zu machen.

Ihr Großmut ehrt Sie, Ihre Worte hören sich gut an, Ihre Taten sprechen gegen Sie. Was die Vertreter Ihrer Partei in der **alten Bundesregierung** bisher für Schleswig-Holstein getan haben, war schon ein ziemliches Armutszeugnis.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben das Land behindert und - verglichen mit dem Süden - vorsätzlich schlechter gestellt.

Beispiel **Schienenverkehr!** Kein anderes Bundesland wurde von der alten Bundesregierung zur Mitfinanzierung einer Elektrifizierungsmaßnahme - übrigens der ersten in diesem Lande - in vergleichbarem Maße herangezogen wie Schleswig-Holstein. Erst gemeinsam mit der neuen Regierung haben wir es geschafft, ein tragfähiges Finanzierungskonzept für die Planung der Strecke Lübeck - Hamburg auf die Beine zu stellen. So hilft man einem Land und nicht so, wie das Ihre alte Regierung gemacht hat.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beispiel **Truppenreduzierung!** Von Standortschließungen war Schleswig-Holstein in der Ära Kohl und

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

Rühe weit überproportional getroffen und es gab nicht einen einzigen Pfennig Ausgleich aus Bonn. Stattdessen durften wir für die verlassenen Kasernen - mit denen der Bund sowieso nichts mehr anfangen konnte - allein in Wentorf 34 Millionen DM bezahlen und uns auch noch darüber Gedanken machen, was wir damit anfangen sollen.

(Klaus Schlie [CDU]: Das hat die Gemeinde allein gemacht!)

Seit April 1990 ging die Zahl der in Schleswig-Holstein stationierten Soldaten und der zivilen Beschäftigten um 35.000 zurück. Der ehemalige Verteidigungsminister scheint offenbar vergessen zu haben, was er damals diesem Land angetan hat und welche Anstrengungen wir unternommen haben, um das zu verkraften. Wir haben es nicht vergessen!

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Das **Strukturhilfegesetz** mit einer Laufzeit bis 1998 wurde 1993 mal eben von der Bundesregierung kassiert. Verlust für Schleswig-Holstein: Über 1 Milliarde DM weniger für wichtige Infrastrukturmaßnahmen.

Diese Liste ließe sich fortsetzen. Sie haben gerade allen Grund, sich darüber zu beschweren, dass eine Bundesregierung ein Land schlecht behandelt. Ihre hat es vorgemacht, unsere versucht es jetzt - mit uns gemeinsam -, ein wenig besser zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Ihnen und Ihren Parteifreunden damals in Bonn Schleswig-Holstein wirklich so am Herzen gelegen hätte, wie Sie es jetzt zum Ausdruck bringen wollen, dann hätten Sie damals mit uns gemeinsam gegen Bonn gekämpft und mit uns gemeinsam Argumente gesucht, um unserem Land zu helfen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir mussten erstmal gegen Sie kämpfen, um die A 20 in den Verkehrswegeplan aufzunehmen!)

Wenn es Ihnen heute wirklich ernst wäre mit der von Ihnen proklamierten „parteübergreifenden Zusammenarbeit“, dann würden Sie als erstes auf Falschdarstellungen und Häme verzichten und versuchen, gemeinsam mit der Landesregierung beziehungsweise mit dem dafür zuständigen Minister die Planungen voranzutreiben. Denn eines kann ich Ihnen sagen: Die Briefe aller Bürgermeister, die Briefe aller Landräte, die Briefe aller Initiativen, die nun gegen die A 20 kommen, tragen auch Unterschriften von Parteimitgliedern. Zugegebenermaßen von diesen offen dargestellt: Ich bin zwar CDU-Mitglied, aber ich bitte Sie, mir zu helfen; wir wollen die A 20 nicht haben. Da

sind Ihre Bürgermeister zum Teil mehr daran beteiligt als unsere, wie ich aus der Diskussion um den Transrapid und andere Themen weiß.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Wenn Sie für eine **zügige Planung der A 20** sind, dann reden Sie mit Ihren Bürgermeistern. Dann könnten Sie uns manchen Stein aus dem Weg räumen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Meinhard Füllner [CDU]: War das jetzt alles?)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich eröffne die Aussprache.

Ich erteile das Wort Herrn Oppositionsführer Kayenburg.

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Simonis, ich denke, die Reaktion des Parlaments zeigt, was man von Ihrer Rede zu halten hat.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

So wie Sie redet wirklich nur jemand, der angeschlagen ist und in der Sache nichts zu sagen hat.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zurufe von der SPD)

Sie sind wieder einmal gescheitert, dieses Mal in der **Verkehrspolitik**, und Sie haben diesem Land nachhaltigen Schaden zugefügt.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zurufe von der SPD)

Wenn Sie auf eine Presseüberschrift verweisen, dann kann ich Ihnen auch ein paar vorlesen. Da steht zwar irgendwo: „Klimmt sichert Weiterbau der A 20 zu“. Im Text steht: hohe **Priorität**. Wo ist denn eigentlich die höchste Priorität? Oder: „Simonis: Grünes Licht für die A 20“. Wiederum wird nur hohe Priorität und keineswegs höchste Priorität genannt. Andere haben es dann deutlicher gesagt: „Kein zusätzliches Geld für die A 20, Klimmt lässt Simonis auflaufen“. Oder: „Simonis blitzte ab, erstmal kein Geld für die Weiterführung“. Das, Frau Simonis, sind doch die Fakten, und nicht das, was Sie uns klar zu machen versucht haben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

(Martin Kayenburg)

Auch Ihr Aktionismus beweist, dass Sie falsch davor waren. Sie rennen nach Berlin und betteln um eine Planungsfinanzierung. Und was ist das Ergebnis: Absage, Ohrfeige, Bauchlandung!

(Zurufe von der SPD: Genau! - Meinhard Füllner [CDU]: Das hätte man auch billiger haben können!)

Vielleicht haben Sie nun endlich schmerzhaft erkannt, wie wenig Ihre Argumente in Berlin wirklich gelten. Sie haben die Zeit verschlafen. Sie haben keine Fakten geschaffen. Sie sind einfach wieder einmal zu spät gekommen. Sie hatten eben keine baureifen Pläne in der Schublade. Deswegen wurde Schleswig-Holstein im **Verkehrsinvestitionsprogramm** nicht berücksichtigt.

(Lachen bei der SPD - Holger Astrup [SPD]: Das ist ein starkes Stück!)

Andere waren da in der Tat klüger. Ich glaube, Sie haben einfach die Chance verpasst. Schon 1994 und auch 1996 haben wir - ich selbst auch - gefordert, Sie sollten mit der Planung für die A 20 in Vorlage treten. Sie sollten Private mit der Planung beauftragen. Passt ist nichts. Die Landesregierung hat gepennt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Und wie immer kam die Ablehnung. Ich denke, wenn wir hier weiter gewesen wären, hätten wir eine Chance gehabt, die **A 20** in die Finanzvorgabe der Berliner Regierung hinein zu bekommen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ein Irrtum!)

Ihr eigener Wirtschaftsminister hat dies übrigens gestern in einem Pressegespräch ehrlich zugegeben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Natürlich! - Herr Minister, akzeptieren Sie, was da steht?)

Peinlich, kann ich da nur sagen, Frau Ministerpräsidentin!

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

- Ich komme darauf zurück, Herr Kubicki! Ihr Zögern, Frau Ministerpräsidentin, war nach meiner Meinung das Koalitionsoffer an die Grünen. Sie haben nicht gehandelt und haben damit Stillstand bewirkt. Sie haben den Schaden für unser Land zu verantworten. Vorläufig gibt es nämlich keine bessere **Verkehrsinfrastruktur**, keine zusätzlichen Arbeitsplätze, keine Investitionen und keine konjunkturellen Impulse aus einer engeren Verbindung mit der Boomregion im Ostseeraum.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Und das, Herr Hay, auch mit Unterstützung der SPD! Sie haben die Chance vertan. Am 14. Oktober hatten wir einen Dringlichkeitsantrag gestellt, die Landesregierung möge über die Vorhaben des Bundesverkehrsministeriums zum Investitionsprogramm 1999 bis 2002 und deren Auswirkungen auf Schleswig-Holstein berichten.

(Meinhard Füllner [CDU]: Richtig!)

Da hatte sich bereits abgezeichnet, was passieren würde.

(Klaus Schlie [CDU]: So ist das!)

Die erheblichen Nachteile wurden deutlich. Aber Sie haben nicht zugestimmt und dann konnten die rot-grünen Strategen in Berlin das vorlegen, was uns heute solche Sorgen macht.

Übrigens war das nicht unsere Vermutung allein. Auch der Kollege Bernd Schröder hatte Ähnliches befürchtet und diese Befürchtungen auch presseöffentlich geäußert. Sein Ansatz war richtig, kann ich da nur sagen.

(Zurufe von der SPD - Unruhe)

Mit einer Debatte im Oktober hätten wir vielleicht noch die Chance gehabt, etwas zu verändern, und die wirklich zukunftsvernichtenden **Kürzungen** wären nicht in den **Bundesverkehrswegeplan** hinein gekommen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Unruhe - Zurufe von der SPD)

Aber Sie, meine Damen und Herren von der SPD, haben leichtfertig die Optionen verspielt. Und Frau Simonis konnte weiter wursteln wie bisher.

Sie, Herr Hay, sind ja offenbar noch klug geworden; denn das Staunen ist jetzt ja groß. Jetzt, nachdem das Kind in den Brunnen gefallen ist, räumen Sie immerhin ein, Herr Kollege Hay - ich zitiere -, „dass bei intensiverem Nachdenken“ die Panne in Berlin frühzeitig zu reparieren gewesen wäre.

(Zurufe von der CDU: Aha! - Beifall bei der CDU)

Ich kann nur sagen: Hätten Sie doch am 14. Oktober darüber nachgedacht und Ihre grauen Zellen bemüht! Aber von sich aus hat die Regierung offenbar in der Vergangenheit niemals etwas unternommen. Angesichts der heute nach der Entscheidung in Berlin anstehenden Debatte gibt es nun eine hektische Reisedi-

(Martin Kayenburg)

plomatie. So sind beispielsweise Frau Simonis und Herr Bülck am letzten Montag in Berlin gewesen,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Keiner weiß, warum!)

um dort zu antichambrieren. Nur: Wie wenig Einfluss Sie, Frau Ministerpräsidentin, inzwischen dort haben, zeigt das Ergebnis dieser Aktion.

(Ursula Kähler [SPD]: Reden Sie doch nicht einen solchen Stuss!)

Das war doch gar nicht so, wie Sie es jetzt hier dargestellt haben.

(Beifall bei der CDU)

Ihr Verkehrsminister hat das eingeräumt. Er hat gesagt, dass bei Aufnahme in das **Investitionsprogramm** die A 20 aus dem Gerangel mit den anderen Projekten heraus gehalten worden wäre; dann - so meldet „dpa“ - wäre die A 20 automatisch in den neuen **Bundesverkehrswegeplan** aufgenommen worden. Das heißt doch im Umkehrschluss, dass das jetzt nicht mehr sicher ist, und das ist kein Schlehtreden durch uns, sondern das sind die Fakten aus dem, was hier von Ihnen gesagt worden ist. Darüber, dass nun die dicken Fragezeichen hinter der A 20 stehen, dürfen doch am allerwenigsten Sie den Kopf schütteln, Herr Hentschel! Das ist doch das, was die Grünen immer gewollt haben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es! - Beifall bei CDU und F.D.P. - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie wissen doch gar nicht, wie das funktioniert!)

- Sie schon gar nicht!

Wie begründet unsere Forderung vom 14. Oktober gewesen ist, ist spätestens am 3. November deutlich geworden, als die Schröder-Regierung das Verkehrswegeinvestitionsprogramm veröffentlicht hat. Dieses Programm erweckt jedenfalls für mich den Eindruck, als wenn für die Berliner Rot-Grünen Deutschland an der Stadtgrenze von Hamburg endet.

(Beifall bei der CDU - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Im übrigen will ich wirklich feststellen: Dieses Programm nimmt unserem Land ein Stück Zukunft. Das hat Rot-Grün zu vertreten.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben es offensichtlich gar nicht gelesen!)

Die Vereinigung der Industrie- und Handelskammern in Schleswig-Holstein hat das auf den Punkt gebracht.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben es doch gar nicht gelesen! Das ist doch das Problem! Sie wissen nicht, welche Kriterien dort vorgegeben sind! Sonst würden Sie anders reden! - Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Peinlich! Peinlich, wenn man nicht weiß, worüber man spricht! Weitere Zurufe und Unruhe - Glocke des Präsidenten!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Hentschel, das Wort hat Herr Abgeordneter Kayenburg.

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Abgeordneter Hentschel, vielleicht würden Sie einmal zur Kenntnis nehmen, dass die Industrie- und Handelskammern festgestellt haben, dass dieses Programm unberücksichtigt lässt - ich zitiere -, „dass sich in Europa vor allem der Norden wirtschaftlich dynamisch entwickle“. **Schleswig-Holstein** wird damit nun endgültig von einer gemeinsamen Entwicklung mit unseren nördlichen Nachbarn wegen unzureichender **Verkehrsverbindungen** abgekoppelt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es! - Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist peinlich! Das sind schwarze Luftblasen!)

Sie sind es doch und auch die SPD, die immer wieder die großen Chancen hervorheben, die die Boomregion um den Øresund für Schleswig-Holstein bieten. Da frage ich: Warum haben Sie nicht gehandelt? - Jetzt, nachdem die Katastrophe da ist, laufen Sie zu Herrn Klimmt nach Berlin, um wenigstens Mittel für die Planung loszueisen.

(Konrad Nabel [SPD]: Sie sind die Katastrophe!)

Aber nicht einmal das haben Sie geschafft. Ergebnis: Fehlanzeige auf der ganzen Linie!

(Beifall bei der CDU)

Herr Bülck, da mögen Sie noch so sehr den Kopf schütteln; das sind die Fakten. Hatten Sie wirklich erwartet, Herr Bülck, dass Ihre wegen die Bundesregierung ihre Planung ändern würde, dass die A 20 in das Finanzierungsprogramm aufgenommen würde oder dass Sie wenigstens die Planungskosten erstattet bekommen?

(Konrad Nabel [SPD]: Aber Ihnen wäre das wohl gelungen?)

(Martin Kayenburg)

Wenn Sie so blauäugig waren, dann, wissen Sie spätestens jetzt, Frau Simonis, wie wenig den Berlinern an einer von Ihnen geführten Regierung in Schleswig-Holstein gelegen ist.

(Ursula Kähler [SPD]: Ja, ja!)

Dabei hätten Sie es wirklich besser wissen können, wie Sie in Berlin angesehen sind. Es ist doch nicht das erste Mal, dass Sie abgeblitzt sind. Was war denn bei Duty free?

(Lachen bei der SPD - Zurufe von der SPD: Unglaublich! - Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Peinlich!)

Da haben Sie verkündet, das hätten Sie mit Herrn Schröder schon geregelt. Das Ergebnis ist: Nichts ist geschehen und das Ganze ging zu Lasten von Arbeitsplätzen hier im Lande.

(Ursula Kähler [SPD]: Erst zünden Sie das Haus an und dann schreien Sie nach der Feuerwehr! Das ist unmöglich! - Weitere Zurufe von der SPD)

Was war denn mit dem Konsulat in Apenrade? Großmundige Ankündigen! Ergebnis: Wieder nichts gewesen. Diese Reihe könnte man fortsetzen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Aber offenbar wird Frau Simonis aus Schaden nicht klug. Vielleicht ist ihr auch jetzt erst klar geworden, welche Chancen für Schleswig-Holstein verspielt werden.

Ich will jetzt einmal anhand einiger Punkte an das erinnern, was wirklich passiert ist. Was ist alles gestrichen worden? Was ist im **Investitionsprogramm** im Unterschied zum Fünfjahresplan 1993 bis 1997 mit Verlängerung bis zum Jahre 2000 nicht mehr enthalten? Das ist zum Beispiel der Bau der zweiten Fahrbahn der B 207 von Oldenburg nach Heiligenhafen mit dem gleichzeitigen vierspurigen Ausbau zur Autobahn, also im Grunde die Verlängerung der A 1. Vorgesehen ist lediglich noch die Umgehung der Stadt Oldenburg und dann fehlt der Ausbau der B 404/A 21 zwischen Bornhöved und Negernbötel zur vierstreifigen Autobahn.

Beide Trassen sind für dieses Land wirklich wichtige Projekte, die von der Regierung Kohl

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

- hören Sie genau zu, Frau Kähler! - in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplanes eingestellt waren.

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber niemals finanziert worden wären! - Weitere Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Das mit der Unterfinanzierung oder Nichtfinanzierung kann ich langsam nicht mehr hören.

(Lachen bei der SPD - Holger Astrup [SPD]: Das glaube ich!)

Das ist genau so dämlich wie das Gerede über die Steuermindereinnahmen. Da planen Sie zu hohe Einnahmen, kriegen weniger Steuereinnahmen und haben dann Steuermindereinnahmen.

(Holger Astrup [SPD]: Jetzt wird es lustig! - Weitere Zurufe von der SPD)

Nehmen Sie doch einmal zur Kenntnis, dass wir einen **Bundesverkehrswegeplan** haben, der viele Vorgaben hat,

(Holger Astrup [SPD]: War da Geld drin oder nicht? - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zeigen Sie doch einmal Ihr Portemonnaie! - Anhaltende Zurufe - Glocke des Präsidenten)

Dieser Plan hat viele Vorgaben, Planungsziele und Visionen.

(Beifall bei der CDU)

Dass wir unterschiedliche Prioritäten haben und dass parallel dazu ein Finanzierungsplan gemacht werden muss, was für die Finanzierung der Projekte erforderlich ist, ist klar.

(Beifall bei der CDU - Holger Astrup [SPD]: Jetzt wird's wirklich lustig!)

Wenn Sie schon rumkaspern, dann nennen Sie - oder Herr Bülck möge es tun - ein einziges Projekt in Deutschland, das geplant war und nicht realisiert worden ist. Das ist doch der Punkt.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da sind Pläne gemacht worden, ohne dass Geld dafür da war! Pläne ohne Geld, was ist denn das? Das ist eine Luftblase! - Weitere Zurufe - Glocke des Präsidenten)

Nun werden die Strecken in den Plänen nicht einmal mehr erwähnt; das ist der Fehler, den Sie gemacht haben.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Hentschel, kommen Sie bitte einmal zu mir!

Martin Kayenburg [CDU]:

Deswegen ganz langsam für Herrn Hentschel: Alle Projekte, die geplant waren, sind auch durch den Bundesverkehrswegeplan finanziert worden.

(Holger Astrup [SPD]: Das ist leider nicht wahr!)

Aber was wahr ist, darf bei Ihnen einfach nicht wahr sein, weil Sie bei der A 20 einfach restlos versagt haben.

Der Aufschub der eben genannten Projekte ist im Grunde gleich schlimm. Was passiert denn, wenn die Autobahn **A 1** nicht verlängert wird?

Wir haben dann plötzlich keine Anbindung mehr an den Fehmarnbelt, jedenfalls keine adäquate vierspurige Anbindung. Das ist doch das Lieblingsprojekt von Herrn Bülck! Aber hier wird die Bundesregierung dafür sorgen, dass auch das **Fehmarnbelt-Projekt** infrage gestellt wird. Denn welchen privaten Finanzier wollen Sie finden, wenn es auf der deutschen Seite keine vernünftige Anbindung an den Fehmarnbelt geben wird?

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Was die **B 404**, die Parallelstraße zur A 7, anbelangt, verstehe ich die Grünen nun bald wirklich nicht mehr. Da sind sie dagegen! Damit sind natürlich die wichtigen Verkehrsanbindungen, insbesondere der Zubringer zum Fährhafen Kiel, unvollendet. Jetzt frage ich mich, was wir eigentlich wollen. Wollen wir wieder mehr Transporte aufs Wasser bringen oder wollen wir alles auf die Straße packen? Das ist Ihnen aber wohl letztlich egal, wenn es um Ihre rot-grüne Klientel geht, die hier offensichtlich bedient werden soll.

(Widerspruch bei der SPD)

Ich frage Sie also: Wenn in diesem Bereich bereits diese Rücknahmen da sind, was wollen Sie dann eigentlich bei den Ortsumgehungen tun, bei der Eisenbahn oder bei der Schiene? Hier haben Sie doch Projekte gehabt, die Sie immer befürwortet haben. Frau Schmitz-Hübsch wird darauf noch eingehen. Was ist eigentlich mit dem Raum um Pinneberg und dem Schienenengpass? Auch hier haben wir Streichungen, auch hier haben wir keine Finanzierung und auch hier schadet die rot-grüne Bundesregierung unserem Land.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.])

Wenn die Fortführung der **A 20** nicht im Programm berücksichtigt wird, dann erinnern Sie sich doch einmal daran, dass wir dieses Projekt gemeinsam angepackt haben, dass wir gemeinsam die für unser Land existentielle Notwendigkeit der A 20 und der Elbquerung an der Westküste, nördlich, stromabwärts - -

(Holger Astrup [SPD]: Wo denn?)

- Glückstadt, haben wir immer gesagt, Herr Astrup! Kein Problem!

(Widerspruch bei der SPD)

- Ich habe erstens nirgendwo etwas anderes gesagt, zweitens wäre das ein anderer Ansatz gewesen. Den hat Ihr Parteifreund Engholm doch früher einmal vertreten. Er wollte, bevor wir uns hier geeinigt haben, Schnellfähren über die Elbe einsetzen. Das war Ihr Verkehrskonzept. Wir haben dafür gesorgt, dass es zu dieser Forderung gekommen ist.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Unabhängig davon ist dieses Projekt für uns unverzichtbar. Dass wir zu Recht befürchten, dass die Grünen hier Beifall klatschen, wird durch eine „dpa“-Meldung vom 3. November bestätigt, in der es heißt, dass die Nichtberücksichtigung der A 20 insbesondere den Grünen zuzuschreiben sei, die in Berlin voller Stolz auf diese Entscheidung seien. Da kann ich nun überhaupt nicht nachvollziehen, dass Herr Bülck der Meinung ist, Sie hätten überhaupt keinen Einfluss gehabt. So hat er sich jedenfalls geäußert.

Wir im Landtag wissen doch, Frau Fröhlich, wie die Grünen zur A 20 stehen. Die Ablehnung ist nicht nur im Koalitionsvertrag 1996 festgeschrieben worden, Sie haben auch die Klage mit großem Beifall begleitet, als es um die Wakenitzquerung ging. Es ist uns allen noch in guter - ich muss eher sagen: schlechter - Erinnerung, wie Sie sich verhalten und unserem Land geschadet haben.

(Beifall bei der CDU)

Ihre Partei hält doch zum Beispiel den Ausbau des Ostuferhafens in Kiel unter Hinweis auf die vorbeiströmenden Verkehre der A 20 für überflüssig. Was ist das eigentlich für ein politischer Ansatz? Ich bin der Auffassung, Sie haben in der Verkehrspolitik nun überhaupt nichts mehr zu sagen, sondern sollten sich mit Zwischenrufen, wie sie Herr Hentschel eben geäußert hat, wirklich zurückhalten. Aber leider ist ja zu erwarten, dass die Grünen auch beim Bundesverkehrswegeplan in Berlin nach wie vor eine entscheidende Rolle spielen werden. Nach unserer Kenntnis - so ist jedenfalls zu hören - arbeiten die Grünen jetzt schon mit Nachdruck daran, dass es zur A 20 und den

(Martin Kayenburg)

damit zusammenhängenden Investitionen nicht mehr kommen wird.

(Zuruf von der CDU: Hört! Hört!)

Wenn die A 20 im Bundesverkehrswegeplan fehlen sollte, dann wäre dies wirklich eine Katastrophe für unser Land.

(Beifall der Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU] und Ursula Röper [CDU])

Da frage ich die Koalitionsregierung hier im Lande: Müssten Sie nicht endlich Klartext sprechen und Ihrem grünen Partner einmal sagen, wo die **Prioritäten** für Schleswig-Holstein wirklich liegen?

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Noch eine Anmerkung, Frau Simonis und Herr Bülck! Sie mögen sich noch so sehr im Gesundbeten üben, die Menschen haben doch schon längst verstanden - da nutzen auch keine falschen Vorwürfe - und in der Berichterstattung steht doch nicht umsonst „Der Anfang vom Ende“ oder „Stauland Schleswig-Holstein“. Die Unternehmensverbände, die Sie doch sonst immer so vereinnahmen und die angeblich Ihre Politik stützen, haben von einer grotesken Fehlentscheidung gesprochen. Vielleicht rüttelt Sie das wenigstens einmal auf, wenn Sie das akzeptieren, was von den Unternehmensverbänden kommt. Dem habe ich wirklich nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei der CDU)

Da Herr Steinbrück hier erwähnt wurde, möchte ich zwei, drei Sätze dazu sagen. Vor Steinbrück gab es eine große Pause. Da wurden Straßen zurückgebaut. Als Steinbrück da war, gab es ein bisschen Entwicklung. Da haben wir uns nach meiner Meinung positiv fortentwickelt. Seitdem er weg ist - jeder weiß, warum er weg ist -, ist hier im Lande wieder Stillstand.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Ich möchte Sie an seine Broschüre „Verkehrsbrücke im Ostseeraum“ erinnern.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Darin hat er geschrieben, eine besondere Bedeutung komme dem **Bau der A 20** im Bereich Lübeck/Landesgrenze Mecklenburg-Vorpommern und ihrer westlichen Fortführung als Nord-West-Umbauung Hamburgs über Bad Segeberg und eine feste Elbquerung westlich von Stade zu. Herr Astrup, dem ist nichts hinzuzufügen.

Er sagt weiter, die geplante **Ost-West-Verbindung** biete die Möglichkeit, das riesige Wachstumspotential des gesamten Ostseeraums unter Benutzung der Straßen- und Schifffahrtswege zu entwickeln. Soweit Steinbrück! Ich kann nur sagen, Recht hatte der Mann!

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Nur, Sie haben sich von dieser Politik abgewendet, als er weg war! Sie haben zu verantworten, dass die A 20 nicht weiter vorangebracht wird.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Ich kann nur sagen, Herr Bülck: Was für ein Unterschied zum jetzigen Verkehrsminister dieses Landes, der nun wirklich fernab jeder Realität kommentiert, das **Investitionsprogramm** 1999 bis 2000 - es geht übrigens bis 2002, das scheint ja inzwischen bei Ihnen angekommen zu sein - sichere wichtige **Infrastrukturprojekte** in Schleswig-Holstein. Da frage ich: Welche denn? Wer so argumentiert, Herr Minister, verniedlicht nicht, sondern hat entweder keine Ahnung oder er spricht wider besseres Wissen. So sind die Fakten!

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Heute sind wir im Grunde nicht weiter, als wir 1997 waren. Das ist die ganze Entwicklung, die diese **rot-grüne Regierung** gemeinsam mit der rot-grünen Regierung in Berlin zu verantworten hat. In diesem Zusammenhang möchte ich auf die „Segeberger Zeitung“ vom 5. November 1999 hinweisen, die schrieb, dass Bundesverkehrsminister Klimmt nicht gewillt war, 3 Millionen DM an vorbereitenden Ausgaben für den Weiterbau der A 20 westlich der A 1 für die Jahre bis 2002 auszugeben.

Warum eigentlich nicht? Er will sich offenbar durch diese Grundsatzentscheidung nicht binden lassen. Das ist doch der Knackpunkt! Denn es kämen Folgekosten von weiteren 100 Millionen DM hinzu. Die Sturheit in dieser Frage hat er am letzten Montag noch einmal dokumentiert. Nicht einmal die Schmalspurversion ist am letzten Montag durchgekommen. Es sollte um 1,5 Millionen DM - für den gesamten Bundeshaushalt eine eher läppische Summe - gehen. Nicht einmal die 1,5 Millionen DM hat er bereitgestellt. Es bedarf wohl keiner deutlicheren Ablehnung, um zu erkennen, dass die rot-grüne Regierung, die von Ihnen, Frau Simonis, und von Ihren Genossen hochgelobt wird, dabei ist, sich vom Projekt der A 20 zum Schaden unseres Landes zu verabschieden.

(Martin Kayenburg)

Deswegen müssen wir einen Wechsel im Lande herbeiführen und uns um diese Projekte kümmern.

(Widerspruch bei der SPD)

Ich schlage vor, Frau Simonis, Sie sollten sich ein Stück weit von dem Wahlkampf, den Sie hier zelebriert haben, verabschieden und sich vor allem um die ernsthaften Projekte kümmern. Ich halte zwar auch Flutlichtanlagen in Lübeck und Lohmühle für löblich und wichtig und wir wollen für den Sport viel tun. Wenn aber jemand - wie die Ministerpräsidentin - dazu extra eine Pressekonferenz durchführt und 1,1 Millionen DM zur Verfügung stellt, beim Bundesverkehrswegeplan aber nichts erreicht, dann kann ich dazu nur sagen, der hat sich eher um Wahlkampf gekümmert und nicht um die Interessen des Landes.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hay das Wort.

Lothar Hay [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte eine Bemerkung des Kollegen Kayenburg vom Anfang seiner Rede aufgreifen, weil ich der Meinung bin, dass so kurz kein Gedächtnis sein kann.

(Holger Astrup [SPD]: Offensichtlich doch!)

Wenn Sie unsere Landesregierung dafür verantwortlich machen, dass es kein Duty free mehr gibt, vergessen Sie, dass für den Wegfall von Duty free zwei Personen verantwortlich sind: der ehemalige Bundeskanzler Kohl und der ehemalige Finanzminister Waigel. Das sollten Sie zur Kenntnis nehmen.

(Holger Astrup [SPD]: So ist es! - Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin in den vergangenen Tagen begeistert gewesen, mit wie viel verbaler Kraft und Wucht sich die CDU um die **Verkehrsinfrastruktur** kümmert

(Heiterkeit des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

und wieder virtuellen Beton verbaut.

(Zuruf von der CDU: Das machen Sie doch! -
Zuruf von der SPD: Richtig!)

Das steht allerdings umgekehrt proportional zu dem, was Sie in Ihrer Regierungszeit in Schleswig-Holstein geschaffen haben.

(Martin Kayenburg [CDU]: Mein Gott!)

Auch wenn Sie, Herr Kayenburg, das nicht gern hören - Frau Simonis ist schon darauf eingegangen -, muss

das doch einmal genannt werden: War Schleswig-Holstein nicht dank Ihrer Partei das Bundesland, das als letztes einen Autobahnanschluss erhielt?

(Holger Astrup [SPD]: So ist!)

War Schleswig-Holstein nicht auch das letzte Bundesland, welches durch die Elektrifizierung einen Anschluss an das europäische Hochgeschwindigkeitsnetz erhielt, und zwar, weil unsere Landesregierung Ihre Versäumnisse aus Ihrer Regierungszeit mit Einsatz von Landesgeldern abarbeitete?

(Holger Astrup [SPD]: So ist es! - Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was Sie hier heute zu geißeln versuchen, dass in dem von der Bundesregierung vorgelegten **Investitionsprogramm** keine Mittel für den Weiterbau der A 20 über die A 1 enthalten sind dafür sind Sie mit Ihrer Finanzierungspolitik für den noch bis 2002 geltenden **Bundesverkehrswegeplan** verantwortlich.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihre Regierung hat eine Deckungslücke von bis zu 90 Milliarden DM hinterlassen. Das ist fast anderthalb Mal so groß wie das, was jetzt finanziert werden soll.

(Zuruf von der CDU: Luftbuchungen!)

67 Milliarden DM sollen im Investitionsprogramm bis 2002 finanziert werden. Die nicht ausfinanzierten Projekte machen noch einmal einen Betrag von 80 bis 90 Milliarden DM aus. Das sind Fakten, für die Sie die politische Verantwortung zu tragen haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Peter Lehnert [CDU])

Mehr als das, was jetzt in das Investitionsprogramm aufgenommen worden ist, ist bei einer soliden Haushaltspolitik aus Berlin nicht zu finanzieren.

Aus Sicht der Sozialdemokraten sind Investitionen in den Ausbau und den Erhalt unserer Verkehrswege sowohl für die Wirtschaft als auch für eine zunehmend mobile Gesellschaft unerlässlich. Um eben dies zu erreichen, ist das jetzt von Bundesverkehrsminister Klimmt vorgelegte Investitionsprogramm aus unserer Sicht ein Schritt weg von einer Politik der Spatenstiche hin zu einer verlässlichen und realistischen **Inve-**

(Lothar Hay)

stitutionsplanung. Damit erreichen wir mehr Investitionsklarheit und Investitionswahrheit. Das ist **Politik**.

(Beifall bei der SPD - Lachen des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

Für das Investitionsprogramm des Bundes gibt es klare **Prioritäten**.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie finden in Schleswig-Holstein nicht statt! Das ist das Problem!)

Sie orientieren sich an transparenten und überprüfbaren Leitsätzen. Oder, Herr Kayenburg,

(Martin Kayenburg [CDU]: Ja!)

meine Damen und Herren von F.D.P. und CDU, fordern Sie etwa, dass die EXPO-2000-Projekte bis zur Fertigstellung des Planfeststellungsverfahrens der A 20 Ende 2002 warten sollen? Fordern Sie, dass anstelle der Wakenitzquerung als Vollendung eines Projektes der deutschen Einheit gefälligst zunächst die westliche Elbquerung kommen muss?

(Martin Kayenburg [CDU]: Schöne Beispiele!)

Oder sollten Sie etwa dagegen sein, dass bereits vorfinanzierte Projekte oberste Priorität genießen? - Dann bedenken Sie dabei bitte auch, dass damit unter anderem die Ortsumgehung Kaltenkirchen gestorben wäre.

(Ingrid Franzen [SPD]: Tja!)

Natürlich - da sind wir trotz aller Wahlkampftöne, die hier im Vordergrund stehen, überhaupt nicht auseinander - hätten wir uns mehr Mittel für das Investitionsprogramm gewünscht. Ich will gar nicht verhehlen, dass bei mir eine gewisse Enttäuschung mitschwingt. Wer aber jetzt behauptet, Schleswig-Holstein sei beim Investitionsprogramm schlecht weggekommen, die **Bundesregierung** habe die **Landesregierung** im Stich gelassen, stellt doch die Tatsachen auf den Kopf.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Beifall bei CDU und F.D.P.)

Schleswig-Holstein - das können Sie nachlesen - erhält - im Gegenteil! - einen deutlich überproportionalen Anteil am Gesamttopf.

(Martin Kayenburg [CDU]: Gemessen woran?)

Herr Kayenburg, rufen Sie doch einmal bei dem CDU-Ministerpräsidenten Teufel in Baden-Württemberg an und fragen Sie, wie er sich fühlt. Was ist dort an Projekten auf der Strecke geblieben, an Projekten, die sogar schon Baureife erlangt haben und bei denen sich nun eine Verzögerung schlicht aufgrund der Tatsache

ergibt, dass das notwendige Geld im Bundeshaushalt nicht vorhanden ist! Die Ursache dafür liegt bei Ihrer 16-jährigen Finanzpolitik.

(Holger Astrup [SPD]: So ist es! - Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich noch ein Wort zu Ihrem Vorwurf sagen, die Landesregierung habe das **Planungsverfahren A 20** nicht mit dem nötigen Nachdruck betrieben.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das war eine Feststellung! - Frauke Tengler [CDU]: Haben Sie das denn?)

Wenn man Ihren Äußerungen Glauben schenken darf, plädieren Sie doch für eine Straßenbaupolitik in der Manier der Fisherman's-Friends-Werbung: Nicht fragen, sondern bauen! Erst rollen die Planiertrappen, und dann überlegen wir, wo die Trassen längsgeführt werden sollen. Das machen wir nicht.

(Holger Astrup [SPD]: Das wären die Konsequenzen! - Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der bislang gegenüber dem ursprünglichen Planungsrahmen bestehende Zeitverzug resultiert doch gerade aus den gerichtlichen Anfechtungen unter anderem bezüglich der Wakenitzquerung.

(Zurufe von der SPD: Jawohl! - So ist es! - Thorsten Geißler [CDU]: Quatsch!)

Alles andere als eine saubere Prüfung der bestehenden Trassenalternativen, insbesondere im Hinblick auf eine westliche Elbquerung, wäre ein verkehrsrechtliches Vabanquespiel.

(Thomas Stritzl [CDU]: Jahrelang Zeit!)

Da wollen wir nicht mitmachen.

Unsere Landesregierung hat durch die Einschaltung privater Gutachter alles in ihrer Macht Stehende getan, um das Planfeststellungsverfahren, das Planungsverfahren so sauber, aber auch so schnell wie möglich abzuwickeln - unter Beachtung des geltenden Rechts.

(Holger Astrup [SPD]: Das ist der entscheidende Punkt! - Beifall bei der SPD)

Heide Simonis hat am vergangenen Montag das klare Bekenntnis von Bundesverkehrsminister Klimmt zur **Fortführung der A 20** einschließlich einer westlichen **Elbquerung** erhalten.

(Martin Kayenburg [CDU]: Schriftlich?)

(Lothar Hay)

Dieser Schulterschluss war nach den Irritationen der vergangenen Wochen für Schleswig-Holstein wichtig.

Damit ist aber auch ein Schlusstrich unter die Phantomdiskussion gezogen, dass sich Bundes- oder Landesregierung klammheimlich von der A 20 verabschieden wolle.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ich höre Wahlkampf!)

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal betonen: Wer jetzt in Sachen A 20 auf die Bremse steigt, der spielt mit der Kupplung der Regierungskoalition.

Lassen Sie mich zusammenfassend Folgendes feststellen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Hat jemand einen Spiegel für Herrn Hay?)

Erstens: Die A 20 ist und bleibt prioritäres Projekt des Bundesverkehrswegeplans.

(Ursula Kähler [SPD]: Aber als Eulenspiegel!)

Zweitens: Das Bundesverkehrsministerium hat zugesagt - ich zitiere aus einem Brief von Bundesverkehrsminister Klimmt an Ministerpräsidentin Simonis -, „im Rahmen des neuen Bundesverkehrswegeplanes zeitgerecht die Finanzierung sicherzustellen“.

(Beifall bei der SPD)

Drittens: Das Planfeststellungsverfahren wird im Herbst 2002 abgeschlossen werden. Damit wird die Fortsetzung der A 20 Baureife erreicht haben.

Viertens: Spätestens im Jahr 2010 wird die A 20 einschließlich der westlichen Elbquerung fertiggestellt sein - die Privatfinanzierung des Querungswerkes vorausgesetzt.

Dies sind die Fakten. Fakt ist auch, dass bei der Fortschreibung der alten Finanzplanung selbst der vordringliche Bedarf des noch geltenden Bundesverkehrswegeplanes voraussichtlich erst im Jahr 2025 hätte abgearbeitet werden können.

Lassen Sie mich zum Schluss auch noch dies sagen: Wenn wir in der Frage der A 20 zur Schaufel gegriffen hätten, statt unsere Energie in endlosen Debatten zu vergeuden, wären die ersten Kilometer dieser Straße von uns gemeinsam schon gebaut worden. Ich hoffe, dass wir weiterhin an einem gemeinsamen Ziel arbeiten können.

(Anhaltender Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin zwar heiser, aber redelustig.

(Heiterkeit - Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die gesamte Diskussion über das **Investitionsprogramm** und den **Bundesverkehrswegeplan**, wie sie hier von der Opposition geführt wird, ist eine Diskussion im Wolkenkuckucksheim, ohne jeglichen Bezug zur Realität der Gegenwart, ganz zu schweigen von dem der Zukunft.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Herr Hentschel!)

Hier wird über Milliardenprojekte geredet, als hänge ihre Realisierung von der Lust und Laune eines Kayenburg ab.

(Thomas Stritzl [CDU]: Herrn Kayenburg! So viel Zeit muss sein!)

Wenn man sich ernsthaft über die **Verkehrsinfrastruktur** unseres Landes in der Zukunft unterhalten will, sollte man zunächst einmal die Daten und Fakten zur Kenntnis nehmen. Ist das etwa zu viel verlangt? - Wenn man sich die Debatte von heute anhört, könnte man sagen: „Ja!“

Sie, lieber Herr Kayenburg, hätten vor Ihrer Rede das Investitionsprogramm der Bundesregierung und nicht die „Segeberger Zeitung“ lesen müssen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, nachdem das Investitionsprogramm vom Bundeskabinett zur Kenntnis genommen worden war, gab es ein großes Aufschreien bei einigen Zeitungen und bei einigen Politikern aus Schleswig-Holstein. Es hieß, die A 20, die A 1 und die A 21 und so weiter seien aus dem Bundesverkehrswegeplan gekippt worden. Die Bösen, die das alles getan hätten, seien die Grünen.

(Thorsten Geißler [CDU]: Natürlich!)

- Natürlich! Der Beelzebub Hentschel habe seine Beziehungen in Berlin spielen lassen und den neuen, unerfahrenen Verkehrsminister Klimmt über das Ohr gehauen.

(Lachen bei der CDU - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie sind das kleine grüne Männchen!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich darf um etwas mehr Aufmerksamkeit bitten.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Die Wahrheit ist: Weil das Geld nur noch für einen Bruchteil dessen reichte, was die alte Regierung vollmundig versprochen hatte, hat die **neue Regierung** schlicht ein paar **Kriterien** aufgestellt, nach denen entschieden wurde. Diese Kriterien sollte man zumindest zur Kenntnis nehmen, wenn man über das Thema redet.

Das erste Kriterium war: Es wird weiter gebaut, was schon begonnen wurde. Finden Sie das sinnvoll oder finden Sie es besser, immer neue Baustellen aufzumachen, liebe Damen und Herren von der Opposition?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Holger Astrup [SPD]: Das ist genau die Frage!)

Das zweite Kriterium war: Es werden die Projekte, die im Rahmen der deutschen Einheit beschlossen wurden, weitergebaut. Darunter fällt zum Beispiel die A 20 von der A 1 bis nach Mecklenburg. Finden Sie das sinnvoll oder nicht, liebe Damen und Herren von der Opposition?

Das dritte Kriterium war: Es werden Projekte, für die eine private Vorfinanzierung vorgesehen ist, gebaut, wenn bereits ein Vertrag geschlossen wurde. Das gilt zum Beispiel für die Umgehung Kaltenkirchens. Jetzt dürfen Sie sich wieder äußern, ob das sinnvoll ist oder nicht.

Das vierte Kriterium war: Es werden Projekte realisiert, die überwiegend privat finanziert werden. Dazu gehört zum Beispiel der Herrentunnel in Lübeck. Finden Sie das nun sinnvoll? - Nein, Sie, Herr Stritzl, scheinen es vorzuziehen, Zeitung zu lesen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist besser, als Ihnen zuzuhören!)

Das fünfte Kriterium war, ob ein Projekt im Zusammenhang mit der Weltausstellung 2000 steht. Das ist nicht mein Lieblingskind, aber auch hier stelle ich Ihnen die Frage: Sinnvoll oder nicht? Das müssen Sie entscheiden.

Das sechste Kriterium schließlich war, ob ein Projekt zum Anschluss des neuen Flughafens Berlin/Brandenburg dient.

(Zuruf von der SPD: Hauptstadtförderung!)

Auch hier stelle ich Ihnen die Frage: Sinnvoll oder nicht?

Meine Damen und Herren von der Opposition, wenn Sie jetzt jedes Mal genickt haben, dann haben Sie Pech gehabt, denn das Geld reicht nicht einmal dafür, all das zu finanzieren, auf das eines dieser sechs Kriterien zutrifft.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Thomas Stritzl [CDU]: Was will uns der Dichter sagen?)

Die **A 20** westlich von Lübeck ist deswegen nicht in diesem **Finanzierungspaket** und war auch vorher nie in irgendeinem gewesen. Sie ist aber nicht deswegen aus der Finanzierung gefallen, weil ein böser Hentschel heimtückisch gegen Schleswig-Holstein integriert hat, sondern schlicht deswegen, weil für den Zeitraum von 1999 bis 2002 noch nie Geld für dieses Autobahnstück eingeplant gewesen war.

Es ist auch nicht etwa weniger **Geld für Schleswig-Holstein** eingestellt worden, als zu erwarten gewesen wäre. Das hätten auch Sie, Herr Kayenburg, festgestellt, wenn Sie nachgelesen hätten.

(Martin Kayenburg [CDU]: Habe ich!)

Das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Wissen Sie auch, warum Schleswig-Holstein mehr Geld für Straßenbau bekommen hat, als uns als einem der alten Bundesländer zugestanden hätte? Wäre die A 20 südlich von Lübeck nicht ein Projekt im Rahmen der deutschen Einheit - auf Deutsch: ein Ossi-Projekt -, dann hätte Schleswig-Holstein auch dieses nicht finanziert bekommen.

In Nordrhein-Westfalen gibt es sechsspurige Autobahnen - so berichtete uns der Minister -, die am Tag von 180.000 Fahrzeugen befahren werden. Diese Belastung ist doppelt so hoch wie die der A 1 zwischen Hamburg und Lübeck und dreimal so hoch wie die der A 7, die Sie gern weiter ausbauen wollen. Trotzdem wurden hierfür keine weiteren Mittel bereitgestellt.

Baden-Württemberg hat für fertige Planfeststellungsbeschlüsse in einer Größenordnung von 1,8 Milliarden DM kein Geld bekommen.

(Lothar Hay [SPD]: Das ist Fakt!)

Es steht nun vor dem Problem, dass möglicherweise die Planfeststellungsbeschlüsse auslaufen und ungül-

(Karl-Martin Hentschel)

tig werden und damit das Geld für die Planung verblich ausgegeben worden ist.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD] - Lothar Hay [SPD]: Dafür ist die F.D.P. verantwortlich!)

Wer morgens auf dem Weg zur Arbeit den Deutschlandfunk hört - einige von Ihnen werden das ja tun - und sich dabei die aktuellen Staumeldungen anhört - hören Sie einmal zu, Herr Stritzl, statt Zeitung zu lesen -, der wird dort nur selten etwas über Schleswig-Holstein hören, aber sehr viel über das Rheinland.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Jeden Morgen höre ich „A 7“! - Weitere Zurufe von der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Hentschel, ich darf Sie einmal kurz unterbrechen. Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit, man versteht hier kaum sein eigenes Wort.

(Meinhard Füllner [CDU]: Er versteht sein eigenes selbst nicht!)

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das würde auch meiner Stimme helfen. - Das ist keine grüne Propaganda, das ist die schlichte Wahrheit.

Meine Damen und Herren, ich will mich nicht damit begnügen, Ihr permanentes Geschrei ad absurdum zu führen, ich möchte auch in Kürze skizzieren, wie ich mir eine zukünftige **Verkehrspolitik für Schleswig-Holstein** vorstelle.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Ausgangspunkt meiner Überlegung ist die Verpflichtung der Bundesrepublik Deutschland, bis zum Jahre 2005 die **CO₂-Emissionen** gegenüber dem Stand von 1990 um 25 % zu senken. Dazu hat sich die alte Bundesregierung verpflichtet. Bislang hat es tatsächlich einen Rückgang um 13 % gegeben. Dieser basiert aber ausschließlich auf der Reduktion der Emissionen in Ostdeutschland; er betrug dort 45 %. Im Westen sind sie sogar um 3 % gestiegen.

Gleichzeitig wird die Rolle des Verkehrs in Bezug auf die Emissionen immer bedeutender. Seit dem historischen Jahr 1993 wird in Deutschland mehr Energie für Verkehr eingesetzt als für die gesamte industrielle Produktion. Insbesondere der Straßen- und der Luftverkehr verzeichnen dramatische Zuwächse und sind zum Umweltproblem Nummer 1 in dieser Republik geworden. Man muss dabei wissen, dass für die Be-

förderung einer Tonne durch den Lkw viermal mehr Energie benötigt wird als bei einer Beförderung durch die Bahn.

Die **volkswirtschaftlichen Kosten** - ein Volkswirt würde von externen Kosten sprechen - sind beim LKW bei gleicher Leistung zwölfmal höher als bei der Eisenbahn. Diese Subventionen - in der EU betragen diese externen Kosten insgesamt 270 Milliarden Euro, nicht DM - trägt unsere Gemeinschaft in Form von Straßenbaukosten und Aufwendungen für Verkehrspolizei, Krankenhäuser, Unfallrenten und Umweltschäden.

Zu den Randwerten einer künftigen Verkehrsplanung gehört ebenfalls die bevorstehende **Verteuerung der Mineralöle** ab dem Jahre 2010, nicht durch die Öko-steuer, sondern weil,

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt wird es interessant!)

wie die Schweizer Firma Petro-Consulting - das ist die einzige Firma, die eine unabhängige Datenbank über fossile Vorkommen besitzt und alle großen Mineralölkonzerne berät - im Frühjahr dieses Jahres bei einem Vortrag vor dem britischen Unterhaus dargestellt hat, das Maximum der Ölproduktion schon erreicht wurde und in wenigen Jahren mit einem langsamen Absinken der Förderquoten und einem deutlichen Anstieg der Mineralölpreise zu rechnen ist.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hört! Hört!)

Aus all diesen Gründen wird es zu einer Verlagerung der Verkehrsströme hin zu emissionsarmen Verkehrsmitteln, die auf regenerative Energiequellen zurückgreifen, kommen müssen. Es macht keinen Sinn, einfach laufende Trends hochzurechnen und daraus die künftigen Anforderungen ableiten zu wollen.

Die Wahrheit ist: Wir werden in den kommenden Jahren - da bin ich mit Ihnen einer Meinung, Herr Kayenburg - Milliarden investieren müssen, um zu einem hochgradig effizienten und weitgehend automatischen **Güterverkehrssystem in Europa** zu kommen,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Helmut Jacobs [SPD])

mit dem Container energiesparend und zu vergleichsweise geringen Kosten durch ganz Europa per **Bahn** und **Schiff** transportiert werden. Interessant ist, dass alle Hochrechnungen zu dem Schluss kommen, dass unser Hauptproblem nicht die mangelnden Gleis-

(Karl-Martin Hentschel)

se sind, sondern die automatischen und flexiblen Verlade- und Umladeeinrichtungen an den Knotenpunkten und Häfen.

Immerhin gehen über 90 % aller Im- und Exportgüter über die Häfen. Zur Globalisierung trägt nicht der LKW-Verkehr bei, sondern die Schifffahrt. Wie solche Verladesysteme aussehen, kann man sich in einem Video der Firma Noell ansehen, das auf der letzten Tagung der Deutschen Verkehrswissenschaftlichen Gesellschaft in Kiel vor zwei Wochen gezeigt wurde.

(Lothar Hay [SPD]: Das sollten Sie einmal dem Landtag zeigen!)

Ergänzt werden müssen diese Systeme durch City-Logistik-Systeme, die die Warenlieferungen innerhalb unserer Städte neu organisieren.

Der **Personenverkehr** wird ebenfalls erhebliche **Veränderungen** erfahren. Diese Veränderungen finden allerdings nicht auf dem flachen Land statt. Da kann ich alle die, die die Abschaffung des Autos durch die Grünen befürchten, beruhigen. Nein, auf dem flachen Land bleibt das Auto das flexible Hauptverkehrsmittel der Zukunft. Aber auf dem flachen Land wohnt ein immer geringerer Teil der Weltbevölkerung. Die eigentlichen Verkehrszuwächse finden innerhalb der Städte und Metropolen statt und beim Verkehr zwischen ihnen. Hier schlägt die Stunde des öffentlichen Personenverkehrs durch immer schnellere, attraktivere und kostengünstigere Bahnen und Busse und auch Flugzeuge, denen allerdings in Zukunft keine Steuerprivilegien mehr gewährt werden dürfen und die sich an strenge Emissionsvorschriften halten müssen. Hierdurch werden die Verkehrszuwächse in den Zentren und zwischen den Zentren bewältigt werden.

(Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]: Transrapid zum Beispiel - Thomas Stritzl [CDU]: Deswegen seid ihr auch gegen den Transrapid!)

Deswegen bin ich der Ansicht, dass die **strategischen Verkehrsvorhaben** in Schleswig-Holstein für die kommenden 20 Jahre andere sind als die Autobahn A 20. Die strategischen Verkehrsvorhaben sind erstens der Bau der Stadtbahnssysteme in Kiel und Lübeck, die jeweils einen Umlandbereich abdecken müssen, der für Kiel zum Beispiel die Städte Neumünster, Rendsburg, Eckernförde und Plön einschließt,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

zweitens die Ausweitung des Hamburger Verkehrsverbundes und die Ergänzung um ein Citybahnsystem, das mindestens im Halbstundentakt alle Zentralorte im Zirkel Lübeck, Neumünster, Itzehoe mit einer Fahrzeit

von einer halben Stunde an die Hamburger City anschließt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Thomas Stritzl [CDU]: Habt ihr dafür etwas getan?)

Drittens brauchen wir ein Netz von modernen Güterverteilzentren in den Häfen Kiel, Lübeck, Brunsbüttel und Flensburg. Ich zitiere dazu den Verkehrsminister des Landes Schleswig-Holstein, Horst Bülck, von gestern:

„Die Rolle von See-, Küsten- und Binnenschifffahrt beim Gütertransport muss gegenüber dem LKW gestärkt werden.“

(Lebhafter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der wassergebundene Verkehr ist eine preiswerte, schnelle, zuverlässige und umweltfreundliche Alternative. Dabei kommt den Häfen an Nord- und Ostsee eine besondere Rolle zu.

Viertens brauchen wir den Ausbau und die Elektrifizierung der Strecken Hamburg-Lübeck, Hamburg-Elmshorn und Neumünster-Bad Oldesloe.

Fünftens brauchen wir den Ausbau und die Beschleunigung des Regionalverkehrs, integrierte Taktfahrpläne für Bus und Bahn in ganz Schleswig-Holstein und einheitliche Informations- und Fahrkartensysteme.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Sechstens brauchen wir einen gezielten Ausbau des Straßennetzes, der mit den Anforderungen künftiger Verkehrssysteme und Straßenmautsysteme abgestimmt ist.

Wenn die **Vision** richtig ist, sollten wir uns sehr genau überlegen, wie die **Verkehrssysteme der Zukunft** finanziert werden. Da bin ich grundsätzlich der Überzeugung, dass der Verkehr ein Wirtschaftszweig ist wie jeder andere, der privat finanziert werden sollte. Was für die Post, was für das Telefon, was für den Strom und was für die Bahn gilt, gilt erst recht für den Verkehr insgesamt. Genauso wenig wie Fabriken und Wohnhäuser auf Staatskosten gebaut werden, sollte der Staat in der Regel den Bau von Straßen und Schienen finanzieren.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Karl-Martin Hentschel)

Ausnahmen sind nur dann erlaubt, wenn der Markt nicht die gewünschten Effekte hervorbringt, wenn sich also Fehlstellungen einstellen. Das gilt für den sozialen Wohnungsbau und das gilt vermutlich auch für die öffentlichen Verkehrsmittel in den Zentren. Das muss aber die Ausnahme bleiben. Generell sollten die Verkehrsträger von den Bürgern und der Wirtschaft selbst finanziert werden. Die Volkswirtschaft lehrt uns: Subventionen führen in der Regel zu Fehlallokationen von Ressourcen und damit zur Verschwendung von gesellschaftlichem Reichtum.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Sehr richtig!)

So weit meine Vision! Die Zukunft wird beweisen, welche der heute vorgetragenen Visionen realistisch ist, welche Vision der tatsächlichen Entwicklung in den kommenden 50 Jahren näher kommt. Mir geht es heute allein darum, dass dieses Haus überhaupt bereit ist, sich mit alternativen Visionen zu beschäftigen,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Wissenschaftler einzuladen und im Verkehrsausschuss gemeinsam über eine integrierte Verkehrsplanung für die Zukunft des Landes zu reden. Wenn wir die Gelegenheit haben werden, hier erneut Koalitionsverhandlungen zu führen,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Haben Sie nicht! Machen Sie sich keine Gedanken, Herr Hentschel!)

werden wir zu einem zentralen Thema die integrierte Verkehrsplanung aller Verkehrsträger in Schleswig-Holstein machen. Das kündige ich hiermit an.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Hören Sie bitte auf, Verkehrspolitik nach der Methode zu machen: Wer am lautesten schreit, ist der Tollste.

Am Schluss hat in dieser Welt immer noch die intelligentere, flexiblere Lösung gesiegt und nicht die, die am meisten Beton verarbeitet hat. Das Geld brauchen wir für wichtigere Dinge, für die Bildung und die Kommunikation. Als Computerexperte habe ich gelernt, dass die Software entscheidend ist und nicht die Hardware. Früher sagte man: Entscheidend ist der Grips und nicht der Bizeps.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Wenn Sie keine Hardware haben, funktioniert auch keine Software! - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Ökonomie hat etwas mit Intelligenz und Innovation und intelligenten Innovationen für die Zukunft zu tun.

Ich bedanke mich für die Einladung der CDU in Westerhorn, die mich zu einer Protestveranstaltung gegen die A 20 im Wahlkampf eingeladen hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Lothar Hay [SPD])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich drei Vorbemerkungen machen, die ich beim Zuhören der wunderbaren Redebeiträge für wichtig halte.

Erstens! Bei einem solchen Thema, das von allen Fraktionen des Hauses zum Gegenstand der heutigen Plenardebatte gemacht worden ist, habe ich eine **Regierungserklärung der Ministerpräsidentin** gehört, die eigentlich gar keine Regierungserklärung war, die nichts sagend war und keinerlei Aussagen darüber enthielt, was gewesen ist und wie es weitergehen soll.

Zweitens! Herr Kollege Hentschel, es gab bisher noch nie einen **Bundesverkehrswegeplan** und es wird auch künftig keinen Bundesverkehrswegeplan geben - auch nicht den von Herrn Klimmt und anderen -, der zu 100 % finanziert ist.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist es!)

Denn der Bundesverkehrswegeplan ist nichts anderes als eine Bedarfsanmeldung, was Sie schon daran sehen können, dass es prioritäre Bedarfe und nachrangige Bedarfe gibt. Das ist kein Finanzierungsplan. Erst anhand der Fragen der prioritären Bedarfe und der dann jeweils aktuell zur Verfügung stehenden Finanzmittel können Sie überhaupt entscheiden, welche der angemeldeten Bedarfe Sie umsetzen wollen. Insofern ist die Frage der Unterfinanzierung von Ihnen nichts anderes als Kasperletheater, um von der Frage ablenken zu wollen, warum Sie sich nicht dafür einsetzen, dass die A 20 die absolute Priorität gegenüber anderen Projekten haben muss.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Drittens! Offensichtlich scheint das Krisenmanagement im Regierungslager mittlerweile nicht nur nicht

(Wolfgang Kubicki)

zu funktionieren, sondern es scheinen Auflösungsercheinungen vorhanden zu sein.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es ist perfekt! Sie müssen nur den Antrag lesen!)

- Dazu komme ich gleich, Herr Kollege! - Frau Ministerpräsidentin, es ist doch nie von der Opposition beantragt worden, dass Sie als Ministerpräsidentin zu Herrn Klimmt in der Wahlkampfphase fahren und frauhaft für die vorzeitige und stärkere **Finanzierung der A 20** kämpfen sollen. Es waren Sozialdemokraten. Ich kann mich daran erinnern, dass der Kollege Lothar Hay dies gefordert hat. Nicht wir haben gesagt, Sie sollten 1,5 Millionen DM - ein Riesebetrag - locker machen, sondern der Kollege Lothar Hay hat das gesagt. Zurückgekommen sind Sie nicht nur nicht mit den 1,5 Millionen, sondern mit der Erklärung, dass auch Herr Klimmt nach wie vor - wer hatte daran jemals Zweifel? - die A 20 für eine wichtige Veranstaltung hält. Hatten Sie Zweifel daran, dass Herr Klimmt das so sieht? Müssen wir davon ausgehen, dass Sie Zweifel daran hatten, dass der Bundesverkehrsminister die A 20 nicht mehr für eine wichtige Veranstaltung hält? Womit sind Sie eigentlich zurückgekommen, außer mit der schlichten Erkenntnis, dass Sie mit nichts zurückgekommen sind?

So ganz einfach kann es nicht gewesen sein und offensichtlich ist im Regierungslager die vollständige Konfusion ausgebrochen. Heute lese ich, dass der Landesverkehrsminister Bülck, der sich mittlerweile in die Materie eingearbeitet hat,

(Heiterkeit bei F.D.P. und CDU)

erklärte - und zwar nicht nur in den „Kieler Nachrichten“, sondern auch gegenüber anderen; es kann also nicht am Journalisten der „Kieler Nachrichten“ gelegen haben -:

„Zusage Klimmts für Weiterbau der A 20 ist nur unverbindlich, Bülck erwartet Gerangel um Projekte.“

So der „Holsteinische Courier“ heute, ein anderer Journalist als der bei den „Kieler Nachrichten“!

Es scheint offensichtlich noch etwas im Raum zu stehen, das Sie uns erklären müssen, Frau Ministerpräsidentin!

Ich möchte daran erinnern - ich bedaure sehr, dass Herr Steinbrück nicht mehr im Land ist, um in der Verkehrspolitik die entscheidenden Weichen zu stellen -, dass es der Umweltminister Ihrer Regierung, Herr Steenblock, war, der sich damit gebrüstet hat - in Pinneberg und anderswo und auch hier im hohen Hause -, dass das Projekt A 20 bis zur Elbe durch Flä-

chenausweisungen auf der künftigen Trasse unfinanzierbar sei. Es ist die Politik aus Ihrem Kabinett, die dazu führt, dass das Projekt unvergleichlich teurer wird und damit nicht mehr finanziert werden kann.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Diesen inneren Widerspruch müssen Sie irgendwann beseitigen oder Sie dürfen sich nicht wundern, dass Sie als Regierungschefin dieses Landes nicht mehr ernst genommen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, endlich haben die schleswig-holsteinischen Grünen in dem abgewählten saarländischen Ministerpräsidenten Reinhard Klimmt einen Verbündeten für ihre Verkehrspolitik gefunden. Was Minister Steenblock, Frau Fröhlich und Co in über drei Regierungsjahren nicht gelungen ist, setzt der neue **Bundesverkehrsminister** nach nur wenigen Wochen Amtszeit um: Kahlschlag bei den Verkehrsinvestitionen im Norden.

Mit großer Begeisterung höre ich, dass der Wirtschaftsminister dieses Landes und sein Staatssekretär überall verkünden, nichts würde sich ändern, unbeirrt werde das **Kieler Wirtschaftsministerium** weiter planen. Frau Fröhlich, das Kieler Wirtschaftsministerium wird die A 20 weiter planen. Genau das ist ja gerade das Schlimme daran: Während Herr Bülck vor sich hinplant, seine Planungen aber nicht zum Abschluss bringt, zücken Bayern und Baden-Württemberg fertige Pläne und halten längst die Hand auf, um die entsprechenden Bundesmittel zu kassieren.

(Ursula Röper [CDU]: So ist es!)

Hinter den Versprechungen des Wirtschaftsministers, alles werde weitergehen wie bisher, steckt doch die Drohung: Auch weiterhin wird in Kiel nichts passieren.

Im „Sozialdemokratischen Informationsbrief“ vom 19. März 1999 wünschte sich der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Lothar Hay, noch einen Baubeginn der festen Elbquerung bei Glückstadt im Jahre 2002 oder 2003 - einen Baubeginn! Ich habe auch gelesen, dass der Kollege Fraktionsvorsitzende der SPD aus dem Niedersächsischen Landtag gemeinsam mit dem Kollegen Lothar Hay spätestens im Jahre 2002 den Spatenstich für die westliche Elbquerung bei Glückstadt machen wolle, um - ich zitiere jetzt aus der Pressemeldung - „die Querung“ - die Elbquerung - „zeitgleich mit dem Brückenschlag über den Fehmarnbelt zu erreichen“. Nach der Streichorgie des Bundesverkehrsministers bleibt dieser Baubeginn in der Tat virtuell, Herr Kollege Kayenburg, denn vor dem Jahr 2003 wird jetzt gar nichts mehr gebaut.

(Wolfgang Kubicki)

Doch damit nicht genug: Ein nicht nur völlig überraschter, sondern ganz offensichtlich auch völlig überforderter Verkehrsminister Bülck stammelt am Tag der Berliner Kabinettsentscheidung noch vor sich hin, die Beschlüsse der rot-grünen Koalition seien insgesamt tragbar. Schon am frühen Nachmittag desselben Tages räumt Herr Bülck dann ein, dass er gescheitert sei, wenn auch nur damit, das Projekt „noch weiter zu beschleunigen“.

Es kommt aber noch besser: SPD-Fraktionschef Lothar Hay erklärt gegenüber den „Lübecker Nachrichten“, für ihn sei der Weiterbau der **A 20** offenkundig nicht beerdigt. Sollten in Berlin aber Stimmen laut werden, die das Projekt infrage stellten, werde das auf den erbitterten Widerstand der SPD stoßen.

(Heiterkeit bei F.D.P. und CDU - Zurufe von der CDU: Hört, hört!)

Allein diese Aussage ist ein weiterer Spatenstich, Herr Kollege Hay, allerdings nicht für die A 20, sondern für deren Grab, an dem erst Sozialdemokraten und bis zum heutigen Tage die Grünen immer noch fleißig schaufeln.

(Uwe Eichelberg [CDU]: Rumpelstilzchen!)

Jahrelang haben F.D.P. und CDU davor gewarnt, die Realisierung des wichtigsten Verkehrsprojekts nicht zu zerreden. Nur zu deutlich sind mir immer noch die Forderungen der Sozialdemokraten im Ohr, die eine westliche Elbquerung überhaupt nur als kombinierte **Schienen-/Straßen-Verbindung** dulden wollten. - Übrigens zu Ihrer Erinnerung, Herr Verkehrsminister - das sage ich nur, weil Sie damals noch nicht dabei waren -: Die A 20 wäre gar nicht im Bundesverkehrswegeplan, wenn es nach der Regierung gegangen wäre; gemacht haben das CDU und F.D.P. im Deutschen Bundestag.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Daran muss einmal erinnert werden.

Das Junktim zur A 20 - Schienen-/Straßen-Verbindung - wurde auch dann noch aufrechterhalten, als längst klar war, dass es eine Schienenquerung niemals geben werde, weil sie schlicht unwirtschaftlich wäre. Es ist allein dem damaligen Wirtschaftsminister Steinbrück zu verdanken, dass er die Forderung von F.D.P. und CDU, sich von diesem unsinnigen Schienen-Junktim zu verabschieden, in der damaligen SPD-Mehrheitsfraktion nach quälenden Debatten durchsetzte.

Es grenzt mittlerweile an Wahlbetrug - schade, dass Herr Hentschel im Augenblick nicht hier ist, sonst könnte er dem zuhören; aber vielleicht liest er es ja einmal nach -, wie die schleswig-holsteinischen Grü-

nen derzeit abtauchen, um möglichst unsichtbar die gegenwärtige verkehrspolitische Debatte zu überleben. Übrigens ist es kein kolportiertes Gerücht, sondern es ist nachzulesen, dass die **Grünen** in Berlin erklärt haben, mit dieser Entscheidung sei endlich das unsinnige **A 20-Projekt** vom Tisch - die Grünen, die in Berlin in der Regierung sitzen! Wo bleiben denn heute die klaren Positionen der ehemaligen Anti-A 20-Protestpartei? Nachdem die Grünen alle ihre verkehrspolitischen Forderungen über Bord gekippt haben, murmelt Karl-Martin Hentschel, es sei vorhersehbar gewesen, dass - und jetzt kommt ein wörtliches Zitat - „Projekte wie die A 20 westlich von Lübeck in den kommenden Jahren nicht finanziert werden können“. Dies ist ein Zitat aus einer Pressemitteilung vom 3. November 1999. Wunderbar, Herr Hentschel! Vielleicht hätten Sie Herrn Bülck rechtzeitig über Ihre hellseherischen Fähigkeiten informieren sollen; dann wäre er vielleicht von den Entscheidungen seines Kollegen Klimmt nicht so sehr überrumpelt und überrascht worden.

Wunderbar auch, wie die **Grünen** im Bund angeblich die Schiene fördern wollen! Dieses wunderbare **Schienenverkehrskonzept** von Herrn Hentschel als „Vision 3000“ in Schleswig-Holstein haben wir ja zur Kenntnis genommen; was die Realisierbarkeit angeht, so ist das wohl eher eine Karnevalsveranstaltung gewesen.

Richtig ist allerdings, dass auch nach der neuen Dotierung der Investitionsprogramme im Bundesverkehrswegeplan keine müde Mark mehr in die Schienenwege fließt. Auch hier sollen die Bürgerinnen und Bürger ganz bewusst hinters Licht geführt werden. Wer also gedacht hat, die Grünen dürften ein bisschen Eisenbahn spielen, damit Gerhard Schröder weiter Panzer verkaufen kann, hat sich getäuscht. Tatsächlich wird der Schienenanteil an den Gesamtinvestitionen lediglich rein rechnerisch durch massive Kürzungen im Straßenbau erhöht. Mit rund 5 Milliarden DM trägt die Straße im Planungszeitraum die Hauptlast der Kürzungen und die Hauptlast der vorhandenen Haushaltsrisiken.

Ich bin auch immer wieder begeistert, wenn ich SPD und Grüne mit der Behauptung höre, die alte Bundesregierung habe einen unterfinanzierten **Bundesverkehrswegeplan** zu verantworten und die neue Bundesregierung Sorge jetzt für mehr Ehrlichkeit bei den Verkehrsinvestitionen.

(Günter Neugebauer [SPD]: Das ist die Wahrheit!)

Da frage ich doch die Vertreter der Regierungsfractionen einmal: Trifft es nicht zu, Kollege Neugebauer, dass die Länder ganz erheblichen Einfluss auf den

(Wolfgang Kubicki)

Bundesverkehrswegeplan mit dem Interesse genommen haben, möglichst viele Projekte in den sogenannten „vordringlichen Bedarf“ zu bekommen? Ist es denn falsch, dass die Bundesregierung die Überarbeitung des angeblich völlig unterfinanzierten Bundesverkehrswegeplans überhaupt erst für das Jahr 2003 angekündigt hat? Oder ist es nicht vielmehr so, dass das so genannte **Investitionsprogramm** den weiterhin bestehenden Bundesverkehrswegeplan überhaupt nicht ersetzen soll, sondern lediglich die bisherige Fünfjahreplanung über den Haufen geworfen wird?

Alles dies ist kein Grund für Minister Bülck, nervös zu werden, denn - so beruhigt uns der Kieler Verkehrsminister - der Weiterbau der A 20 sei ja schließlich spätestens für 2003 geplant. Einschließlich Elbquerung solle das ganze Projekt bis zum Jahre 2010 fertig sein.

Seine Ministeriumssprecherin assistiert ihm dann noch schnell mit der Aussage, dass an der Wichtigkeit der Trasse auch in Berlin niemand zweifle - noch jemand mit hellseherischen Fähigkeiten!

Herr Wirtschaftsminister Bülck, ist Ihnen überhaupt klar, mit welcher **Dynamik** sich die **Wirtschaft im südkandinavischen Raum** entwickelt? Mit 3,5 Millionen Menschen ist die Region Malmö/Kopenhagen ähnlich groß wie die gesamte Region Hamburg. Aufgrund der absehbaren Spitzenwerte bei der wirtschaftlichen Entwicklung wird natürlich auch der Straßenverkehr zunehmen, und zwar weit mehr als bisher angenommen. In Skandinavien wird gegenwärtig doch nicht deshalb eine spektakuläre Verkehrsstraße nach der anderen fertig gestellt, weil in Schweden oder Dänemark lauter Betonfetischisten sitzen, sondern deshalb, weil man dort die ungeheuren Wachstumspotentiale erkannt hat und sie im Gegensatz zur Kieler Regierung auch nutzen will - nutzen übrigens für mehr Arbeit und für mehr Beschäftigung!

Wenn am 1. Juli des kommenden Jahres die 7,8 km lange **Øresund-Brückenverbindung** zwischen Schweden und Dänemark für den öffentlichen Auto- und Bahnverkehr freigegeben wird, steigt auch das Verkehrsaufkommen in Richtung Süden. Dann schauen wir uns die Entwicklung des Verkehrsaufkommens auf der festen Verbindung über den Großen Belt an! Statt der erwarteten 7.000 bis 10.000 Fahrzeuge wird die 18 km lange Verbindung schon heute von rund 14.000 Fahrzeugen täglich genutzt. Mittlerweile rechnen Experten mit einer jährlichen Zunahme des Verkehrsaufkommens in Nord-Süd-Richtung von gut 2,5 %. Dann wünsche ich Ihnen viel Erfolg mit den Stauumeldungen; dann haben Sie nämlich nicht mehr nur die Staus ab Quickborn, sondern demnächst ab Neumünster und ab dem Bordscholmer Dreieck, weil

der Verkehr südlich von Schleswig-Holstein nicht mehr abfließen kann.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich sage Ihnen: Jede weitere, insbesondere von den Grünen betriebene Verzögerung wichtiger Verkehrsprojekte wird die wirtschaftliche **Integration Nord-europas** nachhaltig behindern. Hierdurch werden die wirtschaftlichen Entwicklungspotentiale unseres Landes unmittelbar massiv eingeschränkt. Statt neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen, werden durch die Streichung der Bundesmittel zunächst zwischen 3.000 und 4.000 Arbeitsplätze im Bau- und Zulieferbereich vernichtet.

Drastischer als der ehemalige schleswig-holsteinische und heutige nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Peer Steinbrück kann man diesen Raubbau an den Zukunftsinvestitionen unseres Landes nicht ausdrücken. Minister Steinbrück schrieb Anfang Oktober seinem Parteifreund Klimmt - ich hätte mir gewünscht, ich hätte Ähnliches aus Schleswig-Holstein gehört oder gelesen -:

„Die Finanzierungsproblematik muss nicht nur aus verkehrspolitischen Gründen gelöst werden. Bei einem drastischen Rückgang der Mittel für den Bundesfernstraßenbau wären zwangsläufig negative Auswirkungen für die Bauwirtschaft und die Arbeitsplätze in dieser Schlüsselbranche unvermeidlich.“

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist es!)

„Im Interesse der Sicherung der Arbeitsplätze, denen sich Bund und Länder gleichermaßen verpflichtet fühlen, besteht dringender Handlungsbedarf.“

Wie schön, dass sich jetzt auch Heide Simonis auf die Reise nach Berlin gemacht hat, um doch noch die eine oder andere Mark zu erbitten. Ich zitiere: „Simonis will für die A 20 kämpfen“, konnte man in den „Kieler Nachrichten“ vom 13. November 1999 lesen. Mit dieser Botschaft wollte die Ministerpräsidentin in die von F.D.P. und CDU beantragte Landtagsdebatte gehen. Heute müssen selbst Sozialdemokraten feststellen: Außer Spesen nichts gewesen! Mit versteinelter Miene muss die Ministerpräsidentin hinnehmen, dass Herr Klimmt die Autobahn grundsätzlich prima findet, aber keine müde Mark dafür locker machen wird. Klimmt lässt das Auslaufmodell Heide Simonis auflaufen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Frau Abgeordneter Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nicht nur heute wünsche ich mir, dass wir uns vielleicht einmal an dieses alte Bibelwort erinnern sollten: Deine Rede sei „ja, ja“ oder „nein, nein“. Aber ich denke, dann hätten wir vielleicht auch nicht so viel Spaß miteinander, und Politik wäre vielleicht auch nicht so einfach.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dann fang schon mal an, sag „ja“ und setz dich!)

- Das brauche ich nicht zu tun, denn ich habe ja gerade gesagt, dass auch ich ein bisschen Spaß haben will.

(Heiterkeit)

Ich möchte eingangs wiederholen, was auch ich schon mehrfach gesagt habe - denn auch viele andere Redner haben sich heute ja wiederholt -:

Nach Meinung des SSW sind der zügige Ausbau der **A 20** und die westliche **Elbquerung** verkehrspolitische Maßnahmen, die nicht nur für Schleswig-Holstein insgesamt, sondern gerade auch für den Landesteil Schleswig große infrastrukturelle Bedeutung haben. Deshalb ist eine schnelle Verwirklichung der westlichen Elbquerung als Straßen- und Schienenverbindung bei Glückstadt mit Anbindung an die Westküste eine Kernforderung des SSW zur Landtagswahl 2000.

Bei der Diskussion um den Bau der A 20 und den Bau der westlichen Elbquerung ist eines jedoch klar geworden: Das Hauptproblem bei der Umsetzung dieser Projekte ist nicht der politische Wille bei den zuständigen Ministern in Berlin oder in Kiel, sondern das fehlende Geld in der **Bundeskasse**. Aus Sicht des SSW gibt es dazu aber eine einfache Lösung des Problems. Ich habe ja die Lösung dieses Problems auch in einem Änderungsantrag deutlich gemacht.

Natürlich muss es so sein, dass die Bundesregierung sofort die Planung für den Transrapid zwischen Hamburg und Berlin stoppt, und die für dieses Projekt bereits eingeplanten 6 Milliarden DM müssen genutzt werden, um einen voll finanzierten **Bundesverkehrswegeplan** vorzulegen, in den der Bau der A 20 und der Bau der westlichen Elbquerung als hoher dringlicher Bedarf aufgenommen worden sind. Einen entsprechenden Änderungsantrag - ich habe das schon gesagt - habe ich dazu eingebracht. Der SSW unterstützt also die Richtung in den Anträgen von CDU und F.D.P., in dem jeweils der zügige Weiterbau der A 20 westlich von Lübeck, einschließlich einer westlichen Elbquerung, und die Wiederaufnahme in den vordringlichen

Bedarf des Bundesverkehrswegeplans gefordert werden.

Diese Anträge sind in der Sache klarer als der gemeinsame Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - dabei beziehe ich mich noch auf den alten Antrag; den anderen habe ich erst heute Morgen gesehen -,

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

aber man muss auch dann, wenn man sich diese Anträge anguckt, ehrlicherweise fragen, woher das Geld kommen soll. Das ist dann auch mein Kritikpunkt an den beiden Anträgen von CDU und F.D.P. Da bietet sich natürlich - wie ich vorhin schon sagte - der sofortige Stopp des sowohl ökonomisch als auch verkehrspolitisch unsinnigen **Transrapidprojektes** an. Die Investitionen für so ein unsicheres Projekt sind viel besser für den Verkehrsausbau in Schleswig-Holstein und in Norddeutschland insgesamt auszugeben.

Ein leistungsfähiges Verkehrssystem ist eine wichtige Voraussetzung für die **Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse** in allen Teilen der Bundesrepublik. Es ist natürlich so, dass wir uns immer dann, wenn wir uns mit Verkehrspolitik befassen, die Frage stellen müssen, ob jede neue Autobahn nicht auch das Verkehrsaufkommen in die Höhe schießen lässt. Das ist so. Aber gleichzeitig müssen wir uns auch mit der real existierenden Wirklichkeit beschäftigen. Da ist es nun einmal so, dass wir ohne Verkehrsanbindungen, auch Straßenanbindungen, heute nicht auskommen.

Auch wenn durch die verbesserten Informations- und Kommunikationstechnologien viele zukunftsorientierte und auch moderne Unternehmen nicht nur auf die traditionellen Verkehrsnetze angewiesen sind, so bleibt doch der **Ausbau der Verkehrsinfrastruktur** entscheidend, um eine auch umweltgerechte Mobilität für Personen und Güter zu sichern.

Ob es nun gefällt oder nicht: Auch in absehbarer Zukunft ist ein funktionierendes Verkehrssystem eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass Wirtschaftswachstum Beschäftigung sichern hilft. Dies gilt insbesondere für **strukturschwache Regionen** und das sind immer noch die Westküste und auch der Landesteil Schleswig. Gerade solche Gebiete sind bei ihrer wirtschaftlichen Entwicklung auf eine vernünftige **Verkehrsanbindung** angewiesen. Vor allem deshalb hat sich der SSW von Anfang an für den Ausbau der A 20 und den Bau der westlichen Elbquerung ausgesprochen. Wir versprechen uns davon eine

(Anke Spoorendonk)

positive Entwicklungschance auch für die Westküste Schleswig-Holsteins.

Natürlich darf man dazu nicht außer Acht lassen, dass die Verwirklichung dieser beiden Großprojekte die Küstenstädte Mecklenburg-Vorpommerns und die Metropole Hamburg enorm entlasten und in diesem Sinne auch zu einer positiven Umweltentlastung für die Bewohner der Städte beitragen würde. Deshalb war der Bau der A 20 als Projekt der deutschen Einheit in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplanes der alten CDU/CSU/F.D.P.-Bundesregierung aufgenommen worden.

Es ist jedoch kein Geheimnis - ich sage das auch noch einmal -, dass der bisher geltende **Bundesverkehrswegeplan** aus dem Jahre 1992 hoffnungslos unterfinanziert war.

(Günter Neugebauer [SPD]: Leider wahr!)

Schon mehrfach ist diese **Finanzierungslücke** von bis zu 85 Milliarden DM angesprochen worden. Von daher war die Finanzierung des weiteren Ausbaus der A 20 in Schleswig-Holstein zu keinem Zeitpunkt gesichert.

Der neue Bundesverkehrsminister Klimmt hat deshalb ein so genanntes **Investitionsprogramm** für den Ausbau der Bundesschienenwege, der Bundesfernstraßen und der Bundeswasserstraßen in den Jahren 1999 bis 2002 vorgelegt, in das er nur Projekte aufgenommen hat, die planungsmäßig schon abgeschlossen sind und die auch finanziert werden können.

Dabei ist natürlich zu begrüßen, dass der Ausbau der Schiene im Investitionsprogramm besser als bisher berücksichtigt worden ist. Das ist auch in unserem Sinne und diese Zielrichtung des Bundesverkehrsministers unterstützt der SSW. Wir brauchen in Zukunft eine bessere Schienenanbindung.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Das ist klar, wir brauchen eine bessere Schienenanbindung. Wir brauchen eine **Modernisierung des Schienennetzes**. Und es ist natürlich auch erforderlich, dass man sich auf die neue Situation mit der Großen-Belt-Querung besser einstellt. Auch das haben wir in diesem Hause schon mehrfach diskutiert.

Wir können den erwarteten Verkehrsanstieg unmöglich ohne eine Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene bewältigen.

(Beifall der Abgeordneten Jürgen Weber [SPD] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Natürlich ist es redlicher, ein Programm vorzulegen, in das nur Verkehrsprojekte aufgenommen werden, die auch finanziert werden können, anstatt einen Plan zu haben, der nur aus Luftlöchern besteht.

(Beifall der Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auch das will ich noch einmal loswerden: 16 Jahre wurde Schleswig-Holstein von der alten Bundesregierung benachteiligt,

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

wichtige Infrastrukturmaßnahmen wurden nicht durchgeführt. Auch ich habe natürlich in Erinnerung, wie das mit dem Bau der A 7 ging; das weiß man doch noch. Damit muss jetzt Schluss sein. Dieser Forderung kann sich der SSW jederzeit anschließen.

Ich erinnere nur daran, dass Schleswig-Holstein als einziges Land die notwendige Elektrifizierung des Schienennetzes ohne Bundeszuschüsse durchgeführt hat.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wunderbar!)

- Ich weiß nicht, ob das wunderbar ist.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist besser als keine elektrische Eisenbahn!)

- Na ja, diese Diskussion können wir auch hinterher führen. Ich denke, das ist ein echtes Problem, dass man in solch einer Debatte dann auch die Voraussetzungen und die Vorgeschichte vergisst. Bei aller Übereinstimmung - ich habe ja gesagt, die Richtung in den Anträgen von CDU und F.D.P. stimmt -: Man muss eine glaubwürdige Finanzierung hinbekommen, ansonsten kommen wir überhaupt nicht weiter.

Dennoch muss man feststellen, dass Schleswig-Holstein auch bei diesem Investitionsprogramm nicht sehr gut weggekommen ist. Auch von der neuen Bundesregierung scheinen die Nöte und Interessen Schleswig-Holsteins nicht ausreichend wahrgenommen zu werden.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist das!)

- Das ist natürlich so; klar!

Zwar kann die Landesregierung die Planung für die A 20 und für die westliche Elbquerung weiter vorantreiben, aber im Investitionsprogramm bis 2002 sind diese Projekte eben nicht vorhanden, und erst danach soll über einen neuen Bundesverkehrswegeplan entschieden werden.

(Anke Spoorendonk)

Genau daher rührt die Unsicherheit. Es mag politisch ehrlich gemeint sein, wenn Herr Klimmt zusichert, dass die **A 20** im nächsten **Bundesverkehrswegeplan** wieder in den vordringlichen Bedarf mit aufgenommen wird. Aber können wir hier angesichts der Finanzierungsprobleme des Bundes sicher sein? - Das ist doch die Frage.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

- Ich habe das nicht gehört.

Darum bleibt die Forderung des SSW an die Bundesregierung, die geplanten Milliarden für den Transrapid lieber für einen voll finanzierten Bundesverkehrswegeplan einzusetzen, der dann allerdings jetzt schon vorgelegt werden kann und nicht erst im Jahre 2002.

Zu den Anträgen möchte ich jetzt noch einmal Folgendes sagen. Wegen dieser Finanzierungsunsicherheit in den beiden Anträgen von CDU und F.D.P. werde ich diese Anträge so nicht mittragen. Ich habe dazu ja auch einen Änderungsantrag vorgelegt.

Ich werde mich bei dem Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Stimme enthalten; denn dieser neue Antrag stellt fest, was Sache ist. Er schadet nicht, aber ich denke nicht, dass er uns weiterhilft.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Minister Bülck das Wort.

Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Wir beschäftigen uns heute mit den Themen **A 20** und **Investitionsprogramm** unter anderem aufgrund eines Antrages der F.D.P. Die Fraktionsmitglieder wollen wissen, ob die Streichung von 300 Millionen DM auf Bundesebene Auswirkungen auf die A 20 hat.

Die Frage ist schnell zu beantworten: Es hat keine. Es ergeben sich keinerlei Konsequenzen für den Planungsstand, für die Planung und für den Fortschritt des Baus der A 20.

(Martin Kayenburg [CDU]: Für den Planungsstand sowieso nicht!)

- Ihre Zwischenrufe, Herr Kayenburg und Herr Kubicki, zeigen mir allerdings, dass Sie zwei Dinge immer noch nicht verstanden haben.

(Zurufe der Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Erstens haben Sie nicht verstanden, dass es nicht zu einer Verzögerung kommen wird, und zweitens haben

Sie auch nicht verstanden, wozu dieses Investitionsprogramm überhaupt dient.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Warum waren Sie in Berlin?)

Herr Kubicki, zu beiden Punkten möchte ich durch meine Ausführungen etwas Licht ins Dunkel bringen. Denn es werden immer noch die Planung, die Finanzierung und der Bundesverkehrswegeplan verwechselt und auch Sie haben das noch nicht sauber getrennt.

Sie haben richtig gesagt, die Grundlage für die Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen des Bundes sei der Bundesverkehrswegeplan. Und damit hört die Richtigkeit Ihrer Aussagen im Prinzip auch schon auf. Der von der alten Bundesregierung aufgestellte Bundesverkehrswegeplan - das wurde schon gesagt - ist mit 80 Milliarden bis 90 Milliarden DM hoffnungslos unterfinanziert. Die neue Bundesregierung erarbeitet zurzeit einen neuen Bundesverkehrswegeplan auf einer realistischen Basis und auch unter Einbezug neuer Bewertungskriterien.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

Als Finanzrahmen bis zur Fertigstellung dieses neuen Bundesverkehrswegeplans hat die neue Bundesregierung das **Investitionsprogramm** erstellt. Es enthält im Wesentlichen die Maßnahmen, die heute schon Baureife erlangt haben und für die im Geltungszeitraum 1999 bis 2002 Mittel bereitgestellt werden. Es sichert also die solide Finanzierung der Verkehrsprojekte in den nächsten Jahren.

(Martin Kayenburg [CDU]: Warum sind Sie dann überhaupt nach Berlin gefahren?)

- Herr Kayenburg, darauf komme ich gleich.

Dass Sie, Herr Kayenburg und meine Damen und Herren von der Opposition, Schwierigkeiten beim Verständnis des Investitionsprogramms haben, wundert mich nicht, denn eine solide Finanzierung ist nicht Ihre Sache.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ihre Parteien haben den Protest und den unterfinanzierten Bundesverkehrswegeplan von 1992 zu verantworten.

(Zurufe von der CDU)

(Minister Horst Günter Bülck)

Und ich finde es gut, Herr Kayenburg, dass Sie heute Morgen alle Projekte, die irgendwann von irgendwem schon einmal in Schleswig-Holstein diskutiert worden sind, hier aufgelistet haben. Sie haben uns aber nicht erzählt, wie das mit den 85 Milliarden DM, die nicht da sind, zusammen passen soll.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Wenn Sie hier sachorientiert diskutiert hätten, hätten Sie uns sagen müssen, wie Sie die 85 Milliarden DM auffüllen wollen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Das sagen wir Ihnen nach dem 27. Februar 2000!)

Als Fazit bleibt festzuhalten: Dieses Programm hat Planungssicherheit für die Länder geschaffen. Und alle, die jetzt entrüstet aufschreien, weil sie ein Projekt in diesem Plan nicht wiederfinden - -

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Minister Bülck, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Nein, tut mir leid, ich habe zu wenig Zeit. Aber wir bekommen ja sicher noch eine neue Runde.

Also alle, die jetzt aufschreien, seien daran erinnert, dass die Abarbeitung des alten Bundesverkehrswegeplans bis über das Jahr 2025 hinaus gedauert hätte. Ich kann Ihnen sagen, in der Zeit wäre Präsident Kennedy mit seinem Mondprogramm schon zweimal auf dem Mond gewesen. Das sind wirklich keine konkreten Planungen für ehrliche Projekte.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Was steht eigentlich im Programm? Das muss auch einmal gesagt werden.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

- Herr Kubicki, das Investitionsprogramm der nächsten drei Jahre umfasst ein Volumen von insgesamt 67,4 Milliarden DM. Während es in den alten Ländern eine leichte Mittelverschiebung zugunsten des Schienenwegebaus gibt, haben in den neuen Ländern aufgrund des Nachholbedarfes die VDE-Projekte im Straßenbau Priorität.

Ich verkünde an sich nichts Neues, wenn ich sage: Alle Projekte, die ich gern im Investitionsprogramm verankert gesehen hätte, sind nicht drin. Und wir haben uns bereits am 14. Oktober dafür eingesetzt, dass die Projekte, die wir für Schleswig-Holstein für wichtig halten, in das Programm aufgenommen werden. Hierzu gehört natürlich die Fortführung der A 20 bis Geschendorf, der Lückenschluss Bornhöved - Negernbötel und auch die B 206, Ortsumgehung Bad Bramstedt.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- Dazu komme ich gleich.

Für diese Maßnahmen wird die planungsrechtliche Absicherung voraussichtlich im Jahr 2002 vorliegen. Entsprechend der Kriterien des Investitionsprogramms, wonach nur solche Maßnahmen in das Programm aufgenommen wurden, deren geplanter Baubeginn in die nächsten drei Jahre fällt, sind diese Projekte nicht berücksichtigt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist auch eine sehr wichtige Aussage!)

- Ja!

Jetzt komme ich zu ihrer missbräuchlichen Benutzung des Planungsbegriffes. Sie tun nämlich immer so, als wenn das Land keine Planungsmittel hätte. Herr Kayenburg, Sie müssten aber wissen, dass alle Bundesfernstraßen durch Landesmittel geplant werden und dass sowohl für die Elektrifizierung Hamburg - Lübeck als auch für alle Aktivitäten, die zurzeit auf der A 20 passieren, die Mittel da sind.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Sie müssten wissen, dass es eine Refinanzierung nur gibt, wenn es im Finanzplan drin steht, Herr Minister Bülck! Das haben Sie immer noch nicht kapiert! - Glocke des Präsidenten)

- Das steht doch drin.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Minister!

Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

22 Millionen DM stehen für die A 20 drin.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Minister Bülck, wenden Sie sich bitte einmal um. Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Strauß?

Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Ja.

Roswitha Strauß [CDU]: Ich habe ja Glück, ich bin ganz überrascht. Herr Minister Bülck, ich habe eine Frage. Sie haben eben gesagt, dass alle Aktivitäten, die für die Planung laufen, finanziert sind. Trifft es dann zu, dass für das Linienbestimmungsverfahren der A 20 die Aufträge an die entsprechenden Ingenieurbüros zur Planung und zu den Voruntersuchungen von Ihrem Ministerium vergeben worden sind? Und ich bitte dann darum, die Zahlen zu nennen, in welcher Größenordnung sich das bewegt.

- Es trifft zu, dass wir die Planungen hauptsächlich über Ingenieurbüros machen. Sie werden von einer Projektgruppe in meinem Haus gesteuert. Und alle Gelder für die Aufträge, die zu vergeben sind, sind vorhanden. Natürlich sind Ingenieurbüros für den Bau der A 1 Richtung Bad Segeberg eingeschaltet.

(Holger Astrup [SPD]: Logisch!)

Lassen Sie mich jetzt zu dem kommen, was im Zusammenhang mit dem Investitionsprogramm passiert ist. Im **Schienenbereich** erfolgt die Aufteilung der Investitionsmittel maßnahmebezogen und nicht nach der Länderquote. Für Schleswig-Holstein werden in dem Programm für den Ausbau des Bahnhofes Elmsborn zunächst nur 5 Millionen DM bereit gestellt. In Nachverhandlungen ist es uns gelungen, die Zusage zu erhalten

(Unruhe)

- hören Sie zu! -, dass die Gesamtfinanzierung dieser Maßnahme im Zeitraum des Investitionsprogramms gesichert wird.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist aus meiner Sicht ein guter Erfolg. Mit der Realisierung der Dreigleisigkeit ab 2003 wird damit der Engpass Pinneberg - Elmsborn endgültig beseitigt sein.

(Beifall der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ein weiterer Erfolg ist die Tatsache, dass es uns gemeinsam mit Hamburg gelungen ist, die nördliche Güterumgebungsbahn um Hamburg im Investitionsprogramm zu verankern. Obwohl diese Maßnahme auf Hamburger Gebiet liegt, hat Schleswig-Holstein daran ein herausragendes Interesse.

(Beifall der Abgeordneten Holger Astrup [SPD], Konrad Nabel [SPD] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Im Bereich der Bundesfernstraßen wurden durch das Bundesverkehrsministerium vorrangig die **VDE-Projekte** bedient. Es mussten außerdem all die Projekte bedient werden, die durch vertragliche Bindungen fixiert sind, sprich vorfinanziert sind.

Und wir wissen alle - es wurde hier auch schon gesagt -, dass die „Spatenstichpolitik“ von Herrn Wissmann zu Projekten geführt hat, die ihren Schwerpunkt gerade nicht im Norden dieser Republik haben. Und das muss aufhören.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Darüber hinaus sind in diesem Investitionsprogramm für Schleswig-Holstein folgende Projekte enthalten: die Umgehung Oldenburg im Zuge der A 1, die Südumgehung Neumünster, sprich B 205, der Ausbau der B 502 Kiel - Brodersdorf, der Ausbau der B 203 Kappeln - Ellenbek, die Verlegung der B 76 in Kiel, diverse Lärmschutzmaßnahmen und als neues Vorhaben die Ortsumgehung Preetz. Es ist Schleswig-Holstein als eines der wenigen Bundesländer gelungen, überhaupt ein neues Projekt in diesem Investitionsprogramm zu platzieren.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wenn wir uns einmal das Ganze von der Prozentverteilung her anschauen, muss man sagen - die Betrachtung bezieht sich auf die alten Bundesländer -, dass von 1994 bis 1998 der Prozentanteil Schleswig-Holsteins an Bundesfernstraßenmitteln immer in der Größenordnung um 2,6 % lag. Er liegt in diesem Investitionsprogramm bei 5,9 %. Und das ist für Schleswig-Holstein keine schlechte Quote.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Gelitten haben natürlich Länder wie Nordrhein-Westfalen oder auch Rheinland-Pfalz, denn sie wurden im Vergleich zu ihren alten Quoten deutlich schlechter gestellt.

Was heißt das Ganze nun für die A 20 und wie geht es weiter? Frau Fröhlich, ich verhehle nicht mein Unverständnis dafür, dass Sie und einige Grüne meinen, dass es als Verhandlungserfolg zu verkaufen sei, dass die Baufinanzierung des Abschnittes der A 1 bis Geshendorf nicht im Investitionsprogramm ist.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Adelheid Winking-Nikolay [fraktionslos])

(Minister Horst Günter Bülck)

Noch weniger Sinn macht allerdings auch die Schlussfolgerung, dass die A 20 damit insgesamt hin-fällig sei.

Um die Diskussion auf eine sachliche Grundlage zu stellen, lassen Sie mich noch einmal Folgendes zu-sammenfassen: Herr Klimmt hat uns bestätigt, dass die **A 20** einschließlich einer **westlichen Elbquerung** ein Projekt von hoher Priorität ist und bleiben wird und dass dieses Verkehrsprojekt deutsche Einheit nur sei-nen Sinn behält, wenn es zu einer Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans kommt.

Herr Kayenburg, von einem Baustopp, von dem Sie immer reden, kann überhaupt keine Rede sein.

(Beifall bei der SPD)

Wir fahren heute Abend einmal zur A 1. Dann sehen Sie, wie gebaut wird.

(Martin Kayenburg [CDU]: Habe ich etwas von Baustopp gesagt?)

Die Planungsarbeiten an dem Streckenabschnitt der A 1 von Lübeck bis zur B 206 bei Geschendorf sind so weit fortgeschritten, dass Ende 2002 mit dem Planfest-stellungsbeschluss zu rechnen ist. Das heißt: Mit der Veranschlagung von Mitteln im Investitionsprogramm hätten wir die Arbeiten an diesem Abschnitt nur ge-ringfügig beschleunigen können. Ich sage nochmals: Die Entscheidung der Bundesregierung im Investiti-onsprogramm bedeutet keine Verzögerung gegenüber dem bisherigen Zeitplan.

Was die beiden anschließenden Streckenabschnitte der A 20 angeht, so ist die Voruntersuchung zum Ab-schnitt von Geschendorf zur A 21 bei Segeberg abge-schlossen beziehungsweise befindet sich in der End-phase. Den Abschnitt im Raum Segeberg haben wir bereits in der Öffentlichkeit vorgestellt und damit die Möglichkeit zur Abgabe von Stellungnahmen zu den untersuchten Varianten gegeben.

Der Abschnitt von Bad Segeberg über die A 7 bis zur westlichen Elbquerung hinaus befindet sich im kon-kreten Stadium der Voruntersuchung. Hier werden wir auch eine gerichts-feste Planung erzielen.

Herr Präsident, ich komme zum Schluss. Erstens: Alle Planungen gehen weiter.

(Martin Kayenburg [CDU]: Außer Spesen nichts gewesen!)

Zweitens: Es gibt keine Kürzungen, weil die Kürzun-gen, die Sie immer zitieren, noch nie finanziert waren. Die A 20 ist die erste Priorität der Landesregierung. Die Elektrifizierung der Bahnstrecke Hamburg - Lü-beck hat hohe Priorität und wegen der Entwicklung im Ostseeraum genießt die Entwicklung des internationa-

len Projektes der Fehmarnbelt-Querung ebenfalls hohe Priorität.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Nun möchte ich Gäste begrüßen. Auf der Tribüne haben Mitglieder der Landjugend des Kreises Stein-burg, der Abendvolkshochschule Leck mit Schülern der Hauptschule Leck Platz genommen. Herzlich will-kommen!

(Beifall)

Ich erteile Herrn Abgeordneten Schröder das Wort.

Bernd Schröder [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kayenburg, auch wenn es ungewöhnlich ist, dass Sie mich heute zum ersten Mal gelobt haben, wird dieser Spaltpilz nicht ausreichen, um mich in das CDU-Boot zu ziehen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Mit Sicherheit nicht! - Thomas Stritzl [CDU]: Das ist schön zu wissen, dass Sie da hinein wollen!)

Wir haben die Presseerklärung zur letzten Landtagsta-gung herausgegeben, weil in den Zeitungen konkret über die Pläne in Berlin berichtet wurde. Wir wollten umgehend und sofort im Interesse des Landes tätig werden. Herr Kubicki, wenn Sie sich hier hinstellen und der Ministerpräsidentin oder dem Verkehrsmini-ster Vorwürfe machen, weil sie nach Berlin gefahren sind - -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Warum waren sie da?)

- Wenn sie das nicht gemacht hätten, um die Interessen des Landes zu wahren, dann hätten sie hier genau das Gleiche gezeißelt und gesagt: Warum haben Sie nicht alles unternommen, um die Gelder zu bekommen?

(Beifall bei der SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Damit sagen Sie doch, dass Sie nichts erreicht haben! - Unruhe)

Wie man es auch macht, Sie finden immer das Richti-ge, um Ihre Argumente aufrechtzuerhalten.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich habe das Wort dem Herrn Abgeordneten Schröder erteilt.

Bernd Schröder [SPD]:

Die A 20 ist und bleibt für uns das wichtigste Infrastrukturprojekt in Schleswig-Holstein. Wir haben in den vergangenen Jahren die Planungen konsequent vorangetrieben und dabei stets Wert auf rechtlich einwandfreie und nicht angreifbare Verfahren gelegt. Das ist eine Vorgehensweise, die - wie Sie wissen - bisher durchaus als erfolgreich zu bezeichnen ist.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Unter Nummer 2 des CDU-Antrags zur A 20 und der Elbquerung fordern Sie, eine Trassierung der A 20 mit **Elbquerung** westlich von Hamburg in der Höhe Glückstadt/Drochtersen festzulegen. Auch wenn ich die Feststellung einer Elbquerung bei Glückstadt bei Ihnen begrüße - diese Konkretisierung war ja nicht immer der Fall -, missachten Sie mit dieser Nummer 2, dass eine definitive Festlegung für eine Trassenvariante aus planungsrechtlichen Gründen zurzeit gar nicht erfolgen kann. Eine Entscheidung auf Basis des Gutachtens - -

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter! Ich darf um etwas mehr Aufmerksamkeit bitten, auch auf der Tribüne!

Bernd Schröder [SPD]:

Eine Entscheidung auf Basis des Gutachtens ist mit hohen planungsrechtlichen Risiken verbunden. Um Abwägungsdefizite und Fehler im Planungsermessen zu vermeiden, müssen sämtliche in der Untersuchung geprüften Trassenkorridore zwingend mit dem Ziel einer konkreten Linienführung nach den gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren detailliert untersucht werden. Erst dann ist es möglich, eine Linienabwägung vorzunehmen und eine Linienführung festzulegen. Sie wischen derartige Aussagen einfach zur Seite. Sie gehen gar nicht weiter darauf ein. Sie wollen in der Öffentlichkeit lediglich den Eindruck vermitteln, dass die Planungen schneller vorangetrieben werden könnten. Vielleicht unter Missachtung der gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren?

(Holger Astrup [SPD]: Hört sich so an!)

Sie wären doch die Ersten, die bei einem verlorenen Klageverfahren mit dem Finger auf die Landesregierung zeigen würden. Wenn man Ihre Pressemitteilungen vom 3. und 15. November liest, muss man den Eindruck gewinnen, dass Sie im Bund in den vergangenen Jahren nie irgendeine Verantwortung getragen haben.

(Holger Astrup [SPD]: Stimmt ja auch!)

Dass Sie es wagen, die Aussagen des Bundesverkehrsministers Klimmt, der davon ausgeht, dass die Landesregierung die Planung zur A 20 weiter zügig vorantreibt, damit im Rahmen des neuen Bundesverkehrswegeplans zeitgerecht die Finanzierung sichergestellt werden kann, als leeres Versprechen und reine Wahlkampfaktik der SPD hinzustellen, ist eine Unverfrorenheit und Arroganz sondergleichen.

(Beifall bei der SPD - Martin Kayenburg [CDU]: So ist es doch auch! - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Wer hat denn die Verantwortung für einen völlig unterfinanzierten Bundesverkehrswegeplan zu tragen - das kann ich Ihnen nicht ersparen, weil es nun mal die Wahrheit ist -, der eine Lücke von zirka 85 Milliarden DM aufweist? Wer hat denn die Verantwortung dafür, dass alle Wünsche und Wahlkampfversprechungen erst einmal in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen worden sind? Diese Verantwortung haben allein Sie als ehemalige CDU/CSU/F.D.P.-Bundesregierung zu tragen. Jetzt tun Sie so, als gehe Sie das alles nichts an, und schieben die Gesamtverantwortung auf die neue Regierung, die seit einem Jahr im Amt ist, und auf die Landesregierung Schleswig-Holstein. Das verkehrt die Tatsachen ja wohl völlig. Sie haben im Norden 16 Jahre lang Infrastrukturmaßnahmen sträflich vernachlässigt. Es wurde schon gesagt, dass wir das einzige Bundesland sind, das selbst für seine erste Elektrifizierungsmaßnahme 150 Millionen DM als Eigenanteil aufbringen musste.

(Lothar Hay [SPD]: Aus dem Regionalprogramm finanziert!)

Wenn Sie in der Pressemitteilung davon sprechen, dass die Menschen in Schleswig-Holstein genau wüssten, wie ihre Zukunft zerstört werden soll - das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen -, dann wird deutlich, was Sie bezwecken. Vom Täter zum Sanitäter und hoffentlich merkt es keiner.

(Beifall bei der SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Ihr hattet doch ganze zwölf Jahre lang das Sagen!)

Die Landesregierung Schleswig-Holstein hat im bisherigen Verfahren zur A 20 erhebliche **Planungsleistungen** vollbracht. Wir gehen ebenso wie der Bundesverkehrsminister davon aus, dass die Planungen weiter zügig vorangetrieben werden und dass im Rahmen des neuen Bundesverkehrswegeplans die **Finanzierungen** zeitgerecht sichergestellt werden. Diese Auffassung wird auch durch unseren aktuali-

(Bernd Schröder)

sierten Antrag zum Investitionsprogramm des Bundesverkehrsministeriums zum Ausdruck gebracht.

(Zurufe der Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Alle Planungen und Untersuchungen des Landes werden unverändert fortgesetzt. Wenn Sie sich die Mühe machen, den umfangreichen Bericht des Ministers im Wirtschaftsausschuss vom 11. November 1999 nachzulesen, dann wird deutlich, dass dem so ist und dass die Planungen fortgesetzt werden.

Es ist nicht nur Wahlkampf. Bald ist wieder Weihnachten und die Kinder geben ihre Wunschzettel beim Weihnachtsmann ab. Kluge Eltern haben ihre Kinder bisher darauf hingewiesen, dass nicht alle Wünsche in Erfüllung gehen und dem vorgebeugt. So klug wie viele Eltern ist die alte CDU/CSU/F.D.P.-Bundesregierung mit ihren Zöglingen, den Ländern, bedauerlicherweise nicht umgegangen. Da wurden Projekte gemeldet, die Wunschzettel wurden immer länger und länger. Die Wünsche wurden im Bundesverkehrswegeplan aufgenommen und bei den Zöglingen wurde der Eindruck erweckt, alles sei machbar.

Diese Politik von der Opposition war unverantwortlich. Aus Bonn wurden über Jahre Hoffnungen geschürt, von denen man wusste, dass man sie nie würde erfüllen können. Vielleicht spielte dabei auch schon der Gedanke: „Nach uns die Sintflut“ eine wichtige Rolle.

(Lothar Hay [SPD]: Nun werden Deiche geöffnet, oder was?)

Die neue Bundesregierung musste darauf reagieren. Sie erarbeitet zurzeit einen neuen Bundesverkehrswegeplan auf einer realistischen Basis. Als Übergangslösung bis zu dessen Fertigstellung hat die neue Bundesregierung das Investitionsprogramm erstellt, das uns vorliegt. Zugegebenermaßen hätten wir uns auch die eine oder andere Maßnahme zusätzlich gewünscht. Ich denke jedoch, dass mit diesem Investitionsprogramm unter dem Strich viele notwendige Maßnahmen in Schleswig-Holstein in Form von Bau beziehungsweise Weiterbau gesichert sind.

(Lothar Hay [SPD]: Sehr gut! - Beifall des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Die Ministerpräsidentin und der Verkehrsminister haben die Projekte im Einzelnen genannt. Es bleibt auch dabei, dass außerhalb des Investitionsprogramms die Planung der Elektrifizierung der Bahnstrecke Lübeck - Hamburg kurzfristig begonnen wird. Die notwendigen Mittel werden zur Verfügung gestellt.

Ich räume ein, dass einige wünschenswerte Maßnahmen nicht in das Investitionsprogramm aufgenommen

wurden. Dazu gehört auch - wie der Verkehrsminister sagte - der Lückenschluss der A 21 zwischen Bornhöved und Negerbötzel, die Ortsumgehung Bad Bramstedt im Zuge der B 206. Wir gehen jedoch fest davon aus, dass sich diese Projekte im neuen Bundesverkehrswegeplan wieder finden werden.

Eine Selbstverständlichkeit ist es aus der Sicht der SPD-Landtagsfraktion, dass die Planungen fortgeführt werden, da die Planungskosten ohnehin vom Land zu zahlen sein werden. Obwohl längst nicht alle Projekte umgesetzt werden konnten, muss es einmal so deutlich gesagt werden, dass den Miesmachern von CDU und F.D.P. eindeutig widersprochen werden muss.

Die Maßnahmen, die umgesetzt werden, können sich sehen lassen. Im Kreis Pinneberg wird der Bahnhof Elmshorn mit zusätzlichen 5 Millionen DM ausgebaut.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Lächerliche Summe!)

Und wie wir vom Minister gehört haben, ist auch die Gesamtfinanzierung im Zeitraum des Investitionsprogramms gesichert.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Martin Kayenburg [CDU]: An anderen Stellen nicht?)

Und da frage ich Sie an dieser Stelle: Warum haben Sie es nicht geschafft, bis zum Jahre 1988 das dritte Gleis zwischen Pinneberg, Elmshorn und Eidelstedt auf den Weg zu bringen?

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD] und Ursula Kähler [SPD] - Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Ihr damaliger Verkehrsminister Westphal hätte das für 10 Millionen DM bekommen.

(Zurufe von der CDU)

Auf einen Aspekt möchte ich noch hinweisen. Schleswig-Holstein gehört zu den wenigen Ländern, die es erreichen konnten, ein neues Vorhaben im Investitionsplan zu platzieren. Ich meine damit die **Ortsumgehung Preetz** im Verlauf der B 76.

(Beifall bei der SPD)

Der erste Spatenstich für diese Maßnahme wird bereits im Dezember erfolgen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Weiter so!)

(Bernd Schröder)

- Sie haben viele Spatenstiche gemacht und bei keinem das Projekt verwirklicht!

Mit diesen Maßnahmen erhält Schleswig-Holstein bei einem Gesamtvolumen von 449 Millionen DM einen deutlich größeren Anteil an Bundesfernstraßenmitteln, als das in der Vergangenheit der Fall war. Dies wirft ein weiteres deutliches Licht auf die parteipolitisch orientierten Entscheidungen der alten Bundesregierung im Verkehrsbereich.

Mit der Verabschiedung des Investitionsprogramms 1999 bis 2002 für den Ausbau der Bundesverkehrswege wird endlich Klarheit für alle Beteiligten geschaffen. Die Praxis der alten Bundesregierung, einen Bedarfsplan zu erstellen, große Hoffnungen auf Investitionen zu wecken und sie dann letztlich unterfinanziert und unfinanziert zu lassen, wird beendet. Nur wer Geld zur Verfügung stellt und stellen kann, der kann auch Straßen bauen. Das Führen langer unerfüllter Wunschzettel hat nichts mit seriöser Politik zu tun.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Diese Praxis, Herr Kubicki, hat zum Glück nun ein Ende.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist Wunschträumerei!)

Auch wenn sie sich als unangenehm erweist, muss die Wahrheit auf den Tisch, und dies geschieht jetzt. Mit der umfassenden Überarbeitung des Bundesverkehrswegeplanes ist begonnen worden. Wir gehen davon aus, dass dies in aller Ruhe und solide erfolgt und die Interessen Schleswig-Holsteins dabei angemessen berücksichtigt werden.

(Zuruf von der CDU)

Somit ist endlich für die nächsten Jahre Klarheit mit einem durchaus ansehnlichen Investitionsvolumen geschaffen worden.

Wir als SPD-Fraktion halten ohne Wenn und Aber an den Planungen und an der Realisierung der A 20 und den anderen Investitionsprojekten in Schleswig-Holstein fest. Meine Damen und Herren, wir lassen uns die Leistungen des Landes Schleswig-Holstein von der Opposition nicht schlecht reden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nein, nein! - Martin Kayenburg [CDU]: Aber die Leistungen der Regierung sind schlecht! Das ist das Problem!)

Das Land Schleswig-Holstein ist auf einem guten Weg und diesen Weg werden wir auch nach dem 27. Februar 2000 weitergehen.

Die SPD-Fraktion ist mit der Anregung einverstanden, alle vorliegenden Anträge an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Die Anregung kam ja von Ihnen, Herr Kubicki. Sie sehen, einzelnen Ihrer Anträge kann man durchaus folgen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Die Redezeiten sind ausgeschöpft. Ich erteile nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung zu einem Kurzbeitrag der Frau Abgeordneten Schmitz-Hübsch das Wort.

Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es würde mich natürlich sehr reizen, auf einige Dinge näher einzugehen, die heute gesagt worden sind, aber die drei Minuten Redezeit machen das leider nicht möglich.

Ich möchte deshalb nur auf den Aspekt eingehen, unter dem dieses Investitionsprogramm verkauft wird, nämlich dass Rot-Grün in Berlin die Mittel vom Straßenbau auf die Schiene verlagere. - Wenn denn wenigstens das wahr wäre!

Herr Kubicki hat darauf hingewiesen, dass die Verlagerung darin besteht, dass die Mittel für den Straßenbau stärker gekürzt worden sind als die Mittel für die Schiene. Das Ergebnis für Schleswig-Holstein ist so erbärmlich, dass Minister Bülck schon Projekte auf Hamburger Grund und Boden heranziehen muss, um im hohen Haus überhaupt noch irgend etwas vorstellen zu können. So traurig ist das.

(Zurufe von der CDU: Hört, hört!)

Ich stelle fest: Für die Nord-Süd-Magistralen in Schleswig-Holstein wird absolut nichts getan, weder auf der Straße noch auf der Schiene.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist es!)

Der sechsstreifige Ausbau der A 7 südlich des Kanals wird von dieser Regierung wieder nicht für den vorrangigen Bedarf des nächsten Bundesverkehrswegeplanes angemeldet, obwohl das für die Jütlandroute und die Arbeitsplätze im nördlichen Schleswig-Holstein lebensnotwendig wäre. Aber das haben wir von Ihnen auch nicht anders erwartet. Außerdem hat Herr Hentschel ja schon darauf hingewiesen, dass der ländliche Raum sich weiter ausdünnert, also brauche man für ihn ja auch nichts mehr zu tun.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh! - Ursula Kähler [SPD]: Eine billige Polemik!)

(Brita Schmitz-Hübsch)

Und wer nun gemeint hat, Minister Klimmt gleiche den Stopp der A 20 wieder aus, indem er als Trostpflaster das Geld für den Schienenengpass Pinneberg - Elmshorn bereitstellen würde, damit wenigstens die skandinavischen Züge über diese Strecke fahren können, wenn schon die LKW nicht darüber fahren dürfen, sieht sich ebenfalls getäuscht. Nicht einmal das wird wahr. Sogar der Ausbau des Bahnhofs Elmshorn, der ja von der alten Bundesregierung schon einmal zugesagt worden ist - Herr Schröder! -, ist gestoppt worden. Die Regierung Schröder lässt die rot-grünen Freunde in Schleswig-Holstein in aller Ruhe im Stich.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Schröder weiß schon, warum!)

Weshalb ist Elmshorn denn gestoppt worden? Weil irgendein Phantast auf die Idee gekommen ist, man könnte den Güterverkehr über die reaktivierte Strecke Neumünster - Bad Segeberg - Bad Oldesloe leiten und so einen „Bypass“ an Hamburg vorbei legen und man könnte damit die Ausbaukosten von über 360 Millionen DM für den Raum Pinneberg - Elmshorn sparen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das war bestimmt Herr Hentschel! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Herr Hentschel als größter Verkehrsexperte aller Zeiten!)

Wer solchermassen laut redet, verschweigt die Fakten. Die Fakten sind, dass diese Strecke nur eingleisig ist und im Halbstundentakt vom Personennahverkehr benutzt werden soll. Wie da noch Platz übrig sein soll, um den Güterverkehr im großen Umfang über diese Strecke abzuwickeln, ist schleierhaft. Ein zweigleisiger Ausbau steht überhaupt in den Sternen. Erstens ist der Bau von Schienenwegen sehr teuer - das wissen Sie selbst -, zweitens dauert das Planfeststellungsverfahren genauso lange wie im Straßenbau und drittens haben die Menschen in Bad Oldesloe und in Bad Segeberg im Vertrauen auf die stillgelegte Strecke bis dicht an die Schienen herangebaut. Schon wegen des Lärmschutzes ist eine leistungsfähige zweigleisige Bahnstrecke dort unvorstellbar.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist das!)

Als Resultat bleibt: Mit dem Hereinbringen dieser neuen Variante haben Sie, Herr Hentschel, dem Schienenausbau in Schleswig-Holstein einen Bärendienst erwiesen.

(Beifall bei der CDU - Glocke des Präsidenten)

- Herr Präsident, ich komme zum Schluss. Noch nie waren wir so nahe dran an der **Beseitigung des Engpasses in Elmshorn**. Durch Ihre öffentliche Überle-

gung haben Sie die Lösung dieses Problems wieder in weite Ferne gerückt. Es ist alles gestoppt. Sie sollten endlich lernen, Herr Hentschel, dass Schluss sein muss mit intellektuellen Planspielen im Sandkasten. Irgendwann muss eine Sache auch einmal zur Entscheidung gebracht werden.

(Ingrid Franzen [SPD]: Sie haben 16 Jahre lang nichts gemacht!)

Andere Länder handeln schneller und laufen in großen Schritten an uns vorbei.

(Beifall bei der CDU - Ursula Kähler [SPD]: Kennen Sie den Satz mit x? Die Rede war nix!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ebenfalls zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Geißler das Wort.

Thorsten Geißler [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es sind von den Vertretern der Regierungsfractionen heute bereits einige Nebelbomben geworfen worden, aber Herr Minister Bülck, was Sie sich eben geleistet haben, ist an mangelnder Logik wirklich nicht mehr zu überbieten.

Wenn es denn wirklich so ist, dass die Entscheidung der Bundesregierung, die A 20 westlich von Lübeck nicht in das Investitionsprogramm aufzunehmen, ohne Folgen für die Realisierung dieses Projektes ist, dann frage ich mich, warum sind Sie dann, wenn es gar keinen Handlungsbedarf gab, mit Frau Simonis zusammen nach Berlin gefahren sind.

(Beifall bei der CDU - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Berlin ist immer eine Reise wert!)

- Ja, Berlin ist immer eine Reise wert, aber es ging doch wohl darum, 3 Millionen DM herauszuschlagen, um den Weiterbau der A 20 rechtlich abzusichern. Der Umkehrschluss lautet: Weil Ihnen das nicht gelungen ist, ist der Weiterbau der A 20 ab dem Jahre 2003 in keiner Weise rechtlich abgesichert. Sie sind mit leeren Händen zurückgekommen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das hat er ja selbst gesagt!)

Meine Damen und Herren, Herr Klimmt hat ein bisschen weiße Salbe auf die offenen Wunden von Frau Simonis geschmiert. Alles andere ist virtueller Beton. Herr Hay, das haben Sie zu Recht ausgeführt, aller-

(Thorsten Geißler)

dings haben Sie die handelnden Personen dabei leider verwechselt.

(Ingrid Franzen [SPD]: Das hat Herr Kayenburg gemacht!)

Eine kurze Anmerkung noch zu Ihrem Scheinargument der Unterfinanzierung des Bundesverkehrswegeplanes. Meine Damen und Herren, diejenigen Bundesländer, die ihre Projekte bis zur Verwirklichungsreife vorangetrieben haben, haben es natürlich auch geschafft, dass ihre Projekte im Investitionsprogramm abgesichert worden sind.

(Zurufe von der CDU: Genau! - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, das stimmt nicht!)

Aber dieses Kriterium habe Sie doch nie ernsthaft angestrebt, geschweige denn erreicht.

(Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

In den vergangenen Jahren ist bezüglich der Planung westlich von Lübeck geschlafen worden und das kommt Sie jetzt heute teuer zu stehen. Das ist für das ganze Land sehr bitter.

Wenn Sie selbst einräumen, es sei Zeit verloren worden, und auf die Wakenitzquerung verweisen, so hat niemand bestritten, dass die Klagen natürlich zu einem Zeitverlust geführt haben. Das lasten wir Ihnen an dieser Stelle auch nicht an; darum geht es heute nicht. Heute geht es um die A 20 westlich von Lübeck und da ist in den vergangenen Jahren die Planung nicht energisch genug vorangetrieben worden. Das führte zu der Entscheidung der Bundesregierung, die wir jetzt gemeinsam zu beklagen haben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, das hat negative Folgen auf das Investitionsklima in der gesamten Region. Jedermann weiß, dass Arbeitsplätze dort entstehen, wo Verkehrsknotenpunkte sind.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aha!)

Lübeck sowie alle Kreise, die an der A 1 liegen, wollten von der Verkehrsdrehscheibe, wie sie geplant worden ist, profitieren. Sie haben ihre Gewerbegebietsplanung, ihre Wirtschaftsansiedlungspolitik voll auf dieses geplante Verkehrsdrehkreuz ausgerichtet.

Das ist jetzt alles in der Schwebe und hat fatale Auswirkungen auf die gesamte Region und auf das wirtschaftliche Klima in Lübeck, Ostholstein, Lauenburg, Stormarn und den anderen Kreisen, die von der Planung betroffen sind. Meine Damen und Herren, das lasten wir Ihnen an.

In den vergangenen Tagen ist ja noch einiges andere den Bach heruntergegangen. Zu allem kann man heute nicht Stellung nehmen, dazu reicht die Zeit nicht aus. Aber eine Anmerkung lassen Sie mich noch machen: Seit Jahren wird in Schlutup bei Lübeck eine leistungsfähige Umgehungsstraße versprochen. Es waren immer wieder Vertreter auch Ihrer Partei, die diese Versprechungen vor Ort erneuert haben. Jetzt ist diese Maßnahme nicht mehr im Investitionsprogramm abgesichert. Ich kann Ihnen sagen, das werden wir in Lübeck zum Thema machen, denn da ist ein ganzer Stadtteil getäuscht worden, und zwar aufgrund der mangelnden Energie, mit der Sie hier in Schleswig-Holstein Verkehrspolitik betreiben.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Zu einem weiteren Kurzbeitrag erteile ich nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung der Frau Abgeordneten Dr. Winking-Nikolay das Wort.

Dr. Adelheid Winking-Nikolay [fraktionslos]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kayenburg und auch Herr Kubicki, ist Ihnen eigentlich bewusst, dass Sie mit der Behauptung, die Grünen seien gegen die A 20, Wahlkampf für die Grünen betreiben?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir wollen auch, dass Sie wieder hineinkommen!)

Gegen die A 20 waren die Grünen nur im Wahlkampf.

(Meinhard Füllner [CDU]: Sie waren da immer ehrlich!)

Als die Stimmen im Kästchen waren, war Schluss mit „Anti-A 20.“

(Vizepräsident Dr. Eberhard Dall' Asta übernimmt den Vorsitz)

So hat der grüne Umweltminister wichtige Gutachten zur Wakenitzniederung erst nach der denkwürdigen Rede von Herrn Steinbrück in Auftrag gegeben, in der er bei seinem letzten Auftritt vor dem Parlament deutlich gemacht hat, dass eine Ausnahmegenehmigung zur Wakenitzquerung nur zu erreichen sei, wenn man die FFH-Anmeldung beziehungsweise die Vogelschutzausweisung schnell erreichen könne. Grünes Klientel wird so nicht bedient, aber grünes Klientel ist längst bedient. Verbände und Initiativen haben das längst durchschaut. Das ist in letzter Zeit ja auch in anderen Beispielen deutlich geworden. Klatschen - möchte ich an meine ehemaligen Koalitionskollegen richten - ist eben leichter als handeln.

(Dr. Adelheid Winking-Nikolay)

Was mir aber in der ganzen Diskussion sehr gefehlt hat, ist Folgendes: Wenn man davon ausgeht, dass die A 20 an der A 1 endet - das heißt, dass die Wakenitzniederung zerstört wird - und der Verkehr aus dem Osten in einer Sackgasse landet, dann wird das zu einem Dauerstau auf der A 1 und im gesamten Lübek-ker Raum führen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Wozu dann noch die Zerstörung der Wakenitzniederung? Im Übrigen sind die Klagen noch nicht abgeschlossen. Wenn man an das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts denkt, könnten vor dem Hintergrund der neuesten Tatsachen unter Umständen neue Fakten für die Fortführung der Klage geschaffen worden sein.

Wichtig ist jetzt, dass die Grünen endlich Farbe bekennen und mit diesem Drahtseilakt zwischen Koalitionsrason und dem Gieren nach Wählerstimmen Schluss machen und endlich sagen, ob sie wirklich verhindern wollen, dass die Wakenitzniederung jetzt noch zerstört werden soll, wenn das Ganze zu einem Verkehrschaos im Lübecker Raum führt. Die Grünen sollten endlich Farbe bekennen. Ich glaube nicht, dass sie sonst irgendeine Chance haben, aus der Versenkung wieder aufzutauchen. Vorher wurde gesagt, die Grünen tauchen immer ab. Ich glaube nicht, dass ihnen sonst die Wählerinnen und Wähler helfen werden, nach dem 27. Februar wieder aufzutauchen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Vielen Dank für den Hinweis!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich erteile nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung Herrn Abgeordneten Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Winking-Nikolay, die F.D.P. als liberale Partei hat immer ein Herz für Minderheiten. Deshalb sorgen wir uns natürlich auch um die Grünen, nicht nur in diesem Lande, sondern auch anderswo. Es wäre im Wahlkampf sonst ganz gemein, wenn Heide Simonis allein stehen müsste und ihren Koalitionspartner verlöre, von dem sie in den letzten dreieinhalb Jahren doch so viel an weiterführender Erkenntnis für die Zukunft gehabt hat.

Ich habe trotzdem noch Fragen, die ich gern beantwortet haben möchte. Was haben die Ministerpräsidentin und der Verkehrsminister in Berlin nun wirklich gemacht?

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben einen Wunschzettel abgegeben!)

Die Reise war nicht notwendig, die Feststellung von Herrn Klimmt hätte man telefonisch, vielleicht auch schriftlich abfragen können. Berlin ist zwar immer eine Reise wert, es gibt da ein gutes Kulturprogramm, aber das allein kann es nicht gewesen sein. Was haben Sie da eigentlich gemacht? Was haben Sie von Herrn Klimmt gewollt? Und was war das Ergebnis dieser Fragestellungen?

Zweite Frage an den Landesverkehrsminister: Ich entnehme heute den Medien - das möchte ich zitieren -:

„Bülck relativiert A 20-Jubel: Kein Selbstgänger. Klimmts Zusage juristisch nicht verbindlich.“

(Widerspruch bei der SPD)

- Ich zitiere das nur, weil ich wissen will, ob er gestern die Journalisten falsch informiert hat oder ob er selbst im falschen Film war.

„Der Weiterbau der Ostseeautobahn A 20 samt Elbquerung ist fraglicher als von Heide Simonis dargestellt. Einen Tag nach einer mit der Regierungschefin verbreiteten Jubelmeldung machte Schleswig-Holsteins Verkehrsminister Horst Bülck deutlich, dass die A 20 und der jetzt für 2003 angestrebte Baubeginn kein Selbstgänger ist. Die Zusage von Reinhard Klimmt, das Bauprojekt in einen neuen Bundesverkehrswegplan ab 2003 aufzunehmen, sei juristisch nicht verbindlich, räumte Bülck ein.“

Was gilt also? Haben Sie die Journalisten falsch unterrichtet oder haben Sie heute das Parlament falsch unterrichtet? Hier bitte ich um eine schlichte Klarstellung.

(Vereinzelter Beifall bei F.D.P. und CDU)

Drittens: In Anlehnung an den Satz, den ich sehr genau verfolgt habe, des Kollegen Lothar Hay, Fraktionsvorsitzender der SPD, wer in diesem Punkt jetzt auf die Bremse treten wolle, treffe die Kupplung der Koalition - ich weiß, ich kann keine Frage an die Mehrheitsfraktionen richten -, frage ich mich: Was kann damit wohl gemeint sein? Bei dem Bild - bei Bildern muss man vorsichtig sein - fällt mir ein: Selbst wer die Kupplung trifft, sorgt dafür, dass Geschwindigkeit aus dem Wagen herauskommt.

An sich waren wir uns einig, Kollege Hay, die Geschwindigkeit soll eingehalten, möglichst sogar beschleunigt werden, damit wir schnellstmöglich die

(Wolfgang Kubicki)

Verkehrsinfrastruktur schaffen, aber das Bild war schon sehr interessant.

Nun die Frage an die Ministerpräsidentin: Wen hat sie mit den kleinen grünen Männchen gemeint, die sich nicht vorzeitig freuen sollen? Also, Kollege Hentschel kann es nicht gewesen sein, schon von der Körpergröße her nicht, Kayenburg und ich gelten nicht als grün. Wen hat sie also mit der Frage nach den kleinen grünen Männchen gemeint, die sich angesichts der Entwicklung hinsichtlich der A 20 nicht freuen sollen? Worin könnte überhaupt die Freude bestehen, wenn sich nichts gegenüber dem, was bisher geplant gewesen war, verändert hat? Freuen kann man sich doch nur, wenn sich etwas auf der anderen Seite verändert hat. Also auch dieses Bild müssten Sie mir und dem hohen Haus erklären.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ebenfalls nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es sind einige Dinge gesagt worden, die einer Richtigstellung bedürfen. Zum einen ist angemerkt worden, die Grünen hätten es als Erfolg verkauft, dass die A 20 aus dem Plan gestrichen worden ist. Dazu muss ich Folgendes sagen: Wer meine Presseerklärung gelesen hat, wird feststellen, dass ich immer dargestellt habe, an den Planungen habe sich diesbezüglich nichts geändert. Was wir in dieser ganzen Diskussion als Erfolg verbuchen, ist, dass es bei den Mitteln auf Bundesebene zu einer schrittweisen Verlagerung der Finanzierung von Investitionen im Verkehrsbereich zugunsten der Schiene kommt,

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

weil wir das für zukunftsträchtig halten. Das sehen wir in der Tat als Erfolg an. Darauf sind wir stolz.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Weiter habe ich eine Anmerkung zu der Bemerkung von Herrn Geißler zu machen, dass die süddeutschen Länder gut geplant und deswegen alles gut gebaut hätten. Das Gegenteil ist der Fall. Die süddeutschen Länder, die bisher immer überproportional abkassiert haben, weil sie einen süddeutschen Finanzminister hatten, der ihnen immer alles zugeschustert hat, und anschließend erzählen, es gehe ihnen wirtschaftlich so gut, haben dabei von vorne bis hinten milliardenmäßig

abgesahnt. Und der Norden ist beschissen worden, um es einmal deutlich zu sagen - -

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Widerspruch bei CDU und F.D.P.)

Die süddeutschen Länder haben jetzt Riesenprojekte geplant - zum Beispiel Baden-Württemberg mit Maßnahmen zum Autobahnausbau von 1,8 Milliarden DM -, die nicht finanziert sind.

(Martin Kayenburg [CDU]: Es werden immer mehr, erst 1,5 Milliarden, dann 1,6 Milliarden DM - und jetzt - -!)

Das Ergebnis ist, wenn sie nicht innerhalb von fünf Jahren in die Bauphase kommen, werden die gesamten Planungsmittel, die das Land Baden-Württemberg gezahlt hat, verfallen. Die haben sich selber in den Hintern gebissen, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Ich freue mich, dass der Verkehrsminister deutlich gemacht hat, dass die Strecke Pinneberg - Elmshorn gebaut wird. Ich stehe auch dazu.

Wenn man einmal eine Situation analysiert - ich denke an unser Güterverkehrsgutachten - und fragt, wie Verkehrsströme in Zukunft organisiert werden können, dann kommt die Kleingeistigkeit einer Opposition, die sagt:

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Mein Gott!)

Ach, das ist wieder etwas Neues, jetzt schmeißt er alles über den Haufen, jetzt will er alles wieder weg haben. Es ist das Problem dieses Parlaments, dass Denken überhaupt nicht mehr zugelassen wird, sondern hier nur noch Schleimgeisterei herrscht.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter Hentschel, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Schmitz-Hübsch?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Auf Ihre Definition habe ich gewartet!)

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich glaube, dass im Rahmen meiner Redezeit - -

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Sie haben nur noch 17 Sekunden!

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich habe nur noch 13 Sekunden. Von daher erübrigt sich dieses Problem.

Als Letztes zum ländlichen Raum: Sie sagten, der ländliche Raum sei vernachlässigt worden. Gucken Sie sich einmal die Arbeitslosenzahlen an! Da muss ich Sie fragen: Wann hat es eine Regierung geschafft, dass ausgerechnet im ländlichen Raum und an der Westküste die Arbeitslosenzahlen sinken,

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Im Sommer!)

und zwar so sehr sinken, dass sie kleiner sind als die Zahlen im Hamburger Randgebiet?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Richtig!)

Der Raum Nordfriesland, der in CDU-Zeiten immer vernachlässigt worden ist - den haben Sie immer nur mit dem Hintern angeguckt -,

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD])

hat jetzt geringere Arbeitslosenzahlen als Lauenburg, die kleinsten Zahlen in ganz Schleswig-Holstein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Das ist erfolgreiche Regionalpolitik.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Des Landrats!)

Das haben Sie noch nie hingekriegt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ebenfalls nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich dem Herrn Abgeordneten Eichelberg das Wort.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sagen Sie, wer dort Landrat ist! Mit 70 % gewählt!)

Uwe Eichelberg [CDU]:

Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Herr Minister Bülck, nachdem ich Sie heute sprechen gehört habe und das mit dem vergleiche, was wir im Ausschuss miteinander besprochen haben, fällt es mir schwer, Sie und Ihre Aussagen ernst zu nehmen, und zwar insbesondere dann, wenn man auch noch die Zeitungsartikel liest, die bereits Herr Kubicki angeführt hat: „Bau-

projekte“, „juristisch nicht verbindlich“. Andererseits wird ihm vorgeworfen, er habe der Sache geschadet, weil er gesagt hat, wir bräuchten zumindest eine erste Anschlussfinanzierung.

Heute versprechen Sie schon wieder Projekte ab dem Jahr 2003. Gleichzeitig sagen Sie, dies sei juristisch alles noch nicht geklärt. Hinzu kommt noch Ihre Aussage über irdische und nicht irdische Projekte. Ich frage Sie: Wer gibt Ihnen die Sicherheit, welches der von Ihnen vorgestellten Projekte ein irdisches und welches ein nicht irdisches Projekt ist?

Frau Dr. Winking-Nikolay hat es vorhin ganz deutlich gesagt: Das Problem ist nicht, dass eine Autobahn nicht gebaut wird, sondern das Problem sind die Folgen für unser Land, und zwar nicht nur die wirtschaftlichen Folgen, sondern auch das Verstopfen der A 1. Die A 20 wird angeschlossen. Wir sprechen darüber, dass die Fehmarnbelt-Querung kommt. Wir bauen Neumünster-Süd aus. Und auf der A 1 steht schon heute der Verkehr.

Da wird gesagt: Na gut, wenn die Hamburger am Wochenende raus wollen, das kann nicht das Thema sein; es kommt auf den Durchschnitt an. - Schon heute ist jeden Morgen um Hamburg herum alles dicht, schon heute, bei 100.000 Autos!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wenn Sie die Dinge ernsthaft betrachten, die bereits heute existierenden Verkehrsströme, und die Aussagen der schwedischen und dänischen Fachleute hinzunehmen, nach denen es jedes Jahr ein Wachstum von 4 % geben soll, stellen Sie fest: Die Prognosen von 1992 sind als Basis der Entscheidungen Mist. Es muss schnellstens etwas getan werden. Wir ersticken in der Region. Wir werden dort im Durchschnitt mindestens 130.000 bis 140.000 Fahrzeuge haben. Das bedeutet, dass sich in den Hauptverkehrszeiten nichts mehr bewegt, wenn nicht gleichzeitig die Eisenbahnstrecken ausgebaut werden, also die Feederwege zwischen Hamburg und Lübeck weiterhin auf LKW stattfinden. Wir haben das totale Chaos. Das müssen wir deutlich machen. Wir müssen sofort reagieren. Darauf kommt es auch in der Begründung an.

Der Bund kann uns nicht hängen lassen. Wir übernehmen nämlich eine Aufgabe innerhalb Europas für Skandinavien. Ich wünschte mir, dass wir in Stormarn ein bisschen mehr artikulieren, was für unsere Bürger notwendig ist. Das ist nämlich für das ganze Land notwendig. Das ist kein Egoismus, sondern Tatsache.

(Uwe Eichelberg)

In diesem Zusammenhang wird dringend notwendig, dass wir etwas tun.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ihr habt 16 Jahre lang Zeit gehabt! - Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Minister Bülck.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Jetzt sagt er uns, in welchem Musical er war! Les Misérables!)

Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Kubicki, ich weiß natürlich, wen Sie eben zitiert haben. Es gibt auch andere. Die meisten anderen schreiben etwas anderes. Deswegen möchte ich nicht auf diesen Zeitungsartikel eingehen. Die meisten schreiben, die A 20 könne bis zum Jahr 2010 fertig sein.

Sie fragen immer so nett: „Warum, Herr Minister Bülck, sind Sie denn mit der Ministerpräsidentin nach Berlin gefahren?“

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja!)

Erstens: Es ist schön, dass wir jetzt nach Berlin fahren können.

Zweitens: Es ist schön, dass man jetzt kurze Wege hat und die Minister in Berlin einen empfangen.

Drittens: Es dient doch wohl den Interessen unseres Landes, wenn wir alle uns endlich einmal dafür einsetzen, dass unsere Programme durchkommen.

(Thorsten Geißler [CDU]: Endlich mal! - Lebhafter demonstrativer Beifall bei CDU und F.D.P.)

Was ist denn? - Die 85 Milliarden DM Unterfinanzierung baden wir heute doch immer noch aus, oder?

(Klaus Schlie [CDU]: Das war's? - Lachen bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Oppositionsführer, Herr Abgeordneter Kayenburg.

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, deutlicher hat gar nicht werden können, dass die Regierung nun „endlich“ tätig geworden ist.

Der Ehrlichkeit halber will ich sagen, dass es zwischenzeitlich auch einmal eine Tätigkeit gab. Zusammen mit Herrn Steinbrück war ich selbst in Bonn bei Herrn Wissmann. Da haben wir konkrete Zusagen bekommen. Sie haben sie nur nicht weiterverfolgt.

Warum ist nicht weiter geplant worden? - Da gab es zum Beispiel die Hinweise, dass man die Elbquerung von der A 23 bis zur A 26 privat finanzieren könne

(Pfeifen des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und wie dies nach der derzeitigen Rechtslage als Privatmaßnahme aufgefasst werden könnte. Warum haben Sie da nicht weitergemacht?

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist interessant!)

Wenn Sie da weitergemacht hätten, wären wir in der Planung sehr viel weitergekommen.

Zweiter Hinweis! Sie haben völlig Recht, wenn Sie sagen, das sei juristisch nicht verbindlich,

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Darauf kommen wir zurück! Können Sie uns das schriftlich geben?)

was besprochen worden ist. Recht haben Sie. Das bedeutet doch im Klartext auch, dass Sie in Berlin eben nichts erreicht haben. Wenn Sie sagen, die meisten hätten geschrieben, bis zum Jahr 2010 könne die Autobahn fertig sein, sage ich Ihnen: Sie selbst haben gesagt, technisch sei es kein Problem, die Querung im genannten Zeitraum zu bauen. Das heißt doch, faktisch und rechtlich ist es ein Problem. Sie sollten nicht die Bürger verdummen und auf der einen Seite sagen, das sei rechtlich möglich, und auf der anderen Seite in kleinen Nebensätzen Hinweise geben, dass eine Realisierung nicht möglich sei.

Herr Kubicki, vielleicht kann ich dazu beitragen aufzuklären, warum die beiden in Berlin waren. Ich denke nicht, dass es nur der Wunschzettel war. Offenbar wollte man - wenn ich Herrn Bülck zitieren darf - sich 1,5 Millionen DM für die Planung abholen. Denn: „Herr Klimmt ist von seinem System nicht abgewichen, deshalb hat er uns diesen symbolischen Betrag nicht gegeben.“ Es ging also um reine Symbolik, nicht um die Fortsetzung von Projekten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Les Misérables! - Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

(Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta)

Der Berichts Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 14/2469, ist erledigt, ebenso der erste Teil des F.D.P.-Antrags. Alle anderen Anträge sollen in den Wirtschaftsausschuss überwiesen werden. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einmütig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Aufnahme von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern sowie ausländischen Flüchtlingen (Landesaufnahmegesetz - LAufnG)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2020

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 14/2445

Das Wort hat zunächst der Berichterstatter des Innen- und Rechtsausschusses, Herr Abgeordneter Puls.

Klaus-Peter Puls [SPD]:

Ich verweise auf die Vorlage.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Danke schön. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall.

Mir ist mitgeteilt worden, dass keine Aussprache vorgesehen ist. Das ist offenbar der Fall. Dann können wir abstimmen. Ich lasse über den Gesetzentwurf der Landesregierung in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung insgesamt abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 21 auf:

Küstenwache

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/2516

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2531

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist offenbar nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat - - Wer von der CDU spricht dazu?

(Meinhard Füllner [CDU]: Der Bericht soll gegeben werden! - Holger Astrup [SPD]: Zuerst soll der Bericht gegeben werden!)

- Jetzt soll unmittelbar der Bericht gegeben werden? - Dann hat Herr Minister Dr. Wienholtz das Wort.

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Für die Landesregierung darf ich im Folgenden über die bisherige Umsetzung des von ihr entwickelten Handlungskonzeptes vom 8. Juni 1999 berichten. Dabei konzentriere ich mich auf die Umsetzung des Teils des Handlungskonzeptes, der sich mit dem Thema Küstenwache beschäftigt.

Das Innenministerium wurde in diesem Handlungskonzept beauftragt, die Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Unfallmanagement in Küstengewässern“ umzusetzen, mit den Küstenländern und dem Bund abzustimmen und den Entwurf eines Staatsvertrages vorzulegen. Da die von mir bereits zu Beginn des Jahres 1998 eingesetzte Arbeitsgruppe „Unfallmanagement in Küstengewässern“ gute Vorarbeit geleistet hatte, konnten wir relativ rasch zunächst innerhalb der Landesregierung eine Konzeption erarbeiten und sie dann den Küstenländern Bremen, Niedersachsen, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern als Grundlage für die Abstimmung zuleiten. Wir haben in der Zwischenzeit auf Staatssekretärebene zweimal verhandelt. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen, noch in dieser Woche wird es am Rande der Innenministerkonferenz eine weitere Verhandlungsrunde geben. Nach Auffassung der Landesregierung soll ein **Staatsvertrag** über die Einrichtung einer **deutschen Küstenwache** folgende Eckpunkte enthalten:

Erstens. Um die Unfallbekämpfung auf See zu verbessern, ist eine einheitliche Führungsorganisation mit einem ständigen Führungs- und Einsatzstab erforderlich.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Dieser Führungs- und Einsatzstab baut auf der Alltagsorganisation in den Küstenwachzentren Neustadt und Cuxhaven auf.

Zweitens. Aufgabe dieses Führungs- und Einsatzstabes ist es, ständig die Gefahrenlage auf See zu analysieren und zu bewerten und auf dieser Grundlage Gefahrenprognosen aufzustellen.

Drittens. Der Führungs- und Einsatzstab stellt fest, ob eine Schadenslage vorliegt, und übernimmt bei umfangreicheren Schadenslagen unmittelbar die Einsatzleitung.

Viertens. Die Leitung des Führungs- und Einsatzstabes soll durch den Bund wahrgenommen werden.

Die Landesregierung verfolgt mit diesem Staatsvertrag das Ziel, in einem regionalen und zeitlich begrenzten Krisenfall mit einer schlagkräftigen und einheitlichen Führungsorganisation unter der Verantwortung des Bundes ein schnelles und effektives

(Minister Dr. Ekkehard Wienholtz)

Krisenmanagement zu gewährleisten. Alle Kräfte werden dabei unter einer Leitung gebündelt. Die jeweilige Alltagsorganisation der teilnehmenden Küstenländer bleibt unberührt.

(Beifall der Abgeordneten Helmut Jacobs [SPD] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Nach Auffassung der Landesregierung wird durch einen derartigen Staatsvertrag die geltende Kompetenzordnung des Grundgesetzes ausgeschöpft. Eine Verfassungsänderung ist nicht erforderlich.

Die gegenwärtigen Verhandlungen mit den Küstenländern gestalten sich im Wesentlichen aus zwei Gründen schwierig: Einmal wird die sachliche Notwendigkeit, Kompetenzen auf den Bund, sei es auch nur zeitlich begrenzt, zu übertragen, nicht gesehen. Man habe genügend landeseigene Instrumente und Kräfte, um mit Problemlagen im eigenen Hoheitsgebiet fertig zu werden. Im Übrigen wird befürchtet, dass bereits diese regional und zeitlich begrenzte Übertragung von Kompetenzen der Länder auf den Bund eine politisch nicht vertretbare Veränderung der gegenwärtigen verfassungsrechtlichen Kompetenzverteilung sei. Außerdem - das ist der zweite kritische Punkt - werden finanzielle Probleme bei der Kostenübernahme für den ständigen Einsatz- und Führungsstab gesehen.

Aus diesem gegenwärtigen Verhandlungsstand mögen Sie erkennen, dass zurzeit nur Schleswig-Holstein ohne Wenn und Aber bereit ist, den pragmatischen Weg eines regional und zeitlich begrenzten Krisenmanagements bei größeren Schadenslagen zu gehen. Die Einrichtung einer zentralen, mit allen Kompetenzen ausgestatteten Küstenwache neuer Art, die auch die Alltagsorganisation der Küstenländer einschließt, wie es im Antrag Drucksache 14/2531 und auch im Antrag der Opposition formuliert ist, kann nur ein Fernziel sein, das im Moment keine politisch realisierbare Lösung darstellt. Wir brauchen aber jetzt ein politisch machbares Krisenmanagement für Schadenslagen, die uns alle heute oder morgen in weitaus größerer Dimension, als sie das „Pallas“-Unglück hatte, treffen können.

(Beifall bei der SPD)

Auch mit der Bundesregierung hat es erste Sondierungsgespräche gegeben. Für die gemeinsame Kabinettsitzung der Bundesregierung mit der Landesregierung von Schleswig-Holstein am 12. Januar 2000 steht das Thema Küstenwache auf der Tagesordnung. Die von der Bundesregierung eingesetzte so genannte Grobecker-Kommission wird möglicherweise bis zu diesem Zeitpunkt Arbeitsergebnisse vorlegen, die dann in die gemeinsame Beratung bei der genannten Kabinettsitzung einfließen können.

Soweit zur bisherigen Umsetzung des Handlungskonzeptes zu unserem Thema: Die Landesregierung hat rasche Konsequenzen aus der Schwachstellenanalyse infolge der „Pallas“-Havarie gezogen. Das unter den gegenwärtigen Bedingungen nach Auffassung der Landesregierung auch politisch Erreichbare ist aus den genannten Gründen noch nicht in den sogenannten trockenen Tüchern. Ich hoffe sehr, dass wir in den nächsten Tagen und Wochen wenigstens die Eckpunkte für einen Staatsvertrag unter den Küstenländern einvernehmlich beschließen können. Zumindest eine erste Reaktion der Bundesregierung auf unsere Vorstellungen erwarte ich in der genannten gemeinsamen Kabinettsitzung.

Diese Bemühungen der Landesregierung zum Abschluss eines Staatsvertrages mit den Küstenländern und der Bundesregierung schließen aber nicht aus, langfristig das Ziel einer zentralen Küstenwache unter Führung des Bundes zur Erfüllung der normalen Alltagsaufgaben im Auge zu behalten. Diese Lösung würde die Zusammenfassung der bestehenden Dienststellen der Länder und des Bundes zu einer einheitlichen Dienststelle vorsehen. Dazu ist jedoch eine Grundgesetzänderung erforderlich, die eine Übertragung von Hoheitsrechten der Länder auf den Bund zum Gegenstand haben müsste.

Ich vermisse - damit lassen Sie mich zum Schluss kommen - in beiden Anträgen den Hinweis auf das zusammenwachsende Europa im Nord- und Ostseeraum. Erste Gespräche, die die Ministerpräsidentin und auch ich in diesem Jahr mit unseren skandinavischen Nachbarländern zum Thema Küstenwache geführt haben, zeigen, dass auch dort durchaus die Notwendigkeit einer noch engeren Zusammenarbeit gesehen wird. Erste Kontakte der zuständigen Fachleute hat es bereits gegeben. Das Küstenwachszentrum Neustadt, das ein wichtiger Koordinierungsstandort der Küstenländer und des Bundes für das Unfallmanagement im Ostseeraum ist, hält engen Kontakt auch zu den skandinavischen Nachbarn.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Füllner.

Meinhard Füllner [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister, ich hatte mir eigentlich - das muss ich gleich zu Beginn offen gestehen - von Ihren Ausführungen etwas mehr Klarheit erhofft, nachdem uns die sozialdemokratische Fraktion signalisiert hat, dass sie unserem Antrag wahrscheinlich zustimmen wird.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Völlig unverständlich!)

Das Hauptziel unserer Antragstellung war eigentlich, vor dem Hintergrund der sehr diffusen und vielfältigen Diskussionslage, zu der Sie selbst erheblich beigetragen haben, bei diesem Thema umfassend Klarheit zu schaffen. Zurzeit ist ja nicht nur in das im Mittelpunkt stehende Thema öffentliche Sicherheit und Ordnung im Bereich der Wasserschutzpolizei, sondern auch in das Thema Unfallmanagement, Ölbekämpfung und so weiter Bewegung gekommen. Wir wollten hiermit die ganze zum Bereich Küstenwache gehörende Problematik abhandeln. Sie aber haben heute nicht einen einzigen neuen Aspekt hinzugefügt, sondern im Prinzip nur permanent - das muss ich zugeben - offen und ehrlich Ihre Meinung deutlich gemacht. Im Ergebnis heißt das aber, dass wir letztendlich in überhaupt keiner Weise weiterkommen. Dies möchte ich auch anhand einiger Aspekte belegen.

Den Schwerpunkt Ihrer Ausführungen haben Sie auf den Entwurf des gemeinsamen Positionspapiers der Innenressorts der Küstenländer zur Verbesserung der Unfallbekämpfung in Nord- und Ostsee gelegt - dazu gibt es ja inzwischen sozusagen eine zweite Lesung -, aus dem Sie die Eckpunkte dieses Papiers vorgetragen haben. Schon in diesem Papier wird kritisch festgestellt - ich höre zwischen den Zeilen und auf den Fluren, dass auch Sie mit diesem Papier nicht so recht zufrieden sind -, dass insbesondere bei komplexeren Schadenslagen auf See die tatsächlichen Leistungsgrenzen der bisherigen Kooperationsformen deutlich hervortreten. Das geht selbst aus diesem Papier hervor.

Ein Zeuge dafür, wo wir bei dieser Thematik jetzt stehen, ist auch der Herr Professor Clausen. Er hat eine neutrale Beurteilung dazu abgegeben. Die Landesregierung selbst hat ihn beauftragt. Ich zitiere nun aus einer Erklärung von Herrn Clausen, in der er als Schwachstelle Nummer 1 die Weise der grundgesetzlichen Aufteilung der seerechtlichen Kompetenzen des Küstenstaates Deutschland auf Bund und Länder benennt. So sei die Einsatzleitgruppe des Bundes und der Länder in Cuxhaven beim Katastrophenmanagement eine einzige große Improvisation gewesen.

Clausen befürwortet eine Kompetenzverlagerung hin zum Bund. Er empfiehlt die Bildung eines europäischen Meldekopfes für die Schifffahrt und eine europäische Küstenwache.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist in Ordnung. Das ist die **Zielorientierung**, die wir haben müssen, Herr Minister. Wir sind nicht so verblendet zu glauben, wir könnten die grundgesetzlichen Änderungen in kurzer Zeit schaffen, um eine deutsche Küstenwache oder eine europäische Küstenwache zu schaffen. Unsere Forderung in dem Antrag und aus der Diskussion der letzten Tage ist: Wir müssen mindestens erreichen, das Ziel, auf das wir hinarbeiten müssen, klar zu definieren. Dass es da Interimslösungen geben kann und muss, ist völlig klar. Eine Interimslösung wäre möglicherweise ein Staatsvertrag.

Herr Minister, wenn ich Ihre Ausführungen heute und das, was Sie hier sozusagen als Novum, als weiterführende Diskussion hinstellen, mit dem Regelungswerk vergleiche - vielleicht können Sie dazu noch etwas sagen -, das in Verfolg des 1995 zwischen Bund und Ländern abgeschlossenen Verwaltungsabkommens in Zusammenhang mit der Ölunfallbekämpfung besteht, finden Sie dort fast genau die gleichen Regelungen, die Aufteilung in Alltagssituation und Situation in besonderen Schadenslagen. Diese Parallelität, diese **Zweiteilung** in der Frage der **Organisation der Führungsstrukturen** halte ich für schädlich. Sie haben hier darauf hingewiesen, dass irgendwann entschieden werden muss, wann der Punkt X eintritt. Schon diese Feststellung schafft mehr Reibungspunkte und Reibungsverluste, als wir es bei schnellem Handeln brauchen.

Ich stelle für meine Fraktion fest, dass wir in dieser Frage mit dem uns bisher vorliegenden Lösungsansatz, der zwischen den Küstenländern diskutiert wird, überhaupt nicht weiterkommen. Er bedeutet keine Verbesserung des Status quo und das ist nicht in Ordnung.

(Beifall bei der CDU)

Wir sollten uns darauf verständigen - die Zeit ist günstig, Herr Minister -, Probleme vielleicht auch ein Stück ergebnisoffen auf den Tisch zu legen und nicht gleich von Anfang an, wie Sie es in den letzten Monaten mit Akribie immer wieder getan haben, die Schranke der Verfassungsänderung zu setzen und dann aufzuhören zu denken. Das ist der falsche Ansatzpunkt. Lassen Sie uns doch einmal die vielen Fragen, die wir im Zusammenhang mit einer Küstenwache oder Coast guard - wie immer man das nennen will - lösen müssen, auf den Tisch legen und dann

(Meinhard Füllner)

sozusagen wie ein Consultunternehmen - vielleicht können wir sogar eines beauftragen - prüfen, wie wir diese Frage orientiert an den zu erfüllenden Aufgaben, Kontrollaufgaben, präventive Aufgaben, in den Küstengewässern und auf hoher See effizient und wirtschaftlich lösen können.

Da ich Sie gerade intensiv mit Ihrem Kollegen Walter diskutieren sehe - Herr Walter, Sie haben schon 1994

(Minister Gerd Walter: Früher!)

offensichtlich in einem Disput in Ihrem Kabinett betont, was Ihre Meinung ist. Sie haben sich gegen den damaligen Innenminister vehement für eine Lösung eingesetzt, wie wir sie heute einfordern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vielleicht ist das gerade Gegenstand Ihres Gesprächs und Sie wollen Ihren Kollegen überzeugen. Das wäre ein hervorragender Ansatz. Herr Minister, das ist der richtige Ansatz, den wir finden müssen.

Ich habe mir einmal die Vielfalt der Regelungswerke, Gesetzestatbestände herausgesucht, die die umfassen den verschiedenen Zuständigkeiten im Rahmen des Themas **Coast guard** regeln. Ich möchte es mir aus Zeitgründen sparen, das alles hier zu referieren. Es ist ein solch unübersichtlicher Wust von Verordnungen, Regelungen, Beauftragungen, Gesetzen, dass es schlichtweg nicht mehr zu überblicken ist. Wenn man einmal eingestiegen ist, wird einem deutlich, wo wir jetzt Lösungsansätze finden müssen.

Herr Minister, aus der Vorbereitung auf die Thematik wissen auch Sie sicherlich, dass diese Ansicht durch die Ausarbeitung des Herrn Dr. Uwe Jenisch aus Kiel unterstützt wird, der auf vielen Seiten - allein die Anzahl der Seiten macht das deutlich, es ist eine sehr komprimierte Ausarbeitung -, auf sieben, acht Seiten beeindruckend dargestellt hat, welche vielfältigen, komplexen **Regelungstatbestände** in dem ganzen Bereich **Küstenschutz** vorliegen. Auch er kommt zu dem Schluss, dass man bei normaler Vorstellungskraft nicht zu dem Ergebnis kommen kann, das dies eine gute, effiziente Form der Aufgabenerfüllung ist.

Ich will mir - weil die Zeit davonläuft - auch ersparen, noch einmal die vielfältige Art der Lösungsansätze und Meinungen der letzten Wochen und Monate historisch nachzuweisen. Herr Minister, ich möchte nur noch auf eines hinweisen; vielleicht sagen Sie auch dazu noch etwas. Wenn wir heute Klarheit einfordern, dann auch deshalb, weil die Ministerpräsidentin,

(Klaus Schlie [CDU]: Wo ist die eigentlich?)

die SPD-Fraktion und viele andere bis zum heutigen Tage unterschiedlichste Äußerungen hierzu gemacht

haben. Die Ministerpräsidentin hat erst kürzlich noch einmal eindeutig gesagt, sie wolle im Rahmen der Ministerpräsidentenkonferenz auch die Frage einer **möglichen Verfassungsänderung** in diesem Bereich ansprechen. Sie hat dies mehrmals, auch in Pressegesprächen gesagt. Herr Minister, Sie haben diese Äußerung immer wieder einkassiert, Ihren warnenden Zeigefinger erhoben und die Befürchtung geäußert, der Innenminister dieses Landes werde arbeitslos. Herr Minister, das wird er natürlich nicht; denn das, was wir regeln wollen, beeinträchtigt in keiner Weise die grundsätzliche Zuständigkeit für Sicherheit und Ordnung der Länder und beeinträchtigt in keiner Weise die umfassende Aufgabenstellung unserer Polizei, der Schutzpolizei und der Kriminalpolizei. Ich sage das auch in Richtung der Gewerkschaft, die sich dazu sehr kritisch geäußert hat. Auch die Gewerkschaft sollte sich dieser Thematik etwas mehr öffnen und einen konstruktiven Weg finden, damit wir gemeinsam zu einem Lösungsansatz kommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Herrn Hentschel, ich freue mich über Ihren Beifall. Sie haben hier in der Tat einen konstruktiven Weg eingeschlagen, der hilfreich sein kann, wenn Sie Ihren großen Koalitionspartner in dieser Frage beeinflussen können.

Wir sind gefragt worden, warum wir unseren Antrag jetzt, zum Ende der Legislaturperiode einbringen. Wir bringen ihn deshalb ein, weil die Zeit jetzt reif und günstig ist, nicht nur aufgrund der Debatte über „Pallas“ und der Schlüsse, die wir daraus ziehen müssen. Vielmehr befassen sich derzeit bundesweit, europaweit,

(Holger Astrup [SPD]: Weltweit!)

von Grobecker bis zu allen Verbänden, die hier tangiert sind, bis zu allen Parteien, Europäisches Parlament, Deutscher Bundestag, alle mit dieser Problemlösung. Welche Zeit soll denn noch günstiger werden, um hier ein Stück Gemeinsamkeit zu erreichen? Ich bin der Meinung, dass wir hier nur zu einer Lösung kommen können, wenn wir den Faden jetzt aufnehmen, der sich jetzt offensichtlich auch zeigt.

(Glocke des Präsidenten)

Ich fordere die SPD-Fraktion eindringlich auf, ein Stück mutiger zu sein als Ihr Minister.

(Beifall bei der CDU - Holger Astrup [SPD]:
Nicht erforderlich!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. von Hielmcrone.

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieses Haus hat zur Klärung der Vorgänge um die „Pallas“ einen Untersuchungsausschuss eingesetzt, der sich auch mit Schlussfolgerungen beschäftigen sollte. Die Forderung nach einer **kompetenten Küstenwache** als Bestandteil dieses **Sicherheitskonzeptes auf Nord- und Ostsee** ist sicher eine der Konsequenzen aus dem Untersuchungsausschuss. An sich hätte das Haus natürlich zunächst den Bericht diskutieren sollen

(Beifall bei der SPD sowie der Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] und Anke Spoorendonk [SSW])

und erst dann die entsprechenden Anträge stellen und notwendige Folgerungen ziehen müssen. Die CDU hat einen anderen Weg gewählt; er mag vielleicht sogar sinnvoll sein. Sie teilt offenbar die Folgerungen auf in a) sachgerechte und b) diejenigen, die der politischen Argumentation im Wahlkampf dienen.

(Zurufe der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD] und Klaus Schlie [CDU])

Das ist normal, das möchte ich jetzt nicht negativ bewerten. Es ist, wie es ist. Ich greife den sachgerechten Ton, den Sie eben gebracht haben, auf, Herr Füllner.

Weil die Forderung nach einer kompetenten Küstenwache auch parteiübergreifend aufgrund der auf der Hand liegenden Ergebnisse des Ausschusses schon lange in vielen Presseveröffentlichungen gestellt worden ist, mag es sinnvoll sein, dieser Forderung auch heute gemeinsam in diesem Hause Nachdruck zu verleihen und sie dann aus dem Wahlkampfgetöse herauszuhalten. Die Chance, jetzt über die Grenzen des Landes hinaus Gehör zu finden, ist also offenbar vorhanden; die Verhandlungen laufen. Insofern mag auch dieser Antrag, wenn wir ihn gemeinsam verabschieden sollen, Rückendeckung für den Innenminister sein, der dann weiß, dass das Haus eine sehr schlagkräftige Küstenwache fordert.

Wenn der Minister nicht besonders ausführlich geworden ist - diesen Eindruck hatte ich persönlich ebenfalls -, dann kann ich das gut verstehen; es handelt sich um laufende Verhandlungen, in die man natürlich nicht so sehr eingreifen möchte, um sie nicht zu stören.

Trotzdem gilt unser Dank in besonderem Maße gerade auch unserem Innenminister, der immer aktiv gewesen ist und der die eigentlich doch recht infame Behauptung, seit dem „Pallas“-Unglück sei nichts Wesentliches geschehen, Lügen straft. Er hat von sich aus ge-

handelt; er ist aktiv geworden. Er ist mit seinen Kollegen im Gespräch und wir hoffen sehr, dass diese Gespräche zu einem vernünftigen Ergebnis führen werden.

(Beifall bei der SPD)

Der „Pallas“-Unfall war von seinen Ausmaßen her einerseits zwar überschaubar und keineswegs der von der Küste immer befürchtete GAU; aber er hat auch deutlich gemacht, dass die **bisherige Konstruktion einer Küstenwache** diesen Namen tatsächlich nicht verdient und in gewissem Sinne auch ein Sicherheitsrisiko darstellt. Zwar mögen die vielen bunten Schiffchen in Nord- und Ostsee mit der großen Aufschrift „Küstenwache“ beeindruckend sein, aber eigentlich steckt hinter dem Küstenwachzentrum in Cuxhaven - wer sich das einmal angesehen hat, wird das bestätigen - nicht sehr viel mehr als eine mittelgroße Telefonzentrale mit einem ungeheuren Wust an Vorschriften. Die eingehenden Anrufe - darunter auch akute Notfälle - werden nach ihrem Eingang in Cuxhaven erst an die jeweiligen zuständigen Stellen weitergeleitet - meistens jedenfalls!

(Ingrid Franzen [SPD]: Tja! - Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Es ist im Grunde eine Telefonzentrale, die auch technisch nicht einmal mit den Einsatzzentralen im selben Haus vergleichbar ist, weil sie wesentlich schlechter ausgerüstet ist.

Drei **Fehlerquellen** im Laufe des Unfallgeschehens möchte ich stellvertretend erwähnen:

Eingehende Nachrichten hinsichtlich der „Pallas“ in den frühen Morgenstunden des 26. Oktober wurden nicht in ihrer Ernsthaftigkeit begriffen und nicht schnell genug weitergereicht.

(Ingrid Franzen [SPD]: Das hast du noch nett gesagt!)

- Ich versuche, das zu verobjektivieren!

Zweitens: Es fehlte eindeutig der Commander-on-Scene, also der Einsatzleiter mit Weisungsbefugnis vor Ort. Der Kapitän der „Neuwerk“, der den Einsatz dort leitete, konnte mit den Männern auf der „Pallas“ nur über den Kapitän der „Meerkatze“ sprechen, weil die Männer diesem unterstanden.

(Klaus Schlie [CDU]: Wir haben ein ganz anderes Thema zu behandeln!)

(Dr. Ulf von Hiemcrone)

Wertvolle Stunden verstrichen ungenutzt, weil Hub-schrauberkapazitäten nach dem Bruch der „Pallas“-„Mellum“-Verbindung nicht herbeigeschafft werden konnten.

Der erste Punkt macht deutlich, dass die Handlungs- und Entscheidungskompetenzen in der zweiten oder der dritten Linie lagen, nicht aber dort, wo die Meldung einging. Das ist sicherlich ein ganz grober Fehler dieser Konstruktion. Der Einsatzleiter, der in diesem Fall zuständig gewesen wäre, nämlich der Leiter des Wasser- und Schifffahrtsamtes, war zu diesem Zeitpunkt bereits zu Bett gegangen. Ich kann es natürlich sehr wohl verstehen, dass man als Untergebener jemanden nach einem so schwierigen Fall wie dem der „Ruby XL“ nicht unbedingt noch einmal wecken möchte.

Wir brauchen also eine **Einsatzleitstelle mit klaren Kompetenzen** hinsichtlich der dort vereinten Behörden von Fischereiaufsicht, Zoll, Bundesgrenzschutz, Wasser- und Schifffahrtsverwaltung, Wasserschutzpolizei und auch Feuerwehr.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man einmal dort gewesen ist, wird man das feststellen: Offensichtlich wachen die einzelnen Behörden, die jetzt im Küstenwachzentrum eigentlich - so muss man annehmen - gegen ihren Willen zusammengesperrt sind, eifersüchtig über ihre jeweiligen Kompetenzen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eindeutig hat in der Nacht vom 25. auf den 26. Oktober 1998 eine entscheidungskompetente Person gefehlt. Daran gibt es eigentlich keinen Zweifel.

Der zweite Fall macht deutlich, dass es **strukturelle Probleme** in der **Organisation der Zusammenarbeit** vor Ort im jeweiligen Einsatzgebiet gibt. Auch hier bedarf es eindeutiger Kompetenzen.

Der dritte Fall schließlich - dabei geht es um die Hub-schrauberkapazität - macht deutlich, dass wir vor **menschlichen Fehlentscheidungen** nie gefeit sein werden.

Ohne Zweifel ist es also richtig, im Interesse der Sicherheit auf See eine Küstenwache mit Entscheidungskompetenzen über Behörden- und Landesgrenzen hinweg zu fordern, sie aber nicht nur zu fordern, sondern sie möglichst auch in machbaren Schritten und sehr zügig umzusetzen. Hierbei kommt es entscheidend darauf an, dass es klare Entscheidungskompetenzen im Einzelfall gibt - und zwar behördenübergreifend - und dass diese Entscheidungskompetenz in der Einsatzleitstelle ad hoc vorhanden sein muss. Ob zu diesem Zweck die Verfassung geändert werden muss,

ist für mich eher eine zweitrangige Frage. Wichtig ist die schlagkräftige und damit auch ständig einsatzbereite Struktur.

Einen Fehler sollten wir jedoch nicht begehen, nämlich den, anzunehmen, die Gefahren wären gebannt, wenn wir eine solche Küstenwache hätten. Damit würde lediglich das **Instrument der Gefahrenabwehr** verbessert. Die Chancen des erfolgreichen Eingreifens und der Minimierung menschlicher Fehler würden verbessert; höhere Gewalt als solche ist indessen nicht auszuschließen. Es ist nämlich lange nicht gesagt, dass dann, wenn die von mir nicht abschließend aufgezählten Fehler im konkreten Falle nicht eingetreten wären, die Bergung der „Pallas“ geglückt wäre.

(Ingrid Franzen [SPD]: So ist es!)

Lediglich die Chance des Erfolges wäre größer gewesen. Die Möglichkeit des Scheiterns hätte aber auch dann bestanden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ausgeschlossen ist es aber auch nicht!)

- Natürlich, es ist weder auszuschließen noch ist es gegeben! Herr Kubicki, Sie haben irgendwann einmal im Ausschuss gesagt - und das ist ja durchaus richtig -: Wenn die Leute alles das getan hätten, was sie eigentlich hätten tun sollen, wenn also menschliche Schwächen und Fehlentscheidungen ausgenommen würden, wären wir sogar mit dem bestehenden Instrumentarium zurechtgekommen. Das darf man auch nicht vergessen. Es geht jetzt nur darum, Sicherungen einzubauen und Strukturen zu verbessern, damit diese Fehler nicht wieder auftreten.

Deswegen sage ich noch einmal - das mag vielleicht unbequem auch nicht sehr beliebt sein -: Es wäre auch ungerecht, pauschal die Arbeit der Mitarbeiter im Küstenwachzentrum als völlig erfolglos abzuqualifizieren, denn von den vielen Beispielen von Beinahe-Unfällen, die es immer gegeben hat und immer wieder gibt und die von dort aus abgewendet wurden, erfahren wir in der Regel ja nichts.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD] - Ingrid Franzen [SPD]: So ist es!)

Auch von dem Fall der „Ruby XL“ hätten wir nichts erfahren, wenn nicht danach der Fall „Pallas“ eingetreten wäre. Bei „Ruby XL“ hat die Küstenwache auch in ihrer bestehenden Form ja hervorragend funktioniert. Das muss ebenfalls einmal gesagt werden.

Trotzdem bleibt der Eindruck: Wir hatten bisher Glück, dass die Gefahren richtig erkannt wurden. Die

(Dr. Ulf von Hielmcrone)

„Pallas“ hat gezeigt, dass wir davon nicht als selbstverständlich ausgehen können, sodass wir einer besseren Konstruktion bedürfen.

Die **Aufforderung zum entschiedenen Handeln** bleibt bestehen. Sie geht alle **Küstenstaaten** und den **Bund** direkt an. Die nächste „Pallas“ könnte natürlich vor Juist oder vor Rügen stranden und sie könnte ein Tanker sein. Deswegen ist es wichtig, dass das Haus geschlossen diese Meinung vertritt. Es vertritt damit nicht nur die Interessen des Landes und der Menschen hier, sondern die aller Küstenstaaten und Küstenländer an Nord- und Ostsee. Insofern hätte es auch des Hinweises darauf nicht bedurft. Wir müssen sehr wohl grenzübergreifend denken.

Wir haben deswegen Ihren Antrag, Herr Füllner, übernommen, haben aber natürlich auch gewollt, dass der Minister vorher einen Bericht darüber abgibt. Insofern können wir darüber auch abstimmen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat jetzt Herr Abgeordneter Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die besondere Liebe des Vaters galt in der Bibel dem verlorenen Sohn. Der verlorene Sohn ist in der Frage der Küstenwache selbstverständlich der Herr Abgeordnete Maurus. Deshalb begrüße ich den Antrag der CDU außerordentlich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Nachdem der Umweltminister Schleswig-Holsteins nicht erst vor einem Jahr eine zentrale Küstenwache gefordert hat,

(Zuruf von der CDU: Wo ist er heute eigentlich?)

sondern dies schon vor vielen Jahren im Bundestag getan hat,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das hat die Union doch schon vor drei Jahren gemacht!)

nachdem immer mehr Verbände wie der WWF, der Deutsche - na, wie heißt das Ding noch! -, der DNV Nordfriesland - der Deutsche Nautische Verein natürlich - und andere diese Forderung bekräftigt hatten und eigene Konzepte entworfen haben, nachdem nicht nur die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, nein, auch die CDU-Fraktion im Bundestag schon vor

fünf Monaten eine **zentrale Küstenwache** gefordert haben, schließt sich jetzt endlich auch die CDU Schleswig-Holsteins an.

(Lachen und Widerspruch bei CDU und F.D.P.)

Ich hoffe, dass damit das endlose Hickhack und die Verzögerungsmanöver im „Pallas“-Untersuchungsausschuss ein Ende haben

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und dass wir heute hier zu einem gemeinsamen Votum des ganzen Hauses kommen.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter Hentschel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Füllner?

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich mache das ausnahmsweise einmal, ja!

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Bitte, Herr Abgeordneter Füllner!

Meinhard Füllner [CDU]: Mir ist Ihr Beitrag im Ergebnis ja ganz sympathisch, aber darf ich Ihnen einmal die Frage stellen, ob Sie mitbekommen haben, dass wir hier im Parlament schon in den Jahren 1993 und 1994 einen Antrag eingebracht haben, der im Grundsatz mit dem Thema identisch ist, das wir heute diskutieren?

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das freut mich außerordentlich. Dann wundert mich aber vieles, was im letzten Jahr im Untersuchungsausschuss passiert ist. Aber ich nehme das zur Kenntnis.

(Holger Astrup [SPD]: Sehr gute Antwort!)

Meine Damen und Herren, meine Fraktion ist der Überzeugung, dass wir eine einheitliche Küstenwache brauchen, und zwar nicht nur in der Form eines Krisenstabes, der erst in kritischen Situationen zusammentritt, sondern als **einheitliche Flotte unter einheitlichem Kommando**. Dabei geht es um die Zusammenfassung polizeilicher, verkehrlicher, umwelt-

(Karl-Martin Hentschel)

politischer, zollrechtlicher und fischereirechtlicher Kompetenzen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Irre ist das!)

Wir sind weiterhin der Auffassung, dass wir dieses Ziel auch dann verfolgen sollten, wenn eine Verfassungsänderung erforderlich ist.

Wir wissen durchaus, dass es in dieser Frage insbesondere bei den Innenministern der Küstenländer eher Zurückhaltung gibt. Aber wir sollten den Fall „Pallas“ als Anlass nehmen, etwas in Bewegung zu bringen. Leider zeigt gerade die Erfahrung im Umgang mit Umweltproblemen, dass häufig die großen Unfälle erst den Anlass bilden, damit etwas in Bewegung kommt. Nach einiger Zeit verblasst dann die Erinnerung - Herr Kayenburg, das ist wichtig! - und dann wird der Umweltschutz wieder als Hindernis bei der freien Entfaltung empfunden und viele würden ihn gern als lästige Störung beiseite schieben. Deswegen ist es wichtig, dann zu handeln, wenn etwas akut ist.

Es ist auch nicht verwunderlich, dass das Drängen auf effiziente Strukturen zurzeit von Schleswig-Holstein ausgeht. Aber sollten wir erst warten, bis wirklich ein Öltanker in der Deutschen Bucht strandet und zerbricht? - Das will sicherlich keiner. Deshalb müssen wir die Gunst der Stunde nutzen.

Vieles von dem, was heute an Bedenken vorgetragen wird, relativiert sich sogar in der historischen Sicht der Bundesrepublik. Waren nicht bis 1955 die schiffahrtspolizeilichen **Kompetenzen** schon einmal beim **Bund**? Wurden diese Kompetenzen nicht erst im Rahmen einer Verwaltungsvereinbarung auf die **Länder** übertragen? - Zumindest dies kann sicherlich jederzeit per Vereinbarung geändert werden. Wenn es möglich ist, den Bundesgrenzschutz auf Bahnhöfen einzusetzen, wenn es plötzlich einem grünen Minister möglich ist, die Bundeswehr zur Wahrung der Menschenrechte im Kosovo einzusetzen, dann sollte es doch wohl möglich sein, in Deutschland eine gemeinsame Küstenwache zustande zu bringen, dann sollte es doch unseren wasser- und schiffahrtspolizeilichen Beamten, den Beamten der Fischereiaufsicht, des Zolls und den sonstigen Beamten möglich sein, auf einem Schiff zusammen zu fahren und zu arbeiten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das sind völlig unterschiedliche Aufgaben!)

Ich möchte aber auch betonen, dass es falsch wäre, die Konsequenzen aus dem Fall „Pallas“ auf das eine Thema Küstenwache zu verkürzen. Ich habe hier im Sommer schon eine ganze Reihe von Konsequenzen angesprochen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Da haben Sie ja auch recht!)

Ich begrüße, dass ein großer Teil dessen, was in die Kompetenzen des Landes fällt, vom Land bereits umgesetzt worden ist.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nichts da!)

Herr Maurus, vor einem Monat hatte ich in der Pressekonzferenz zum Jahrestag angemahnt, wir hielten es für dringend erforderlich, die Arbeit des Ausschusses mit der Verabschiedung des Abschlussberichtes schnell zu Ende zu bringen, damit wir auf der Basis des Berichtes möglichst schnell zu einheitlichen Beschlüssen im Parlament kommen könnten. Wir würden uns wünschen, dass die CDU-Vertreter endlich sagten, welche Konsequenzen sie aus dem Unglück ziehen wollten, anstatt sich an längst widerlegten Schuldzuweisungen festzuhalten.

Ich bin zwar etwas überrascht, dass die Veröffentlichung des Ausschussergebnisses nun über die „Bild“-Zeitung stattgefunden hat, aber ich stelle fest, dass die CDU prompt reagiert und einen Antrag vorgelegt hat, der hundertprozentig grüner Auffassung entspricht. Das ist selten. Es ist aber ein Beweis dafür, dass in der Not die Gemeinsamkeiten überwiegen und Bedenken vor zu viel Naturschutz auch bei der CDU einmal zugunsten effizienten Handelns zurückgestellt werden. Dafür möchte ich im Interesse der Sache danken.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine Damen und Herren, eine Resolution im Landtag allein wird heute nicht ausreichen. Machen wir uns keine Illusion! Es wird erheblicher Druck erforderlich sein, damit endlich etwas passiert. Ein solches Projekt wie die zentrale Küstenwache ist von vornherein zum Scheitern verurteilt, wenn es zum Gegenstand parteipolitischen Gerangels und von Ressortinteressen wird. Deshalb liegt uns besonders daran, dass es in dieser Sache zu einem **gemeinsamen Handeln** aller Parteien im Schleswig-Holsteinischen Landtag kommt und das Projekt nicht in den Strudeln des Vorwahlkampfes untergeht, bevor es überhaupt zu Wasser gelassen wurde.

Die gemeinsame Resolution ist deshalb heute nur ein erster Schritt. Der verloren gegangen geglaubte Sohn Maurus ist uns herzlich willkommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Lachen bei der CDU - Meinhard Füllner [CDU]: Können Sie das noch einmal erklären?)

(Karl-Martin Hentschel)

Dass er sogar seinen kleinen grimmigen Bruder Schlie zum Unterzeichnen mitgebracht hat,

(Heiterkeit und Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

das übertrifft unsere kühnsten Erwartungen.

Gelingt es uns, auch in den kommenden Monaten gemeinsam an diesem Ziel zu arbeiten, gelingt es uns, unsere jeweiligen Parteifreunde in den anderen Küstenländern und im Bundestag für das Projekt zu überzeugen, dann können wir erfolgreich sein.

Hermann Hesse sagte einmal

(Holger Astrup [SPD]: Oh, oh!)

- das Zitat habe ich in meinem Zitatenbuch gefunden -:

(Holger Astrup [SPD]: Sehr gut!)

„Damit das Mögliche entsteht, muss immer wieder das Unmögliche versucht werden.“ - Damit richte ich mich auch an den Innenminister des Landes Schleswig-Holstein.

Dieses Zitat lässt mich Mut schöpfen; denn da das Unmögliche, nämlich dass der schwarze Abgeordnete Schlie den grünen Minister Steenblock unterstützt, bereits geschehen ist, kann das Mögliche, die nationale Küstenwache, auch Realität werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema, über das wir heute diskutieren, hat unglaublich viele Facetten und ich glaube nicht, Herr Kollege Hentschel, dass es sich dafür eignet, ihre visionären Fantasien, die manchmal mit Ihnen durchgehen, hier auch einer breiteren Öffentlichkeit darzustellen.

Ich möchte mich vorweg ausdrücklich bei dem Kollegen von Hielmcrone bedanken, der darauf hingewiesen hat, dass wir noch einen „Pallas“-Untersuchungsausschuss haben, der einen Abschlussbericht erst noch vorlegen soll.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Ich wundere mich ein bisschen darüber, dass nun im Vorgriff auf den Abschlussbericht, der hier diskutiert werden soll, Vorschläge mit unglaublichen und auch verfassungsrechtlichen Auswirkungen unterbreitet werden,

(Anke Spoorendonk [SSW]: Genau!)

die das gesamte Gefüge unseres Gemeinwesens wirklich auf den Kopf stellen.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Hap-pach-Kasan [F.D.P.] und Dr. Jürgen Hinz [SPD])

Herr Hentschel, ich habe Verständnis dafür - das sage ich jetzt in allem Ernst -, dass sie das Versagen Ihres Umweltministers hinter der Forderung nach einer **gemeinsamen nationalen Küstenwache** vernebeln wollen, die von der Fischereierlaubnis bis zur Tonnenlegung alles umfassen soll.

(Holger Astrup [SPD]: Warte doch erst einmal das Ergebnis des Untersuchungsausschusses ab! - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Daran ist er doch gar nicht interessiert!)

- Ich bin daran sehr interessiert! - Aber, Kollege Astrup, wenn die anderen Innenminister der Küstenländer sagen, sie brauchten keine Abgabe ihrer Kompetenzen, weil sie mit solchen Problemen fertig würden, heißt das doch nur, dass die Tatsache, dass Schleswig-Holstein damit nicht fertig geworden ist, hier im Land begründet liegt und es nicht darum geht, das irgendwo anders zu verorten. Nichts anderes heißt das doch.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Hap-pach-Kasan [F.D.P.])

Ich höre das doch, Herr von Hielmcrone, dass die anderen Innenminister erklären, nur weil die Schleswig-Holsteiner mit ihrem Problem nicht fertig geworden sind, müssen wir jetzt keine neue Verlagerung von Kompetenzen von den Ländern auf den Bund vornehmen.

Ich will ausdrücklich betonen - auch darin haben Sie Recht, Herr von Hielmcrone -: Die rechtlichen Strukturen haben wir ja. Das Problem liegt nicht in den rechtlichen Strukturen, sondern in den menschlichen, in den faktischen Strukturen. Daran ist die „Pallas“ gescheitert.

Wenn das ZMK so funktionieren würde, wie es sich die Initiatoren einmal gedacht haben, und wenn wir es möglicherweise mit anderen originären Kompetenzen ausstatten, die der Innenminister vorgetragen hat - zentrale Informations- und auch zentrale Einsatzleitstelle für besondere Lagen mit mehr Möglichkeiten, auf alle Behörden der Länder und des Bundes zuzugreifen, wenn es so weit ist -, hätten wir das erreicht,

(Wolfgang Kubicki)

was notwendig ist und auch schnell gemacht werden kann. Dann brauchen wir nicht dem Rausch nachzugeben: Alles, was mit Wasser zu tun hat, wird originär beim Bund gelagert. Wir könnten uns dann auf das konzentrieren, was schnellstmöglich erledigt werden muss. Für die **Alltagsarbeit** kann es bei der **Kompetenzverteilung**, ja muss es ja bei der Kompetenzverteilung bleiben, die wir haben. Die meisten Probleme fangen bei der Alltagsarbeit an und der Versuch, das in einer riesigen Mammutbehörde zusammenfassen zu wollen, wird eher kontraproduktiv wirken als produktiv. Das sage ich in allem Ernst.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Hap-pach-Kasan [F.D.P.] und Dr. Jürgen Hinz [SPD])

Was nützen uns die ausgeklügeltsten rechtlichen Konstruktionen, wenn sich faktisch nichts bewegt? Was nützt es uns, dass die Landesregierung ständig beteuert, alles sei auf gutem Weg? - In der Realität, Herr Innenminister, hat sich seit der „Pallas“-Havarie faktisch aber nichts geändert, außer - das begrüße ich sehr - der Tatsache, dass das Krisenmanagement künftig wieder in Ihrem Haus organisiert wird und nirgendwo anders.

Am 5. November 1999, also erst vor 14 Tagen, brach auf dem norwegischen Frachter „MS Mercator“ ein Feuer aus. Das Schiff hatte Metallspäne geladen, die sich erwärmt hatten und Feuer in einem Laderaum verursachten. Auf ihrem Weg von Hamburg nach Bremen wollte die „Mercator“ deshalb Brunsbüttel als Nothafen anlaufen. Aber Fehlanzeige, die schleswig-holsteinischen Behörden lehnten es ab, einen Liegeplatz zur Verfügung zu stellen. Die Feuerwehr Brunsbüttel, die zur Brandbekämpfung bereits auf das Schiff gegangen war, musste unverrichteter Dinge wieder von Bord gehen.

Unter Geleit der „Mellum“ musste die „Mercator“ dann in den Hamburger Hafen einlaufen und wurde dort von der Hamburger Feuerwehr gelöscht. Dabei wäre das Schiff zur Brandbekämpfung bei der Brunsbütteler Feuerwehr in guten Händen gewesen; sie ist dafür sogar extra ausgebildet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als Esbjerg seinerzeit der „Pallas“ verweigerte, seinen Hafen anzulassen, waren Unverständnis und Empörung auch auf unserer Seite groß. Gelernt hat man daraus offensichtlich nichts.

Ich bin wirklich auf die Erklärung gespannt, mit der Schleswig-Holstein der „Mercator“ einen Notliegeplatz verweigert und in Kauf genommen hat, dass das Schiff noch mehrere Stunden brennend über die Elbe fahren musste.

Dieses Beispiel, Herr Kollege von Hiemcrone, zeigt mir nach wie vor: Es ist die **faktische Unzulänglichkeit**, die zu **Problemen** führt, und nicht die Frage der **rechtlichen Konstruktion**.

Herr Innenminister, bei aller Liebe, die weitreichende Lösungen mit Verfassungsänderungen und Kompetenzzuweisungen vorsieht: Sie sollten sich wirklich darauf konzentrieren, schnellstmöglich das Instrumentarium - wie von Ihnen beschrieben -, das zur Verfügung steht, von den faktischen Unzulänglichkeiten zu befreien, die ja gegeben sind, ohne dass wir lange versuchen, rechtliche Neukonstruktionen zu schaffen, die zu mehr Verwirrung führen.

Noch einmal - ich wiederhole es -: Wenn der **ZMK** mit den originären Zuständigkeiten, die sie in bestimmten Fällen hat, ordentlich umgegangen wäre und wir dem ZMK möglicherweise die Funktion zubilligen, die Sie sich bei der zentralen Führung in solchen Lagen vorstellen, dann haben wir das Problem im Griff, ohne dass wir uns mit langen Debatten über eine neue Kompetenzverteilung - auch was die Kostenverteilung angeht - aufhalten müssen.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Hap-pach-Kasan [F.D.P.] und des Abgeordneten Dr. Jürgen Hinz [SPD])

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nicht verhehlen, dass auch ich Schwierigkeiten mit diesen beiden Anträgen habe. Ich habe mir die Frage gestellt, was denn jetzt mit dem Untersuchungsausschuss und mit dem Untersuchungsausschussbericht ist.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der ist doch für die Katz. Wir bekommen ihn erst im Januar vorgelegt, rechtzeitig zur letzten Phase des Wahlkampfes für den neuen Landtag. All das, was ich bei der Einrichtung des Ausschusses vorhergesagt habe, tritt ein. Es ist ja schön, wenn man sagen kann: Recht habe ich gehabt.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es mag natürlich so sein, dass das Thema **Küstenwache** schon lange diskutiert worden ist und dass alle sagen, ich habe das schon vor fünf, vor zehn oder vor hundert Jahren gesagt. Das ist aber kein Grund dafür, jetzt vorzupreschen oder nicht abzuwarten, was wir

(Anke Spoorendonk)

gemeinsam mit dem Untersuchungsausschuss bewerkstelligen können.

Unabhängig vom Untersuchungsausschuss hat die Landesregierung eine Schwachstellenanalyse durchführen lassen. Im Nachhinein muss ich feststellen, dass man sich die Kosten für den Untersuchungsausschuss hätte sparen können. Mit den Mitteln hätte man die Kommission für die Schwachstellenanalyse aufstocken können. Dann wären darin nicht nur Professor Clausen, sondern ein paar mehr Leute gewesen. Das hätte man vielleicht schon im Oktober abarbeiten können.

Damit meine ich natürlich nicht, dass es nicht Probleme gibt, die bewältigt werden müssen. Richtig ist natürlich, dass die Schifffahrtbewegungen in Nord- und Ostsee in den letzten Jahren gestiegen sind und dass sie weiter steigen werden, dass wir Probleme mit dem Sicherheitsstandard bei Schiffen haben, die unter Billigflaggen fahren, und dass es für unsere Küsten und für die Menschen an den Küsten immer wieder zu Gefahren kommen kann. Es müssen sicherlich auch neue Sicherheitsstrukturen geschaffen werden. All das haben wir im Untersuchungsausschuss erörtert. Darin sind wir uns einig.

Wir sind uns auch darüber einig, dass es ein Kompetenzwirrwarr zwischen dem Land und dem Bund sowie Fehler gab und dass Strukturen innerhalb des Landes gestrafft werden müssen.

Wenn ich freundlich sein soll - das möchte ich auch gern -, kann ich sagen, dass der CDU-Antrag ein Schritt in die richtige Richtung ist, um die Küstenwache effektiver zu machen. Dass das aber nur mit einer **Grundgesetzänderung** zu machen sein soll, sehe ich nicht ein. Ich teile völlig die Auffassung des Kollegen Kubicki: Eine Grundgesetzänderung kann man nur sehr schwer hinbekommen. Ich kann mir außerdem nicht vorstellen, dass die anderen Küstenländer ein Interesse daran haben, an einer Grundgesetzänderung zu arbeiten. Hinzu kommt auch, dass man nicht so leichtfertig mit dem Grundgesetz umgehen sollte und einfach sagt, wir ändern das jetzt.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Jürgen Hinz [SPD] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Wenn der Innenminister sagt, wir brauchen einen Staatsvertrag, dann sage ich: Okay, das ist gut. Man kann miteinander verhandeln und etwas zu Papier bringen. Das ist der richtige Weg. Aber wichtig ist natürlich zu versuchen, innerhalb der eigenen Kompetenzen in Zusammenarbeit mit den Nachbarn pragmatische und schnelle Wege für einen effektiveren Küstenschutz zu finden.

Ich muss sagen, so wie die Anträge vorliegen, müssten sie in den Ausschuss. Sie müssten im Ausschuss noch

einmal kritisch hinterfragt werden. Es wäre vielleicht auch richtig, sie im Zusammenhang mit dem Untersuchungsausschussbericht zu beschließen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter Füllner hat jetzt nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung das Wort.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Der will sich jetzt entschuldigen!)

Meinhard Füllner [CDU]:

Herr Kollege Kubicki, nein, ich möchte mich nicht entschuldigen. Ich möchte Sie erstens vorrangig an eine Debatte erinnern, die wir vor einigen Jahren schon einmal hier geführt haben. In dieser Debatte hat der hoch kompetente Kollege Buchholz, den Sie auch sehr geschätzt haben, zu Fragen der inneren Sicherheit

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Den schätze ich immer noch!)

hier eine sehr präzise Vorstellung dessen gegeben, was die F.D.P. in Sachen Küstenwache will. Er hat sehr deutlich gesagt:

„Es mag ja bedauerlich sein - das meine ich in allem Ernst -, dass bei der Zusammenfassung wichtiger länderübergreifender Aufgaben das föderale Prinzip manchmal nicht vollständig durchgehalten werden kann. Aber was ist schon - wie in diesem Falle - die Bewahrung der ausschließlichen Polizeihochheit im Bereich der Wasserschutzpolizei gegen die für meine Begriffe ungleich höher zu bewertenden Chancen einer engen Zusammenarbeit mit BGS-See, dem Zoll und der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung ...“

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Da unterscheiden wir uns doch auch nicht!)

- Herr Kubicki, ich empfehle Ihnen wirklich: Lesen Sie die Debatte nach! Er hat sehr deutlich für Ihre Partei gesagt, dass es der richtige Weg sei, eine integrierte Küstenwache in Bundeszuständigkeit zu schaffen. Das möchte ich nur der Ordnung halber sagen.

Zweitens: Diesen Antrag und diese Initiative sehen

(Meinhard Füllner)

wir nicht vorrangig im Zusammenhang mit dem „Pallas“-Untersuchungsausschuss.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was?)

- Herr Hentschel, das ist ein einzelner Aspekt, das sind Erkenntnisse und Beschlüsse, die wir im Zusammenhang mit den Ergebnissen des Untersuchungsausschusses ziehen müssen. Eine ganze Reihe anderer Aspekte kommen noch hinzu, insbesondere auch der Bereich, Herr Kollege Astrup, der mit der Formulierung „aber auch die Gefährdung der inneren Sicherheit von See her“ beschrieben wird. Das haben wir uns wohl überlegt. Es macht Sinn, diese Formulierung hier zu belassen. Natürlich ist die Frage der inneren Sicherheit von See her auch ein gewaltiges Problem oder es könnte eins sein.

(Holger Astrup [SPD]: Mit Sicherheit nicht!)

Deshalb legen wir Wert darauf, dass das so stehen bleibt.

Herr Kubicki, zu dem Problem gehört auch die sonstige hoheitliche Aufgabenerfüllung der Behörden, die jetzt im Bund zuständig sind, ob es der BGS, der Zoll oder die Fischereiaufsicht ist. Alle diese Fragen gehören dazu. Dazu gehören ebenfalls die Fragestellungen, die heute noch nicht gelöst sind, zum Beispiel die Frage der Kooperation, der Zusammenarbeit und der Zuständigkeiten bei größeren Schadensunfällen. So weisen zum Beispiel auch Herr Clausen und Herr Jenisch darauf hin, dass es dort Regelungsbedarf gibt, zum Beispiel in einem mit der „Estonia“ vergleichbaren Fall oder wenn ein größerer Tanker zerbricht. Dafür gibt es noch keine klar geregelten Zuständigkeiten.

Ein Letztes möchte ich noch sagen. Wir sollten nicht zwischen Alltagszuständigkeiten und Zuständigkeiten bei besonderen Lagen unterscheiden.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir sind überzeugt, dass wir eine integrierte Aufgabenerfüllung - unabhängig von solchen Lagen - für all diejenigen **hoheitlichen Aufgaben** haben müssen, die jetzt auch alltäglich zu bewerkstelligen sind.

Ich bitte deshalb noch einmal darum, hier jetzt einen parlamentarischen Weg zu finden, der uns ermöglicht, als Land Schleswig-Holstein eine Speerspitze in dem Bemühen zu bilden, wie wir diese Probleme effizient und wirtschaftlich lösen können.

Wir wollen heute das Ergebnis gar nicht vorwegnehmen.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Als Nächstes hat nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Dr. Hinz das Wort. Das schlage ich einmal vor, denn sonst hätten Sie nur eineinhalb Minuten Redezeit.

Dr. Jürgen Hinz [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Schwierigkeiten, in die sich die Befürworter der Küstenwache in der großen Lösung mit der Grundgesetzänderung hinein manövriert haben, entstehen durch die Begründung, durch die Argumentation. In diesem Fall stimme ich dem Kollegen Kubicki ausnahmsweise zu.

Weshalb brauchen wir eine Grundgesetzänderung, um Seeunfälle wirksam zu bekämpfen? Anders herum gefragt: Reicht nicht die bisherige föderale Aufgabenteilung mit den bisherigen Instrumenten aus, um wirkungsvoller als im Falle „Pallas“, aber so wirkungsvoll wie es bei Havarien und Schiffsunfällen passiert ist, die nach dem Fall „Pallas“ passiert sind, eingreifen zu können?

Herr Kollege Füllner, die Befürworter, die sagen, wir brauchen jetzt die Grundgesetzänderung und dann machen wir die einheitliche Lösung, müssen uns erst einmal sagen, wozu wir die Küstenwache brauchen. Sie führen hilfsweise ein Argument ein, das mit der **Gefährdung der inneren Sicherheit** von See her begründet ist. Mit Verlaub, das halte ich für eines der schlechtesten Argumente, das in den Diskussionen der letzten Jahre gefallen ist.

(Klaus Schlie [CDU]: Sie haben davon doch keine Ahnung!)

Ich mache noch einmal auf einen anderen Punkt aufmerksam. Herr Schlie, vielleicht haben Sie ja davon Ahnung. Das ist die Frage der **Ressortkonkurrenz**, die unter den Bundesressorts herrscht.

Nach dem Grundgesetz gibt es ja nicht nur zwischen den Ländern und dem Bund als Zentralgewalt eine Konkurrenzsituation. Wie sich bei der Aufarbeitung der „Pallas“ gezeigt hat, gibt es auch eine massive Konkurrenz zwischen einzelnen auf See zuständigen Ressorts.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

Der Bund muss dort eine Vereinheitlichung initiieren, bevor man im Wege einer Grundgesetzänderung tatsächlich eine Küstenwache schaffen will. Wenn wir uns nicht dem Vorwurf ausgesetzt sehen wollen, dass wieder nichts geschehen wäre, dann müssen wir zunächst mit der kleinen Lösung anfangen. Die kleine

(Dr. Jürgen Hinz)

Lösung ist die wirkungsvolle Lösung. Sie bedeutet nämlich, die bisherigen Instrumentarien und Staatsverträge zu nehmen und weiterzuentwickeln. Kollege Füllner, der Innenminister des Landes hat doch schon weit vor „Pallas“ Ende 1997 eine Arbeitsgruppe einberufen, die sich mit den Fragen befasst: Was würde passieren, wenn wir einen Unfall wie im Falle „Estonia“ in der Deutschen Bucht oder in der Ostsee, in deutschen Gewässern hätten? Was muss dann unternommen werden? Da sind wir auf einem richtigen Weg. Hier sollten wir weiter argumentativ tätig werden.

(Beifall bei SPD und SSW)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Sehr geehrter Herr Kollege Füllner, gehen Sie einmal davon aus, dass nicht nur in der vergangenen Legislaturperiode, sondern auch jetzt die Frage nicht nur von Zuständigkeiten, sondern auch von Effektivität bei der Bekämpfung von bestimmten Ereignissen der Gefahrenabwehr in der F.D.P.-Fraktion sehr gründlich diskutiert wird. Nichts spricht dagegen - ich glaube, da gibt es keine zwei Meinungen -, dass es zu einer stärkeren Integration derjenigen Kräfte kommen muss - jedenfalls in besonderen Lagen -, die sich an der Küste - in welcher Form auch immer - mit Problemen der **Gefahrenabwehr** oder der **Schadensbekämpfung** beschäftigen. Das ist gar keine Frage.

Das, was Sie vorhaben, ist etwas ganz anderes. Sie wollen im Prinzip die gleiche Mützenträgerschaft. Sie wollen eine riesige zentrale Bundesbehörde schaffen.

(Klaus Schlie [CDU]: Wer sagt das denn?)

- Herr Schlie, wenn ich allein die bisherigen Behörden Schifffahrtsverwaltung, Wasserschifffahrtsverwaltung des Bundes und des Bundesgrenzschutzes, Zollverwaltung, Bundesamt für Landwirtschaft und Ernährung, Wasserschutzpolizeien der Küstenländer und der Fischereiaufsichtsbehörde in einer Behörde zusammenfasse - und das wollen Sie mit Ihrem Antrag -, dann kann ich Ihnen sagen, wie riesig diese Behörde ist und wie weit das Spektrum der Aufgabenerfüllung ist, wenn man vom Tonnenlegen - -

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

- Herr Schlie, vom Tonnenlegen bis zur Erteilung eines Angelscheins wird diese Behörde im Zweifel alles machen müssen. Das kann doch nicht ernsthaft

von uns gewollt werden. Das wird übrigens auch einer effektiven Gefahrenabwehr nicht gerecht.

Ich unterstütze ausdrücklich das, was der Innenminister zu Beginn seiner Rede gesagt hat, nämlich dass unsere zentrale Aufgabe darin besteht, eine Einrichtung zu schaffen, die sich - wann immer sie es für nötig hält - in die Situation hineinversetzen und zu einer **zentralen Einsatzleitung** werden kann und die dann - dafür brauchen Sie möglicherweise die Kooperation mit den anderen in Form eines Staatsvertrages - die Möglichkeit des Zugriffs auf jede Einheit der von Ihnen angegriffenen Behörden bei der Bekämpfung eines Schadensfalls hat. Ich sage, dass wir mit dem ZMK eine solche Einrichtung haben.

Wir wehren uns definitiv gegen die Einrichtung einer Mammutbehörde, von der ich genau weiß, dass die Aufgabenerledigung im Übrigen auch bei Großlagen nicht besser sein wird als sie es jetzt ist. Herr Schlie, das Problem, das wir in der Deutschen Bucht hatten, war kein rechtliches Problem. Es war ein faktisches Problem und das ändern Sie nicht dadurch, dass Sie sagen, wir ändern das Grundgesetz.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Hap-pach-Kasan [F.D.P.] und Bernd Schröder [SPD])

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin aus zwei Gründen sehr froh, dass wir hier einen Antrag haben, der von der großen Mehrheit dieses Hauses getragen wird.

Der erste Grund liegt darin, dass ich glaube, dass wir leicht wieder in eine Diskussion hineinkommen, in der die Bedenkenträgerei überwiegt. Das finde ich schwierig. Es zeigt sich, dass es in anderen Staaten dieser Welt andere Organisationsformen gibt, die ganz wirksam funktionieren und in denen mehr zusammengefasst worden ist.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

- Herr Kubicki, ich gehe davon aus, dass zwischen den unterschiedlichen Aufgaben der Behörden an Land und den Operateuren, die sich auf dem Wasser bewegen - dort ist eine Zusammenfassung möglich - ein Unterschied besteht.

(Karl-Martin Hentschel)

In anderen Fragen der Politik und der Ausführung ist es durchaus möglich, dass vor Ort, wo gehandelt wird - zum Beispiel in den Kommunen -, Aufgaben zusammengefasst sind, die auf Bundes- und Landesebene aus fachlichen Gründen unterschiedlich streng sortiert sind.

Der zweite Grund, warum ich sehr glücklich bin, dass wir einen solchen Antrag haben, liegt darin, dass ich glaube, man erreicht nichts, wenn man von vornherein zu kleinmütig an eine Sache herangeht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, CDU und SSW)

Wenn Schleswig-Holstein jetzt nicht entschlossen Druck macht für eine Zusammenfassung der Strukturen, dann wird am Schluss gar nichts herauskommen. Ich bin mir durchaus bewusst, dass es sein kann, dass wir zunächst eine kleine Lösung bekommen. Das ist in dem von der CDU vorgelegten Antrag auch so formuliert.

(Klaus Schlie [CDU]: Richtig!)

Das finde ich auch sinnvoll. Man muss das Ziel benennen, damit man weiß, wo man hinkommen will.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich war ich auch sehr überrascht, dass ein solcher Antrag jetzt - während des laufenden Untersuchungsausschusses - eingebracht wird. Herr Füllner, die Behauptung von Ihnen, dass Ihr Antrag überhaupt nichts mit dem „Pallas“-Unfall zu tun habe, ist natürlich - gelinde gesagt - nicht so ganz überzeugend. Das wissen Sie auch selber. Ich habe gesehen, dass Sie schnell reagieren wollen und dass Sie etwas tun wollen. Das hat mich gefreut und deshalb habe ich das auch positiv aufgegriffen. Ich würde mich freuen, wenn die gleiche konstruktive Haltung auch im Ausschuss zustande käme und diese endlosen Verzögerungsmanöver, die Sie da betreiben, nun endlich aufhören und wir zu einem schnellen Ergebnis kommen.

(Zurufe der Abgeordneten Klaus Schlie [CDU] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Dann können wir noch in die laufenden Prozesse einwirken und kommen nicht mit einem Ergebnis, nachdem alle anderen schon entschieden haben.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Mir liegen jetzt noch drei Wortmeldungen nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung vor. Die Kollegin Spoorendonk hat soeben verzichtet. Herr Kollege Astrup, hat sich das auch erledigt?

(Holger Astrup [SPD]: Nein!)

Innenminister Dr. Wienholtz hat sich so gemeldet und erhält das Wort nicht nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung.

Zur Geschäftsordnung hat zunächst Herr Abgeordneter Füllner das Wort.

(Meinhard Füllner [CDU]: Ich mache das zum Schluss zum Abstimmungsverfahren!)

- Das ist ja nett, dass Sie entscheiden wollen, wann Sie das Wort kriegen. Das macht noch der Präsident.

Meinhard Füllner [CDU]:

Entschuldigen Sie, Herr Präsident! Ich wollte nur noch etwas zum Verfahren sagen. Wir bitten darum, über die beiden Anträge alternativ abzustimmen, jedoch ausdrücklich mit dem Hinweis, dass wir im Ausschuss - sozusagen auf dem Wege des Selbstbefassungsrechtes, da das formal nicht anders geht - das Thema gern weiter diskutieren wollen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das macht ja nun gar keinen Sinn!)

Es soll dort weiter verfolgt und nicht heute mit der Abstimmung erledigt werden. Ich möchte noch einmal erklären, warum. Es liegt uns heute daran, Klarheit in der **Positionsbestimmung** des Landtags zu erreichen und nicht nur eine Ausschussüberweisung vorzunehmen und es dort sozusagen versanden zu lassen. Das war der Grund.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter, das setzt natürlich voraus, dass der Antrag der Frau Abgeordneten Spoorendonk nicht mehr gilt. Sie hat zunächst einmal Ausschussüberweisung beantragt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dem schließen wir uns an!)

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Astrup das Wort.

Holger Astrup [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie so oft in diesem Hause sind wir bei der von allen Seiten signalisierten gleichen Meinung zum selben Thema einmal wieder in der Gefahr, all das zu zerreden, was wir vorher eine ganze Stunde lang beredet haben.

(Beifall bei SPD und CDU)

Alle Seiten haben gleichermaßen bekundet, dass es Defizite gibt. Der erste, der das eingeräumt hat und daran arbeitet, war der Innenminister. Wir haben gleichfalls festgestellt, dass es im Moment einer **Ver-**

(Holger Astrup)

fassungsänderung bedürfte, eine Küstenwache nach beispielsweise amerikanischem Vorbild einzurichten. In den beiden Anträgen, die möglicherweise nicht alle zu Ende gelesen wurden, steht in Ziffer 3 beziehungsweise Ziffer 4 eindeutig: Falls es einer Verfassungsänderung bedarf, ist kurzfristig - als Übergangslösung - auf der Grundlage eines Staatsvertrages - wie vom Herrn Innenminister angekündigt - eine gemeinsame Küstenwache neuer Art vom Bund und von den Küstenländern unter einheitlicher Führung einzurichten.

Dies ist das erklärte Ziel derer, die die Anträge eingebracht haben - das Ziel zunächst von der Fraktion der CDU und das Ziel der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Insofern, Herr Kollege Füllner, werden wir selbstverständlich in der Sache abstimmen. Wenn sich der Innen- und Rechtsausschuss damit zu befassen gedenkt, ist das im Rahmen des Selbstbefassungsrechts der Ausschüsse durchaus möglich. Das werden die Kolleginnen und Kollegen des Ausschusses sicherlich verantwortungsvoll entscheiden. Wir werden in der Sache abstimmen.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat jetzt Frau Abgeordnete Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte noch einmal betonen, mein Antrag lautet auf Ausschussüberweisung. Wenn ihr euch die beiden Anträge genau anguckt, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann müsst ihr viele Fragezeichen setzen. Das bedeutet, dass die Ausschussüberweisung mehr als gerechtfertigt ist.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Wenn man auf das Selbstbefassungsrecht des Ausschusses verweist, kann man dazu nur sagen: Das ist wirklich Quatsch!

(Holger Astrup [SPD]: Was?)

Daher bleibe ich bei meinem Antrag auf Ausschussüberweisung. Ich habe vorgeschlagen, darüber im Zusammenhang mit dem Bericht über den Untersuchungsausschuss zu beschließen. Das wäre eine runde Sache und der richtige Weg.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Frau Spoorendonk, „Quatsch“ machen wir natürlich nicht im Parlament.

Herr Minister Wienholtz verzichtet auf das Wort.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Es ist zunächst Ausschussüberweisung beider Anträge - unterstelle ich jetzt einmal - beantragt worden. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? Der Antrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU gegen die Stimmen von F.D.P. und SSW abgelehnt.

Wir stimmen jetzt in der Sache ab. Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag abstimmen.

(Meinhard Füllner [CDU]: Alternativ!)

Sind Sie einverstanden, dass wir alternativ abstimmen?

(Zurufe der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein! - Meinhard Füllner [CDU]: Ich beantrage alternative Abstimmung! - Lothar Hay [SPD]: Alternativ erst A, dann B?)

Ich darf noch einmal betonen, hier ist nein gesagt worden, Herr Abgeordneter Füllner. Das ist im Augenblick für den Präsidenten das Problem.

Ich frage Sie, wer der alternativen Abstimmung widerspricht. - Das ist eindeutig eine Minderheit. Daher können wir alternativ abstimmen.

Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abstimmen, Drucksache 14/2531. Wer diesem Antrag unter Streichung des Punktes 1 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Er ist doch mit den anderen identisch! - Martin Kayenburg [CDU]: Nein, eben nicht!)

Ich lasse nunmehr über den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 14/2516, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Enthaltungen? - Der Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 14/2531, hat eine Mehrheit erhalten bei Enthaltung der Fraktionen von F.D.P. und SSW; der CDU-Antrag hat die Minderheit.

Meine Damen und Herren, damit können wir in die Mittagspause eintreten. Ich wünsche guten Appetit. Um 15:00 Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet.

(Unterbrechung: 13:23 bis 15:02 Uhr)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet. Auf der Tribüne begrüße ich Damen und Herren der Seniorenpassaktion der Gemeinde Altenholz. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Im Saal begrüße ich auch einige.

(Heiterkeit)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Hochschulgesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1479

b) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Hochschulgesetzes

Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW
Drucksache 14/1535

c) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Hochschulgesetzes (Strukturreform-Novelle)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2121

Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses

Drucksache 14/2477

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 14/2528

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2533

Jetzt erteile ich dem Berichterstatter des Bildungsausschusses, dem Herrn Abgeordneten Dr. von Hielmcrone, das Wort.

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Bildungsausschuss hat sich seit längerer Zeit mit der Änderung des Hochschulgesetzes befasst und schon im Sommer 1998 zur so genannten **kleinen Hochschulnovelle** eine ganztägige Anhörung durchgeführt. Zu der dem Landtag im Frühjahr 1999 von der Landesregierung vorgelegten Hochschulstrukturreform-Novelle hat der Bildungsausschuss am 24. Juni und am 1. Juli 1999 Anhörungen durchgeführt.

Sodann haben die Fraktionen auf der Basis der Anhörungsergebnisse ihre Änderungsanträge zu dem komplexen Gesetzentwurf erarbeitet.

Der Ausschuss hat sich mit allen drei Gesetzentwürfen zuletzt am 4. November 1999 befasst. Einstimmig empfiehlt der Bildungsausschuss dem Landtag, die kleine Hochschulgesetznovelle und den Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW für erledigt zu erklären. Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. empfiehlt der Ausschuss, den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 14/2121, in der vom Ausschuss geänderten Fassung anzunehmen.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Einzelberatung.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Weber.

Jürgen Weber [SPD]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Hinter uns liegt jetzt, die Beratung der „kleinen Hochschulnovelle“ einbezogen, ein fast zweijähriger Diskussionsprozess über die gesetzliche Neuregelung der Grundlagen zur Weiterentwicklung unserer Hochschulen. In diese Zeit fiel nicht nur die Verabschiedung eines neuen **Hochschulrahmengesetzes**, in diese Zeit fiel auch - angestoßen und angeregt sowohl durch interne als auch externe Expertengruppen - ein Prozess des **Strukturwandels** an unseren **Hochschulen** in neue Richtungen, sichtbar und spürbar - ich nenne zwei Beispiele - in der Weiterentwicklung und Abstimmung der ingenieurwissenschaftlichen Studiengänge an den Fachhochschulen, aber auch in der Entwicklung der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der CAU.

Der Einsicht, dass knappe öffentliche Kassen, jahrzehntelange Unterfinanzierung des Hochschulsektors in Deutschland und neue Herausforderungen durch eine Globalisierung des Bildungsmarktes zu mehr Effizienz, zu moderneren Leistungsstrukturen, zu einer Reform der Studienstrukturen und auch der Personalstrukturen in Hochschulen führen müssen, kann sich eigentlich niemand entziehen. Es gibt über Parteigrenzen hinweg auf Bundesebene eine beachtliche Übereinstimmung in einer ganzen Reihe von Fragen, die man hier vielleicht einmal erwähnen sollte, weil sie bisweilen unter den Rauchschwaden des Vorwahlkampfes nicht mehr sichtbar scheint.

(Holger Astrup [SPD]: Sehr gut!)

(Jürgen Weber)

Ich nenne ein paar Punkte: Die Internationalisierung des Studiums und der Forschungsverbünde ebenso wie der Angebote und Abschlüsse, die Flexibilisierung der Steuerungsinstrumente, zum Beispiel des Haushaltsrechts und der Personalplanung, aber auch die Stärkung der Autonomie der Hochschulen und der Reform der Leitungsstrukturen bis hin zur Neugestaltung von Personalstruktur und Dienstrecht an den Hochschulen, das alles ist weitgehend Common Sense, zumindest bei denen, die unseren Hochschulen die Chancen im Bildungswettbewerb weiterhin erhalten wollen.

Übereinstimmung gibt es darüber hinaus in einer ganzen Reihe von anderen Fragen, die nur sehr begrenzt durch Landesrecht zu regeln ist. Ich nenne die Gestaltung von Teilzeitstudien, die Entwicklung von Leistungsanreizen und leistungsorientierter Bezahlung im Hochschulbereich, die Verbesserung der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und Ähnliches mehr. Zumindest verbal gibt es keine sehr großen Unterschiede, selbst nicht bei Fragen wie der Gewichtung der Frauenförderung, der Stärkung der Fachhochschulen oder hochschulübergreifenden Kooperationen.

Um es einmal deutlich und ausdrücklich zu sagen: Die jetzt vorliegende und heute zur Verabschiedung anstehende Gesetzesnovelle leistet den Teil, den wir als Bundesland leisten können, um diesen Anforderungen gerecht zu werden. Diese Gesetzesnovelle ist damit ausgesprochen auf der Höhe der Zeit.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die SPD-Fraktion hat die parlamentarische Beratung dieses Gesetzentwurfs sehr ernst genommen. Sie hat die umfassenden, umfänglichen und materialreichen Anhörungen ausgewertet und den **Entwurf der Landesregierung** in einer ganzen Reihe von Punkten ergänzt beziehungsweise präzisiert. Zusammen mit unserem Koalitionspartner haben wir eine Reihe von Änderungsanträgen vorgelegt, die sich gegenüber dem Ausgangsentwurf auf drei große Zielrichtungen fokussieren:

Erstens: noch mehr **Autonomie**, noch mehr **Deregulierung**! Ich nenne als Beispiele: Die Frage der Hauptamtlichkeit der Rektoren und die Zahl der Prorektoren wird in die Entscheidung der Hochschulen gegeben.

(Lothar Hay [SPD]: Sehr gut!)

Die Fachhochschulen erhalten Freiräume zur Einstufung ihrer Mitarbeiter in die Gruppen wissenschaftlicher Dienst oder nichtwissenschaftlicher Dienst.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sehr gut!)

Die Periode für Lehrberichte wird von zwei Jahren auf drei Jahre verlängert.

(Konrad Nabel [SPD]: Sehr gut!)

- Das denke ich auch! - Das Amt des Dekans wird ebenso wie die Institutsleitung für Hochschuldozenten geöffnet.

Aus aktuellem Anlass - aufgrund von Zeitungslektüre - darf ich auf Folgendes hinweisen. Vor ungewöhnlichen Dingen und Vermutungen ist man nie gefeit. In den „Kieler Nachrichten“ von heute lese ich, wir machten dieses Gesetz in diesem Punkt bezogen auf eine bestimmte Person. Das ist deswegen besonders unsinnig, weil diese Person bereits seit sechs Jahren Direktor eines Instituts ist und zurzeit turnusmäßig den Vorsitz des Leitungsgremiums innehat.

(Lothar Hay [SPD]: Manchmal sollte man recherchieren, bevor man schreibt!)

Meine Damen und Herren, all die Vorschläge, die wir zu diesem Komplex vorgetragen haben, wurden schon in den Anhörungen von den verschiedensten Gruppen aus den Hochschulen vorgetragen.

Deregulierung und Autonomie fallen in den ersten Bereich. Zum zweiten Bereich gehören **Mitbestimmung und Transparenz**. Wir wollen - diese Änderungen schlagen wir als Fraktion zusätzlich vor - eine Veröffentlichungspflicht für die Berichte hinsichtlich der Umsetzung der Zielvereinbarungen. Wir wollen die Beteiligung aller Hochschulgruppen an den Vorschlägen zur Zusammensetzung des Hochschulbeirates. Wir wollen das volle Mitentscheidungsrecht in den Gremien auch für Lehrkräfte mit besonderen Aufgaben. Hiermit haben wir einen Vorschlag des SSW aufgegriffen.

(Anke Spoorendonk [SSW]: Sehr gut!)

Wir wollen die Kompetenzen der verfassten Studierendenschaft präzisieren und erweitern und - sofern es die Hochschule wünscht, in ihre Verfassung aufnehmen und es mehr als einen Prorektor gibt - auch die Öffnung des Amtes des Prorektors für Nichtprofessoren. Ein letzter Punkt in diesem Bereich betrifft die Abwahlmöglichkeit von Rektoratsmitgliedern mit einer Dreiviertelmehrheit im Konsistorium. Ich gehe darauf gleich an anderer Stelle noch kurz ein.

Der dritte Komplex umfasst die **Modernisierung**. Zusätzlich zum Regierungsentwurf schlagen wir vor, dass auch die Hochschulverwaltung in die vorgesehene Evaluation mit einbezogen wird. Wir schlagen weiter vor, Hochschuldidaktik und Evaluation zum Bestandteil der Lehrberichte werden zu lassen. Wir

(Jürgen Weber)

wollen, dass studienbegleitende Prüfungen in den Prüfungsordnungen zeitlich flexibilisiert werden. Wir schlagen vor, die Pflicht zur Studienberatung zu verstärken und Ausstattungszusagen für Berufene zunächst einmal auf fünf Jahre zu befristen. Wir schlagen weiter vor - ich finde, das ist ein ganz wesentlicher Punkt -, die Möglichkeiten für erfahrene Assistentinnen und Assistenten zu selbstständiger Forschung und Lehre zu erweitern und bei konsekutiven Studiengängen, also im Wesentlichen Master und Bachelor - damit sind aufeinander aufbauende Studiengänge gemeint -, keine automatische Exmatrikulation nach dem ersten Abschluss stattfinden zu lassen.

In der Summe sage ich zu diesem Komplex: Wir haben unter der Überschrift „Mehr Autonomie, mehr Mitbestimmung, mehr Transparenz und Modernisierung“ Anträge erarbeitet, die die Grundanlage der Novelle stärken und vielleicht in einigen Punkten etwas konsequenter und mutiger sind als - mit Verlaub, Frau Ministerin - das, was sich die Regierung vorzulegen getraut hat.

Ich darf an dieser Stelle kurz auf einen Antrag eingehen, den wir heute vom SSW zur **Namensänderung der Universität Flensburg** auf den Tisch bekommen haben. Ich weise darauf hin, dass wir davon abgesehen haben, unseren ursprünglichen Plan zu verwirklichen und Ihnen vorzuschlagen, auch die Namensänderung von Hochschulen unter Gesetzesvorbehalt zu stellen. Wir sind schon der Auffassung - damit greifen wir eine Grundidee auf -, dass das im Zusammenspiel von Hochschule und Ministerium zu regeln sein muss. Ich will mich zu dieser Frage jetzt nicht ausführlich äußern, dazu wäre eine gesonderte Diskussion nötig. Es darf aber nicht sein, dass wir sozusagen Ehrenpromotionen für Hochschulen durchführen, sondern es müssen schon Leistungspromotionen stattfinden. Ein solcher Prozess, an dessen Ende eine solche Betitelung steht, ist dann in Ordnung, wenn er fair bewertet wird. Aber so etwas per Federstrich vom Parlament zu exekutieren, halten zumindest wir für den falschen Weg.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich in diesem Zusammenhang einen weiteren Punkt deutlich machen. Bemerkenswert bei der parlamentarischen Beratung dieses Gesetzentwurfes ist die Enthaltensamkeit der Opposition. Die CDU beschränkt sich auf die Ablehnung erweiterter Mitbestimmung und der Option auf Zeitprofessuren; von der F.D.P. kommt gar nichts. Es gab und gibt Änderungsvorschläge vonseiten der Rektorate, der Studierendenausschüsse, der Personalräte, der Frauenbeauftragten, der Gewerkschaften, der Unternehmensverbände, der Kammern und so weiter.

Was macht die Opposition? Sie wartet offenbar auf ihren Messias und legt die Hände bei diesen Beratungen in den Schoß. Das ist ein bisschen wenig.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will aus gegebenem Anlass auf einen Punkt eingehen, der in der Öffentlichkeit und in der Debatte für gewisse Aufgeregtheiten gesorgt hat. Das verwundert nicht, wenn man mit überkommenen Gewohnheiten beziehungsweise mit Änderungen derselben konfrontiert wird. Ich habe bereits in der ersten Lesung dieses Gesetzentwurfes deutlich gesagt: Wenn die Hochschulen größere **Autonomie** erhalten und die Hochschulleitungen gestärkt werden, müssen gleichzeitig die **Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte** aller Gruppen an den Hochschulen verbessert werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist eine völlig logische Konsequenz. Wo es starke Leitungen gibt, müssen zumindest nach unserem Demokratieverständnis auch Kontrollmöglichkeiten bis hin zur theoretischen Möglichkeit der Abberufung vorhanden sein. Wir haben ein so hohes Quorum gesetzt, dass jeder weiß, dass das kein leichtfertig einzusetzendes Regulativ ist.

Ich möchte noch einmal deutlich sagen: Nicht mehr Mitbestimmung, sondern gerade das Fehlen von Mitbestimmung führt häufig auch an den Hochschulen zu unnötigen Konflikten. Nicht mehr Mitbestimmung, sondern das Fehlen von Mitbestimmung führt häufig zu Blockaden und kann die Entwicklung von Hochschulen hemmen. Deswegen sagen wir deutlich: Mit der Zementierung von Hierarchie, Statusdenken und Fachegoismen werden in Zukunft die notwendigen Leistungen der Hochschule in Lehre, Forschung und Wissensvermittlung nicht erbracht werden können. Ich möchte dieses Thema wahrlich nicht über Gebühr strapazieren, weil es meines Erachtens auch den Blick für die Weite, Breite und Tragfähigkeit dieses neuen Gesetzes verstellt.

Lassen Sie mich an diesem Punkt noch auf eine Frage eingehen, die für uns als Parlamentarier von besonderer Bedeutung sein sollte. Der Landtag wird im Rahmen des **Landeshaushalts 2000** erstmals ein **Budget** für die einzelnen Hochschulen festlegen. Grundlage für die Einführung und die Anwendung dieser neuen Steuerungsinstrumente sind dann auch Zielvereinbarungen, die zwischen dem Land und den Hochschulen geschlossen werden sollen. Das renovierte Hochschulgesetz formuliert die künftigen Rahmenbedin-

(Jürgen Weber)

gungen und die Kategorien, die dafür ausschlaggebend sind. Natürlich gilt auch hier: Aller Anfang ist schwer. Die Hochschulen, die Landesregierung, aber auch wir als Parlament müssen noch ein wenig lernen, um richtig mit diesen Instrumenten umzugehen.

Der Gesetzentwurf sieht außerdem die Entscheidung des **Parlaments** bei finanzrelevanten Fragen vor. So richtig es ist, dass das Parlament nicht über alle Details und Zielvereinbarungen, die zwischen Regierung und Hochschule abgeschlossen werden können, im Einzelfall befinden sollte - das wäre nicht nur praxisfremd, sondern auch nicht zielführend -, so muss doch ebenso sichergestellt sein, dass die Legislative weiterhin die strategischen Ziele der Hochschulentwicklung im Lande diskutiert und entscheidet.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das wird ohne Frage zukünftig auf der Basis der gesetzlich festgelegten **Berichtspflicht** über die Umsetzung der Zielvereinbarung, wie sie im Gesetz steht, möglich sein. Aber für den Startschuss muss unseres Erachtens klargestellt werden, von welcher Grundlage die jetzt in Verhandlung befindliche Vereinbarung ausgeht. Dazu haben wir einen Entschließungsantrag eingebracht, den wir heute nicht zur Abstimmung stellen, sondern nur ins Parlament einbringen wollen. Wir erwarten, dass er im Bildungsausschuss beraten wird

(Holger Astrup [SPD]: Im Dezember! Sehr vernünftiges Verfahren!)

und dann bei den Haushaltsberatungen im Dezember verabschiedet werden kann. Wir legen ihn Ihnen, um das Verfahren zu vereinfachen, schon heute vor.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir wissen - lassen Sie mich das abschließend sagen -, dass mit der vorliegenden Novelle natürlich nicht alle Probleme und Punkte aufgegriffen und abgearbeitet werden können, die angegangen werden sollen. Wir müssen auch die **Personalstruktur an den Hochschulen** reformieren. Zurzeit sitzen bundesweit Experten zusammen, die an diesen Fragen arbeiten. Aber auch hier gilt - das ist als eine Daueraufgabe für uns zu verstehen -: Nur wenn sich etwas bewegt, bleiben unsere Hochschulen konkurrenzfähig.

Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht. Ich traue mich gar nicht, das Lob, das uns das Studentenparlament gestern gemacht hat, hier vorzutragen. Es würde so nach Selbstlob klingen.

(Lothar Hay [SPD]: Das war nicht an die Opposition gerichtet!)

Ich lasse es einmal. Wir sind ja eigentlich bescheiden dabei, wenn wir unsere eigenen Leistungen preisen.

Lassen Sie mich aber abschließend vielleicht so viel sagen: Die vorgelegte HSG-Novelle ist durch die Änderungen der Koalitionsfraktionen verabschiedungsreif. Auch das ist etwas. Ich hoffe, dass wir nach Abschluss dieser Debatte ein gutes Ergebnis erzielen, mit dem die Hochschulen arbeiten können. Mancher wird sich an neue Umstände gewöhnen müssen, aber das wird, wie ich glaube, ein produktiver Gewöhnungsprozess.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Jost de Jager.

Jost de Jager [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit der zweiten Lesung der Hochschulgesetznovelle beraten wir heute das letzte große Gesetzesvorhaben dieser Landesregierung im Bildungs- und Hochschulbereich.

(Lothar Hay [SPD]: In dieser Legislaturperiode!)

Es ist zudem das erste und einzige Gesetzgebungswerk, das die persönliche Handschrift von Ihnen, Frau Erdsiek-Rave, als Bildungsministerin trägt.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist ein Entwurf, den Sie ausgearbeitet haben, den Sie eingebracht haben und für den Sie mit jedem Punkt und Komma politisch verantwortlich sind.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hat sie gut gemacht!)

Frau Erdsiek-Rave, Sie sind darüber hinaus als Mitglied der SPD-Fraktion natürlich auch für das Verfahren verantwortlich, für das Verfahren im Ausschuss, aber auch das Verfahren, das wir heute erleben.

(Zuruf der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Da ist es schon bemerkenswert, in welchem hochschulpolitischen Umfeld wir heute den Gesetzentwurf der Ministerin zu beraten und zu verabschieden haben, die es sich auf die Fahnen geschrieben hat, das Verhältnis zwischen den Bildungseinrichtungen - in diesem Fall den Schulen und Hochschulen - und dem Ministerium zu verbessern. Frau Erdsiek-Rave, Ihnen ist es als einziger Bildungsministerin in Deutschland gelungen, im Rahmen der Novellierungen, die in

(Jost de Jager)

allen Bundesländern derzeit laufen, eine derartige Konfrontationsstellung zwischen Ministerium und Hochschulen aufzubauen.

(Widerspruch bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist ja nicht so, dass wir in Schleswig-Holstein die Einzigsten wären, die im Moment über **Hochschulreformen** und Hochschulgesetzanpassungen zu beraten haben. Man sollte sich noch einmal vor Augen halten, worum es eigentlich geht.

Mit dem neuen **Hochschulrahmengesetz** von 1998 ist die Möglichkeit geschaffen worden, den Hochschulbetrieb in den Ländern zu flexibilisieren, ihn zu deregulieren und für eine veränderte Ausgangslage fit zu machen. Zu dieser Ausgangslage zählt, dass die Hochschulen in immer stärkerem Maße nicht nur national, sondern vor allem international im Wettbewerb stehen und konkurrieren. Zu dieser Ausgangslage gehört auch, dass wir uns in Deutschland dringend über die Leistungsfähigkeit unserer **Hochschulen im internationalen Vergleich** Gedanken machen müssen. Die Antwort des Hochschulrahmengesetzes auf die Situation bestand darin, weniger vorzuschreiben und mehr Gestaltungsspielräume an die Hochschulen zu geben,

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das tun wir auch!)

und sie bestand auch darin, den Hochschulen eine echte **Autonomie** zu übertragen, was bedeutet, nicht nur die finanzielle, sondern auch die organisatorische Eigenverantwortung der Hochschulen zu stärken.

Meine Damen und Herren, was ist nach den Diskussionen der vergangenen Wochen und Monate in Schleswig-Holstein von der großen Hochschulgesetznovelle der Landesregierung im Kern übrig geblieben? Im Kern reduziert sich die Novelle der Landesregierung - wenn man einmal von den Punkten, die bundesweit unstrittig sind, absieht, nämlich der Einführung von Bachelor- und Master-Studiengängen und der Einführung der Steuerungsmechanismen im finanziellen Bereich - auf die Bereiche Drittelparität und Zielvereinbarungen. Frau Erdsiek-Rave, in beiden Punkten stehen Sie quasi mit leeren Händen da.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Demokratisierung haben Sie vergessen!)

Nehmen wir zunächst einmal den Bereich der **Zielvereinbarungen**. Es ist schon bemerkenswert, wie es das Ministerium geschafft hat, dieses neue Instrument der Zielvereinbarungen zwischen dem Land und den Hochschulen über die Höhe der Finanzzuweisungen und die Inhalte der Hochschulentwicklung an einzel-

nen Standorten tatsächlich an die Wand zu fahren, bevor das Gesetz, das eben dies ermöglicht, überhaupt verabschiedet ist. Keine der bisher verhandelten Zielvereinbarungen ist unterschriftsreif, im Gegenteil: Über die erforderlichen Mittel ist keine Einigung erzielt worden. Das hat dazu geführt, dass sich das Rektorat der Christian-Albrechts-Universität zu dem seltenen Schritt entschließen musste, an die Öffentlichkeit zu gehen

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Na, na, so schüchtern sind sie gar nicht, Herr de Jager!)

und den Grad der **Unterfinanzierung der Christian-Albrechts-Universität**, der für die Unterfinanzierung weiterer Hochschulen im Lande exemplarisch ist, noch einmal deutlich zu machen.

(Beifall bei der CDU)

Diese Unterfinanzierung ist natürlich nicht allein das Ergebnis der Zielvereinbarungen und der Verhandlungen, sondern sie ist der Endpunkt einer verfehlten Hochschulpolitik in den vergangenen zwölf Jahren.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin überdies der Auffassung, dass die Pressekonferenz der Christian-Albrechts-Universität keine Bankrotterklärung der Hochschule war, sondern eine Bankrotterklärung der Hochschulpolitik der Regierung in diesem Lande.

(Beifall bei der CDU)

Vor diesem Hintergrund finden wir nun heute einen Entschließungsantrag - so habe ich das zu werten - der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor.

(Meinhard Füllner [CDU]: Das ist unglaublich!)

Lassen Sie mich zunächst etwas zum Verfahren sagen! Seit acht Monaten - seit acht Monaten! - beraten wir in den parlamentarischen Gremien die große Hochschulgesetznovelle. Ebenso lange verhandelt das Bildungsministerium mit den Hochschulen über **Zielvereinbarungen**. Und jetzt, nachdem die Anhörungen und die Ausschussberatungen vor 14 Tagen endgültig abgeschlossen worden sind, legen Sie uns, am Tag der zweiten Lesung, fünf Stunden vor Verabschiedung des Gesetzes, eine Tischvorlage vor, die einen **Entschließungsantrag** zu einem der Herzstück-

(Jost de Jager)

ke der Novelle, nämlich der Frage der Zielvereinbarungen, enthält.

(Meinhard Füllner [CDU]: Ein unglaublicher Vorgang! - Hermann Benker [SPD]: Unglaublich, dass gedacht wird!)

Das ist vor allem ein besonderes Kunststück von parlamentarischer Konfusion und Kurzatmigkeit, das den kompletten Mangel an jeglicher Seriosität und Solidität Ihrer Hochschulpolitik demonstriert.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] - Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Frau Fröhlich, Sie fangen schon an, sich zu echauffieren. Sie machen es nämlich erneut. Bereits mit Ihren Änderungsanträgen zu Ihrer Novelle legen Sie in allerletzter Minute mehr oder minder spontan etwas vor, überfahren damit alle, prügeln es durchs Parlament und halten das auch noch für große Politik.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie wissen, dass Sie nicht die Wahrheit sagen!)

Sie entziehen sich damit einer vernünftigen Beratung, Sie überrumpeln die Fraktionen - was noch hinzunehmen wäre -, aber Sie überrumpeln vor allem die Hochschulen, um die es dabei am Ende geht.

Ich frage mich: Warum in aller Himmels Namen haben Sie das, was Sie in Ihren Entschließungsantrag schreiben, nicht ins Gesetz geschrieben? Warum finden wir jetzt in dem Entschließungsantrag sehr viel konkretere Vorschläge zum Abschluss der Zielvereinbarungen, als wir sie im Gesetz finden?

Nun komme ich zu den einzelnen Positionen, die Sie genannt haben, zunächst zum parlamentarischen Verfahren. Erstens hat die CDU-Fraktion in der Tat gefordert, dass das **Parlament** am Abschluss der Zielvereinbarungen in der Form zu beteiligen ist, dass wir vor der Beschlussfassung über die Höhe der Globalzuschüsse über den **Inhalt der Zielvereinbarungen** informiert werden. Diese Informationen waren in den letzten Wochen in der Tat schwer zu bekommen. Insofern brauchen wir eine Verstärkung des Verfahrens in diesem Bereich.

Doch das, was Sie zur Stellung und zum Verfahren der Zielvereinbarungen vorschlagen, ist der direkte Weg in die Selbstblockade. Wir lehnen es schlichtweg ab, dass das Parlament alle zwei Jahre die strategischen Zielsetzungen für die Hochschulen und am Ende sogar für einzelne Hochschulstandorte per Beschluss festlegen soll.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie wollen Sie denn mitsprechen?)

Dafür haben wir andere Verfahrenswege. Überdies ist das die Bringschuld der Regierung und dort wollen wir sie auch belassen.

Zweitens zu Ihren strategischen Zielen der Hochschulpolitik für das Jahr 2000! Zunächst ist es wirklich bemerkenswert, dass Sie Mitte November, nach acht Monaten Verhandlungen über die Zielvereinbarungen, plötzlich auf die Idee kommen, **strategische Ziele** für das Jahr 2000 festzulegen. Frau Erdsiek-Rave, worüber haben Sie eigentlich bisher verhandelt? Ist es denn alles Makulatur, was bisher beredet wurde, oder glauben Sie nicht zusammen mit mir, dass sich die Hochschulen, die auch immerhin acht Monate mit Ihnen verhandelt haben, jetzt ernsthaft verschaukelt fühlen müssen? Wäre die Kenntnis dieser strategischen Ziele nicht eigentlich die Grundlage für die Höhe der Globalzuschüsse und die Regelungen, die man in den Zielvereinbarungen zu treffen hat? - Natürlich!

Hinzu kommt ein Weiteres. Sie führen ständig die Wörter Demokratisierung und Autonomie im Mund, konfrontieren die Hochschulen jetzt aber über Nacht auf einmal mit Ihren strategischen Zielvorstellungen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nicht über Nacht! So überraschend ist das alles nicht!)

Was das wiederum mit diesem Begriff zu tun hat, möchte ich gern einmal wissen, zumal die Zielvorstellungen im Wesentlichen Platitudeen sind und sich insofern die Frage stellt, warum Sie jetzt, zu diesem Zeitpunkt, mit diesen Vorschlägen kommen.

Drittens ist in Ihrem Entschließungsantrag von **Entwicklungsschwerpunkten** für einzelne Hochschulen die Rede. Jetzt wird es wirklich komisch. Acht Jahre lang sehen Sie sich trotz wiederholter Aufforderung nicht in der Lage, den Landeshochschulplan aus dem Jahr 1991 fortzuschreiben. Nun soll der Landtag aufgrund einer Tischvorlage für jede einzelne Hochschule im Lande per Entschließungsantrag die Entwicklungsschwerpunkte für die nächsten Jahre beschließen. Das geht nun wirklich nicht.

(Meinhard Füllner [CDU]: Unglaublich! - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Soll er gar nicht! Das soll der Bildungsausschuss!)

Bemerkenswert daran ist vor allem, dass Sie hier

(Jost de Jager)

nicht einmal mehr den Anschein einer seriösen Hochschulpolitik aufrechterhalten wollen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ach, Herr de Jager! Sie wissen, dass das alles nicht stimmt, was Sie erzählen!)

Herr Weber, ich kann ja verstehen, dass Sie auf die Pressekonferenz von Herrn Rühle reagieren wollen, auf der er das Wissenschaftskonzept der CDU vorgestellt hat. Wir haben von vornherein gesagt, dass unsere Vorstellungen mit den Hochschulen im Zuge der **Fortschreibung des Landeshochschulplans** diskutiert werden sollen,

(Beifall bei der CDU)

eines Landeshochschulplanes, von dem wir immer gesagt haben, dass er eigentlich vor dem Beschluss über das Hochschulgesetz und vor dem Abschluss der Zielvereinbarungen hätte fortgeschrieben und aktualisiert werden müssen. Uns wurde damals entgegnet, das sei Unsinn, das könne man auch nach der Hochschulgesetznovelle machen, und jetzt sollen wir auf einmal mit der Hochschulgesetznovelle Entwicklungsziele verabschieden, die eigentlich in den Hochschulentwicklungsplan gehören.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nichts verstanden!)

Ich finde das in der Tat ein starkes Stück. Ich kann mich nicht damit abfinden, dass wir heute ein Hochschulgesetz verabschieden und in einem zweiten Schritt - offenbar in der Dezember-Tagung - die Ausführungsbestimmungen für die Zielvereinbarungen, die Bestandteil des Hochschulgesetzes sind, erneut verabschieden sollen. Deshalb werden wir beantragen, für das Hochschulgesetz eine dritte Lesung durchzuführen und das Hochschulgesetz zusammen mit dem Entschließungsantrag noch einmal an den Ausschuss zu überweisen,

(Lothar Hay [SPD]: Das kommt mir bekannt vor! Bei Haushalten machen Sie das auch immer! - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenn Sie wenigstens ernsthafte Anträge stellen würden!)

um dort die Fragen zu klären, die zu klären sind und die rechtlicher Natur sind.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben zu klären, in welchem rechtlichen Verhältnis ein Entschließungsantrag zu den Bestimmungen des Hochschulgesetzes steht, und wir haben darüber hinaus zu klären, ob nicht Teile Ihres Entschließungsantrags in der Tat in das verfassungsmäßige Recht der Hochschulen eingreifen.

Der nächste Punkt Ihrer Hochschulgesetznovelle, auf den ich eingehen möchte, ist die **Drittelparität** - genauer gesagt, der Bereich der Drittelparität -, denn es geht am Ende um ein ganzes Maßnahmenpaket, das Sie beschließen wollen und das über die drittelparitätische Besetzung des Konsistoriums hinausgeht.

Zur Erinnerung: Das Hochschulrahmengesetz hat ja durch die Vereinfachung der §§ 38 und 61 die Möglichkeit eröffnet, den Hochschulen in der Zusammensetzung der Gremien und in der internen Organisation mehr Gestaltungsspielräume zu geben. Dies ist ein wesentlicher Beitrag des Hochschulrahmengesetzes zu Flexibilisierung und Deregulierung. Gedacht war dies ursprünglich einmal, um den Ländern die Möglichkeit zu geben, Experimentierklauseln einzuführen und ähnliche Dinge mehr.

In Schleswig-Holstein sind diese Freiräume nicht an die Hochschulen weitergegeben worden, sondern sie wurden als günstige Gelegenheit angesehen, den Hochschulen noch weitere Vorschriften für die Zusammensetzung ihrer Gremien zu machen. Dies gab SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die lang ersehnte Chance, die geplante Drittelparität im Konsistorium der Hochschulen umzusetzen. So ist es geschehen.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch gut!)

Künftig wird es dort die Drittelparität geben.

Für diejenigen, deren Weltbild auch nach 30 Jahren noch von dem Satz geprägt ist: „Unter den Talaren der Muff von 30 Jahren“, mag das ein Erfolg sein; doch das Gegenteil ist modern. Denn während die anderen Bundesländer bereits konsequent und mutig im Hochschulbereich deregulieren, dort auch flexibilisieren und moderne Leitungs- und Leistungsstrukturen schaffen, erleben wir in Schleswig-Holstein die Selbstverwirklichung der 68-er Generation.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Meine Damen und Herren, diese Generation belässt es natürlich nicht bei der Drittelparität,

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Richtig!)

sondern wir finden dazu jetzt auch Vorschläge vor, die es ermöglichen sollen, dass Studierende Prorektoren werden und dass die Leitung von Dekanaten und Instituten auch Nichtwissenschaftlern übergeben werden soll.

(Jürgen Weber [SPD]: Das ist doch Quatsch!)

(Jost de Jager)

Wir glauben, dass darin in der Tat die Gefahr einer Entprofessionalisierung des Hochschulbetriebes liegt und dass die Qualität und die Wettbewerbsfähigkeit der schleswig-holsteinischen Hochschulen dadurch auf internationaler Ebene in Gefahr geraten.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was haben Sie für ein Menschenbild!)

Denn wer soll sich denn, wenn dieses Gesetz Wirklichkeit wird, als Spitzenwissenschaftler künftig noch nach Schleswig-Holstein bewerben? Und wer sollte demnächst noch Lust haben, in den Leitungsgremien der Hochschulen mitzuarbeiten? Sie werden es erleben: Die Guten und die Besten werden es nicht tun; sie werden sich entweder in ihre Institute zurückziehen oder sie werden in andere Bundesländer, an andere Standorte gehen, wo sie jene Freiräume vorfinden, die sie hier in Schleswig-Holstein nicht mehr haben.

(Beifall bei der CDU)

Sie reden in Ihren Grundsatzreden ständig von modernen Managementstrukturen und Leitungsgremien; das Gegenteil setzen Sie in Ihrem Gesetz um. Sie vereinfachen Entscheidungswege nicht, sondern Sie komplizieren sie, und Sie ermöglichen es den Hochschulen nicht, schwierige, aber notwendige Entscheidungen zu treffen, sondern Sie machen dies den Hochschulen zusätzlich schwerer.

Darüber hinaus setzen Sie die Entscheidungsträger in den Hochschulen Verfahrenswegen aus, die vielleicht in der Juso-Hochschulgruppe üblich sind, aber nicht im universitären Bereich.

(Lachen bei der SPD)

Als Beispiel dafür und zur Illustration möchte ich den vorgeschlagenen Passus nennen, nach dem es künftig möglich sein soll, **Rektoratsmitglieder** während ihrer ohnehin zeitlich begrenzten Amtszeit auch noch abzuwählen - zwar mit einem hohen Quorum. Aber das ist nicht der entscheidende Punkt. Der schädliche Aspekt dieser **Abwahlmöglichkeit** ist das Drohpotential, das man damit entwickeln kann. Das ist nicht dazu geeignet, im Rektorat wirklich mutige Entscheidungen zu treffen. Deshalb schaden Sie auch damit dem Standort Schleswig-Holstein im Hochschulbereich.

Zum Schluss möchte ich noch auf einen Punkt zu sprechen kommen. Uns ist ja vorgeworfen worden, wir hätten uns nicht mit konkreten Vorschlägen beteiligt. Das ist natürlich nicht richtig. Wir haben der Öffentlichkeit und auch Ihnen, Herr Weber, ein Thesenpapier vorgestellt, in dem wir uns dazu geäußert haben, wie wir uns die Grundlinien einer Reform des Hochschulgesetzes vorstellen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eine Rolle rückwärts!)

Wir lehnen den vorliegenden Gesetzentwurf nämlich aus systematischen Gründen ab; wir halten ihn komplett für falsch - auch in der Richtung für falsch - und haben dargelegt, in welcher anderen Richtung wir operieren wollen. Das Ziel muss sein, eine echte Autonomie der Hochschulen zu schaffen. Das bedeutet eben nicht nur Freiräume in der Finanzverwaltung, sondern es bedeutet auch sehr viel mehr Freiräume und Gestaltungsspielräume in der internen Organisation. Wir haben dazu unsere Vorschläge gemacht.

Denn eines ist auch klar: Wenn wir die Eigenentfaltung und Eigenverantwortung der Hochschulen fördern wollen, dann müssen wir einen hochschulpolitischen Rahmen stecken, der diese Entfaltung auch möglich macht. Das bedeutet, dass wir einen großen Resonanzkörper zur Verfügung stellen müssen und nicht ein Hochschulgesetz im Setzkastenformat, wie Sie es gemacht haben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir werden heute also das letzte große Gesetzesvorhaben dieser Legislaturperiode verabschieden, die Strukturreform der Hochschulen in unserem Land. Herr de Jager hat es bereits gesagt. In diesem Punkt sind wir uns einig. Wir stellen die Weichen für die dynamische Weiterentwicklung der Hochschulen hin zu größerer Eigenverantwortung, mehr Demokratie in der inneren Verfasstheit der Hochschulen, effizienter Nachwuchs- und Frauenförderung, der Internationalisierung von Studienabschlüssen, besserem Qualitätsmanagement und einer größeren sozialen Chancengleichheit für die Studierenden.

Dieses - wie ich finde - gelungene Gesetz ist auch ein Beispiel für die qualifizierte Sacharbeit der Regierungsfractionen. Gern hätte ich an dieser Stelle gesagt, „für die qualifizierte Sacharbeit des ganzen Landtages“, aber leider hat sich die Opposition völlig und fundamentalistisch der Mitgestaltung der zukünftigen Hochschullandschaft in Schleswig-Holstein verweigert. Die F.D.P. hat gleich voll und ganz auf eigene Ideen verzichtet - jedenfalls hat sie sie uns nicht mitgeteilt -, Herr de Jager hat sich gerade noch

(Irene Fröhlich)

aufrufen können, ein paar Anträge zur Verteidigung des Übergewichts der Professoren in den Universitäts-gremien vorzulegen. Das war es dann auch schon. So viel also zur Ernsthaftigkeit des Interesses der Oppo-sition an den Zukunftsfragen unseres Landes!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Wie verträgt sich eigentlich Ihre Ankündigung, Kolle-ge de Jager, die CDU werde das heute zu verabschie-dende Gesetz nach ihrer möglichen - ich halte dies zwar für unmöglich, aber Sie sind da wohl anderer Meinung - Regierungsübernahme ohnehin wieder aufheben, mit Ihrer Forderung nach Deregulierung und einem schlanken Staat? Dieses Hochschulgesetz ist die Grundlage für globalisierte Haushalte und deutlich mehr Autonomie für die Hochschulen.

(Thomas Stritzl [CDU]: Doch nicht so eines!)

Wollen Sie das den Hochschulen wieder wegnehmen? Ich kann mir das nicht vorstellen. Ich kann mir vor allen Dingen auch gar nicht vorstellen, dass die sich das so einfach wegnehmen lassen.

(Thomas Stritzl [CDU]: Ja, ja!)

Die Fraktionen von SPD und Grünen haben sich ernst-haft und intensiv mit dem Gesetzentwurf beschäftigt und sehr lange Zeit auf die Beratungen verwendet. Wir haben 44 Änderungsanträge eingebracht, mit denen wir zahlreiche Anregungen aus den beiden Anhörun-gen aufgenommen haben. Ich möchte mich bei dieser Gelegenheit auch sehr herzlich bei allen Teilnehme-rinnen und Teilnehmern bedanken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und SPD)

Sie haben uns viele wertvolle Hinweise gegeben, in-teressante und auch pointierte Stellungnahmen vorge-tragen und sehr konstruktive Vorschläge gemacht. Wir konnten nicht alle guten Vorschläge übernehmen, oft aus finanziellen Gründen oder wegen rechtlicher Be-denken und auch deshalb nicht, weil das Gesetz nicht zu kompliziert werden soll.

Wir haben zum Beispiel davon Abstand genommen, kollegiale Institutsleitungen aus Vertretern aller Grup-pen zu bilden, wie es einzelne Verbände gefordert haben. Ebenso lassen wir die Instituts- und Fakultäts-struktur der Kieler Universität unangetastet, obwohl sie uns in einigen Punkten unpraktisch erscheint. Wir hoffen, dass die zunehmende Eigenverantwortung dazu führt, dass hochschulintern effizientere Strukturen vorgeschlagen und eingerichtet werden. Die Voraus-setzungen dafür schaffen wir heute mit der Verab-schiedung dieses Gesetzes.

Danken möchte ich auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für ihre engagierte und sachkundige Begleitung der Beratungen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mir ist bewusst, welche enorme Arbeitsbelastung eine so intensive und detaillierte Beratung eines Gesetzes für alle Beteiligten bedeutet. Gerade wegen dieser ausführlichen Beratungen im Bildungsausschuss, der umfassenden und anregenden Anhörungen fehlt mir - ich muss das leider sagen - jedes Verständnis für den Brief von Herrn Professor Haensel. Ich finde es beina-he ein bisschen peinlich,

(Thomas Stritzl [CDU]: Das spricht aber
nicht gegen Herrn Haensel!)

dass dem Rektor der Kieler Universität offensichtlich die Grundsätze der Gewaltenteilung und die Gepflo-genheiten parlamentarischer Beratungsverfahren nicht ganz vertraut sind. Dieser Eindruck drängt sich mir jedenfalls auf, wenn er kritisiert, dass die 44 Ände-rungsanträge erst nach der Anhörung eingebracht wur-den. Ja - so frage ich mich -, wann denn sonst? Offen-sichtlich sollen nach einem bestimmten Demokratie-verständnis Regierungsfaktionen eine Vorlage der Landesregierung kritiklos durchwinken und Anhörun-gen der Betroffenen nur pro forma stattfinden.

Wenn ich es richtig gehört habe, ist Herr Professor Haensel ein Berater von Volker Rühle.

(Günter Neugebauer [SPD]: Was? - Mein-hard Füllner [CDU]: Was?)

Bedeutet das, dass das in der CDU Ihr Verständnis von Parlamentsarbeit ist? Das möchte ich dann schon gern wissen.

(Meinhard Füllner [CDU]: Das wüssten wir
aber!)

Auf ein - ich sage es einmal freundlich - antiquiertes Demokratieverständnis lassen auch die sonstigen Äu-ßerungen der CDU schließen. Als qualifizierte Ent-scheidungsträger in Forschung, Lehre und Ausbildung, die zur Leitung einer Hochschule kompetent sind, sieht die Opposition offensichtlich allein die Professoren in Lebenszeitstellung an.

Dies halte ich - ehrlich gesagt - für eine Karikatur dessen, was Hochschule heutzutage sein kann.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Erfahrungen und Kenntnisse der übrigen Dozen-ten, der wissenschaftlichen und der nichtwissenschaft-lichen Beschäftigten und der Studierenden will die CDU außen vor lassen. Sie dürfen in den Univer-

(Irene Fröhlich)

sitätsgremien gerade noch mitreden, wirklich mitbestimmen sollen sie nicht.

So haben wir zum Beispiel vorgeschlagen, dass eine Hochschule selbst entscheiden kann, ob sie mehrere Prorektoren haben möchte, maximal jedoch drei. Wenn sie sich dafür entscheidet, dann kann sie weiterhin festlegen, dass eine dieser Prorektoren oder einer dieser Prorektoren aus dem Kreise der Beschäftigten oder der Studierenden kommen kann. Wie viel Verantwortungslosigkeit unterstellt man eigentlich den Mitgliedern des **Senats und des Konsistoriums**, wenn dieser vorsichtigen Öffnung des Leitungsgremiums der Hochschule entgegengehalten wird, dann könne ja auch jeder Hausmeister Prorektor werden. - Ja, das ist möglich, wenn die Hochschule das will, wenn der Senat ihn mit Zweidrittelmehrheit vorschlägt und wenn das Konsistorium ihn wählt. Wenn der Hausmeister alle diese Hürden genommen hat: Warum sollten wir das der Hochschule dann gesetzlich verbieten?

So wie ich übrigens Hausmeister kenne, besitzen sie oft genau die notwendige Portion Lebensklugheit und praktische Intelligenz, die auch Hochschulen nicht schaden kann.

(Heiterkeit bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch aus der drastischen Kritik an der neu eingeführten Möglichkeit, dass das Konsistorium mit Dreiviertelmehrheit - dies den „Kieler Nachrichten“ vielleicht noch einmal ins Ohr: mit Dreiviertelmehrheit! - ein Mitglied des Rektorats abwählen kann - nicht mit einer Zweidrittelmehrheit, wie fälschlicherweise dort hartnäckig berichtet wurde - beziehungsweise der Fachbereichskonvent Dekane oder Prodekane, spricht für mich für mangelndes Demokratieverständnis.

Dem Landtag ist es möglich, die Ministerpräsidentin mit einem konstruktiven Misstrauensvotum mit einfacher Mehrheit abzuwählen. Warum ist es - Originalton aus dem CAU-Rektorat - „unerträglich“, dass das Parlament einer Hochschule, das Konsistorium, einen Rektor oder einen Prorektor oder den Kanzler mit - wohlgemerkt - Dreiviertelmehrheit abwählen kann?

(Günter Neugebauer [SPD]: Unglaublich!)

Dieses hohe Quorum schützt den hochschulpolitischen Spielraum des Rektors. So wird das Prinzip starker Leitung mit starker innerer demokratischer Kontrolle verwirklicht.

Im übrigen, Herr de Jager, auch das CDU-regierte Baden-Württemberg lässt die Abwahl eines Rektoratsmitgliedes zu -

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

hören Sie gut zu! - mit lediglich einer Zweidrittelmehrheit.

Ich will Ihnen nun, meine Damen und Herren, nicht vorenthalten, wie das Studierendenparlament der CAU, das drei Viertel der Universitätsmitglieder repräsentiert, den Brief des von mir bereits zitierten Rektors, Prof. Haensel, bewertet. Ich zitiere aus einem Schreiben des Studierendenparlaments:

„Es verwahrt sich mit Nachdruck gegen diese unzulässige Vereinnahmung durch den Rektor und fordert ihn auf, künftig die Lobbyarbeit für die Gruppe der Professoren nicht mit der Interessenwahrung der gesamten Universität zu vermengen.“

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Meinhard Füllner [CDU]: Was wahr ist, muss wahr bleiben!)

So heißt es in einer gestern beschlossenen Resolution.

Ich zitiere das hier, um deutlich zu machen, dass die Hochschule aus mehreren Gruppierungen besteht und dass es uns wichtig ist, die Gesamtheit der Hochschule zu erfassen und zu begreifen und auch zu repräsentieren -

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

ganz davon abgesehen, dass Hochschule in Schleswig-Holstein natürlich zum Glück längst mehr ist als die CAU in Kiel.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Aber man soll die konservative Kritik natürlich auch nicht überbewerten. Einige Hochschulleitungen sehen in der demokratischen und - soweit verfassungsrechtlich möglich - gleichberechtigten Mitbestimmung aller Hochschulangehörigen eine Chance. Prof. Block von der Fachhochschule Westküste hat dazu zum Beispiel folgende Worte gefunden: „Meine Hochschule hat die Drittelparität nicht abgelehnt. Wir haben keine Angst vor unseren Studierenden.“

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Durch diese **Drittelparität** erhalten die Studierenden mehr Einfluss auf die Wahl des Rektorats. Da der professoral dominierte Senat das Vorschlagsrecht hat - meine Damen und Herren, das ist sehr wichtig für alle Leute, die damit liebäugeln, hier vielleicht das

(Irene Fröhlich)

Verfassungsgericht zu bemühen! -, bleiben die Rechte, die das Verfassungsgericht 1973 den Professoren zugesprochen hat, unangetastet.

Dies gilt auch für den Fachbereichskonvent.

Wir haben allerdings den Spielraum, den das Verfassungsgericht gelassen hat, maximal ausgenutzt und die Mehrheit der Professoren von bisher zwei Sitzen auf einen Sitz reduziert. Auch mit dieser Maßnahme verbessern wir die Mitbestimmungsrechte der Studierenden und der Beschäftigten in den Fachbereichen - also dort, wo konkret über Berufungsvorschläge und Prüfungsordnungen entschieden wird.

Aus grüner Sicht ist das ein wichtiger Schritt. Abgeschafft wird das antiquierte Vorrecht der Professoren, auch dann im Konvent über Personalfragen mit abzustimmen, wenn sie diesem Gremium gar nicht angehören.

Mehr Demokratie in der inneren Verfasstheit ist die notwendige Voraussetzung für die Eigenverantwortlichkeit der Hochschulen, dem zweiten Schwerpunkt der Reform. Das neue Hochschulgesetz erweitert den Autonomiespielraum der Hochschulen erheblich. Zum ersten Mal werden für einen ganzen Bereich der Landespolitik Globalbudgets gesetzlich verankert. Im Rahmen der Globalhaushalte und der zwischen den Hochschulen und der Landesregierung abgeschlossenen Zielvereinbarungen können sie selbst über die Verwendung ihrer Mittel entscheiden. Das Parlament überträgt den Hochschulen damit einen Teil seiner Budgethoheit. Mit diesem Schritt verfolgen wir drei Ziele - Herr de Jager, hören Sie noch einmal zu; ich mache den Versuch, Ihnen das mit den Zielvereinbarungen noch einmal zu erklären -:

(Zurufe von der CDU)

Die Hochschulen und ihre Fachbereiche sollen - erstens - schnell Entscheidungen treffen können, um flexibel auf die wachsenden Anforderungen der Wissensgesellschaft zu reagieren; sie sollen - zweitens - längerfristig eigenverantwortlich planen, um ihre Stärken gezielt auszubauen und ihr wissenschaftliches Profil zu schärfen; sie sollen - drittens - über die Verwendung der Ressourcen direkt vor Ort entscheiden können, um die knappen Haushaltsmittel bewusst und effizient einsetzen zu können.

Die **Zielvereinbarungen** gehören verfassungsrechtlich zur Sphäre der Exekutive und werden deshalb zwischen Ministerium und Hochschulen abgeschlossen. Der Landtag, das Parlament, hat allerdings in seinem Beschluss vom Dezember 1998 bereits deutlich gemacht, dass er auch bei Anwendung neuer Steuerungsinstrumente, also Budgetierung und outputorien-

tierte Steuerung, an seinem Anspruch auf Mitgestaltung und Mitbestimmung festhält.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Auf Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD wurde damals beschlossen, dass im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung vor der Budgetierung einzelner Bereiche Zielvereinbarungen zwischen Parlament und Landesregierung abzuschließen sind. Das hat dieser Landtag mit Mehrheit beschlossen. Deswegen halten wir uns daran.

Der Wunsch, beim Abschluss der Zielvereinbarungen mit den Hochschulen nicht außen vor zu bleiben, wurde übrigens auch im Bildungsausschuss fraktionsübergreifend, also auch über die Regierungsfaktionen hinaus - ich kann mich an Herrn Klug noch gut erinnern -, deutlich. Ich habe dort ja auch angekündigt, dass wir heute einen entsprechenden Entschließungsantrag vorlegen würden.

(Jost de Jager [CDU]: Den haben Sie heute vorgelegt!)

Die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN legen daher heute begleitend zum Hochschulgesetz einen Antrag vor, mit dem einerseits ein Verfahren für die zukünftige Beteiligung des Parlaments vor Aufnahme der Verhandlungen der Landesregierung mit den Hochschulen festgelegt werden soll und als Grundlage dafür soll der Landtag zukünftig alle zwei Jahre im Frühjahr über die strategischen Zielsetzungen für die Hochschulpolitik des Landes beschließen.

Über die Umsetzung dieses Beschlusses und die Erfüllung der Zielvereinbarungen wird dem Landtag dann jährlich berichtet. Dieser Bericht wiederum ist die Grundlage für die Festsetzung des Globalbudgets für die Hochschulen im Rahmen der jährlichen Haushaltsberatungen.

In die Erläuterungen des Haushalts werden die vom Landtag beschlossenen strategischen Zielsetzungen der Hochschulpolitik und die Zielvereinbarungen mit den Hochschulen aufgenommen.

In dem Entschließungsantrag sind weiterhin die strategischen Ziele für die Hochschulpolitik für das Jahr 2000 benannt, also nicht im Sinne eines Hochschulplanes, den man dann für mehrere Jahre macht. Das ist das alte Instrument; wir brauchen jetzt neue Instrumente. Wir brauchen dem Haushaltsjahr und dem Budgetierungsjahr angepasste Instrumente. Das ver-

(Irene Fröhlich)

suchen wir jetzt zu schaffen. Ich denke, es ist uns gelungen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ulf von Hiemcrone [SPD])

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind dabei die Frauenförderung beim Personal, beim wissenschaftlichen Nachwuchs, den Studierenden und die weitere Absicherung der frauenbezogenen Forschung ein besonderes Anliegen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

- Ja, leider kann sich hier an den Hochschulen ja niemand mit Ruhm bekleckert fühlen, weil das alles ein trauriges Kapitel ist. Inzwischen sind die Banken so weit, dass sie in die Nähe von 30 % bei weiblichen Führungskräften kommen. Die Hochschulen im gesamten Land - so glaube ich - könnten sich samt und sonders davon gern eine Scheibe abschneiden.

Dann zur ökologischen Forschung! Ökologische Forschungs- und Lehrinhalte sollen ein Schwerpunkt der Arbeit der Hochschulen sein.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Dabei kommt dem Agrarbereich die besondere Bedeutung zu, ökologische Landwirtschaft nun endlich auch als Studienfach an der Hochschule anzusiedeln.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Über diesen Antrag möchten wir nicht heute entscheiden, denn uns ist völlig klar, dass das mit einer solchen Tischvorlage gar nicht geht. Das ist aber auch gar nicht unser Ansinnen. Wir wollen, dass darüber in allen Fraktionen ausführlich beraten werden kann, und dann möchten wir uns im Bildungsausschuss darüber auseinander setzen. Vielleicht finden wir einen gemeinsamen Weg. Im Dezember können wir dann darüber gemeinsam mit dem Haushalt und dem ersten Globalbudget für die Hochschulen beschließen. Das scheint mit ein praktikabler Weg zu sein. Ich hoffe dann auch auf die Zustimmung weiterer Kollegen dieses Hauses.

Das hätte ich mir auch für das Hochschulgesetz gewünscht. Mit ihm schaffen wir eine gute Grundlage für die Positionierung unserer Hochschulen im zunehmenden Wettbewerb. Das wäre ein gutes Zeichen nicht zuletzt auch für die Studierenden gewesen, die heute in der Zeitung allen Verantwortlichen für diesen Schub nach vorn ihren Dank aussprechen. Aber gut, man kann nicht alles haben. Trotz der Verweigerungshaltung der Opposition wird der Landtag heute die Si-

gnale für mehr Autonomie und mehr Demokratie für unsere Hochschulen auf Grün stellen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Klug.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach welchen Kriterien die rot-grüne Koalition in Schleswig-Holstein Hochschulpolitik betreibt, hat der Abgeordnete Jürgen Weber in den „Kieler Nachrichten“ vom 13. November des Jahres mit bemerkenswerter Offenheit kundgetan. Mit Blick auf den „Unmut“, der in der SPD-Landtagsfraktion angesichts der „harschen Kritik“ des Kieler Uni-Rektorats an der Hochschulgesetznovelle aufgekommen sei, heißt es in diesem „KN“-Artikel:

„Es gebe deshalb in der Fraktion Überlegungen, einen Teil der zusätzlichen 4 Millionen Mark auf der Nachschiebeliste des Haushaltes, die für die Universität gedacht sind, auf reformfreundlichere Hochschulen umzuverteilen“.

Das ist die Selbst-Demaskierung von Herrschenden, die kritische Einwände als Majestätsbeleidigung empfinden

(Widerspruch bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und deshalb daran denken, Landesmittel gegen politisches Wohlergehen zu verteilen.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU - Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Das ist die Selbst-Demaskierung von Herrschenden, die damit zeigen, dass sie von der Bedeutung funktionsfähiger Hochschulen für die Zukunft unseres Landes so wenig verstehen wie ein Schaf von der Relativitätstheorie.

(Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die haben Sie doch auch nicht verstanden! - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nun bleiben Sie mal auf dem Teppich! - Weitere Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren von der SPD, mit solchen Androhungen wollen Sie die Professoren treffen, Sie treffen aber doch die Studierenden etwa der Volks-

(Dr. Ekkehard Klug)

wirtschaftslehre oder anderer Fächer, deren Professorenstellen

(Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

angesichts solcher Kürzungsandrohungen nicht wieder besetzt werden können und die deshalb kein ordnungsgemäßes Studium mehr an den Hochschulen des Landes erwarten können.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Zurufe von der SPD)

Das ist die Selbst-Demaskierung einer hochmütig und selbstgerecht gewordenen Staatspartei SPD, die sich inzwischen meilenweit von den Anfängen ihrer Regierungsarbeit entfernt hat. Ich zitiere den damaligen Ministerpräsidenten Björn Engholm, der Ende 1989 in einer bemerkenswerten Grundsatzrede vor der Evangelischen Akademie in Bad Segeberg - das ist zehn Jahre her -

(Holger Astrup [SPD]: Ich habe nachgerechnet, das stimmt!)

ausgeführt hat:

„Politik ist nicht omnipotent, darf nicht omnipotent sein und auch nicht so tun, als sei sie es. ... Ein Stück Zurückdrehen des manchmal überbordenden politischen Prozesses gehört für mich zu einer guten Zukunft Schleswig-Holsteins, Bürger sind in diesem Denken keine Untertanen, wir Politiker sind keine Fürsten.“

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ist ja gut, ist ja gut! Heiliger Sankt Björn! Und wie hat sich die F.D.P. dazu gestellt?)

Schöne Worte - zehn Jahre ist es her. Heute favorisiert die SPD den kurzen politischen Prozess mit einer Universität, deren Rektorat die von ihm erwartete Untertanenrolle im neuen sozialdemokratischen Obrigkeitsstaat nicht auszufüllen bereit ist.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Holger Astrup [SPD]: Gut gebrüllt und jetzt zu den Ausführungen!)

Armes Schleswig-Holstein,

(Widerspruch bei der SPD)

wie tief bist du unter dieser selbstgefälligen SPD inzwischen gesunken!

Dabei ist der Gegenstand, an dem sich zuletzt die Kritik der Uni-Rektorate von Kiel und Lübeck entzündet hat, bemerkenswert genug. In den Änderungsanträ-

gen, die SPD und Grüne zuletzt noch in die Ausschussberatung - kurz vor Abschluss der Beratung - eingespeist haben, feiern Alt-68-er-Spinnereien fröhliche Urständ. Hier bestätigt sich, was der Kieler SPD-Bundestagsabgeordnete Hans-Peter Bartels am 25. August im „Hamburger Abendblatt“ festgestellt hat: „Die schleswig-holsteinische SPD ist programmatisch auf dem Stand der siebziger Jahre“.

Ohne jegliche Rücksicht auf das Ansehen und die Attraktivität unseres Landes als Hochschul- und Wissenschaftsstandort wollen SPD und Grüne durchsetzen, dass künftig auch Studierende, nichtwissenschaftliche Mitarbeiter oder wissenschaftliche Mitarbeiter ohne Professorenstatus zu Prorektoren gewählt werden können.

(Ursula Röper [CDU]: Was will eigentlich die F.D.P.?)

Sie machen damit die schleswig-holsteinische Hochschulpolitik weit über die Landesgrenzen hinweg zum mitleidigen Gespött all jener, die solche Rückfälle in Alt-68-er-Spinnereien bislang nur als Gegenstand satirischer Romane - wie zum Beispiel in „Der Campus“ - für denkbar hielten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Sie widersprechen im Übrigen Ihrer eigenen Ankündigung - zum Beispiel in der Begründung des vorliegenden Gesetzentwurfs vom April 1999 nachzulesen -, die Hochschulleitungen stärken zu wollen, indem Sie nun auch die Rektorate im Ansatz zu gemischt zusammengesetzten Gremien einer Gruppenuniversität machen und indem Sie sie durch neue Abwahlvorschriften tendenziell nachhaltig schwächen.

Was hier stattfindet, ist ein weiterer Schritt in die Richtung auf - ich möchte es einmal so bezeichnen - eine „Landwirtschaftskammerisierung“ der Hochschulen.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

In der Hoffnung, auf diese Weise eine ihrer hochschulpolitischen Linie genehmere Zusammensetzung und Ausrichtung der Hochschulleitungen zu erwirken, drehen SPD und Grüne ohne Rücksicht auf die Handlungsfähigkeit und den Ruf unserer Hochschulen an der Hochschulgesetzgebung.

Wir Liberalen lehnen den vorliegenden Gesetzentwurf daher prinzipiell ab.

(Beifall bei der F.D.P. - Holger Astrup [SPD]: Sagen Sie F.D.P. und lassen Sie das Liberal weg!)

(Dr. Ekkehard Klug)

Wir kündigen an, dass wir die kritisierten Vorschriften des Gesetzes unmittelbar nach der Landtagswahl vom 27. Februar 2000 wieder aufheben werden,

(Holger Astrup [SPD]: Als außerparlamentarische Opposition oder wie?)

um dann gemeinsam mit den Hochschulen sinnvolle und zukunftsgerichtete Reformschritte zu entwickeln.

(Beifall bei der F.D.P. - Zurufe der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Für die Anpassung des Landeshochschulgesetzes an das Hochschulrahmengesetz haben wir bis zum August 2001 Zeit. Diese Frist brauchen wir nicht einmal auszuschöpfen, um dann in der kommenden Wahlperiode ein echtes Reformgesetz zu verabschieden.

Herr Kollege Astrup, zu den Teilen der HSG-Novelle, die wir nach wie vor ablehnen, gehört auch die von Ihnen vorgesehene **Drittelparität** im Konsistorium der Universität.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Schwerpunkt unserer künftigen Hochschulreform muss aber die Befreiung der Hochschulen von staatlicher Gängelung sein.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist daran eigentlich liberal, Herr Kollege Klug?)

- Frau Kollegin Fröhlich, ich nenne dazu folgende Beispiele: Studien- und Prüfungsordnungen sollen Hochschulen in eigener Verantwortung erlassen können, das heißt ohne Genehmigungsvorbehalt des Staates, will sagen, ohne Genehmigungsvorbehalt der Kultusbürokratie. Professorinnen und Professoren sollen sie berufen können, ohne dass die Ministerien im Personalverfahren von der Stellenausschreibung bis zur Ernennung mitreden. Sie sollen über einen ausreichend dotierten Globalhaushalt mit mehrjähriger Planungssicherheit und Übertragbarkeit der Mittel verfügen, statt in das Korsett eines kameralistischen Haushaltswesens eingezwängt zu sein. Ich komme nachher noch auf das, was in der Praxis aufgrund Ihrer HSG-Novelle jetzt stattfinden wird, im Einzelnen zurück.

Einer der Kritikpunkte am vorliegenden Gesetzentwurf der Landesregierung, der auch im Rahmen der Anhörung wiederholt zur Sprache gebracht worden ist, lautet, dass die mit der Neufassung des Hochschulrahmengesetzes verbundenen Möglichkeiten zu einer konsequenten **Deregulierung** im Hochschulbereich, das heißt zu einer Befreiung der Hochschulen von vielfältigen staatlichen Eingriffen, nicht nur nicht aus-

geschöpft worden sind, sondern dass dieses Ziel durch viele neue Vorschriften des Landeshochschulgesetzes sogar konterkariert wird.

Welches Denken demgegenüber nach wie vor im Kieler Wissenschaftsministerium vorherrscht, ist mir in der vergangenen Woche in einem Gespräch mit dem Rektor der Bildungswissenschaftlichen Hochschule Flensburg deutlich geworden, als ich zu meinem großen Erstaunen hören musste, dass die Hochschulabteilung des Ministeriums der Flensburger Uni rechtliche Schritte gegen deren neues Logo angedroht habe. Es geht um das schöne graphische Symbol mit dem U und der Umschrift „Universität Flensburg“. Das gefällt der Hochschulabteilung anscheinend nicht. Ich frage Sie, meine Damen und Herren, hat der Landtag nicht bereits in der vergangenen Wahlperiode der Bildungswissenschaftlichen Hochschule Flensburg die Zusatzbezeichnung „Universität“ verliehen? Was geht eigentlich in einem Ministerium vor, das sich mit derartigen wissenschaftsbürokratischen Albernheiten beschäftigt wie mit der Genehmigung eines Logos auf dem Briefkopf einer Universität?

(Vereinzelter Beifall bei F.D.P. und CDU)

Völliger Schwachsinn! Und daran wird deutlich, Frau Erdsiek-Rave, dass in Ihrem Haus bei Ihren Mitarbeitern nach wie vor ein staatliches Regulierungsdenken vorherrscht.

Ein anderes Beispiel zur Umsetzung beziehungsweise Nichtumsetzung neuer Vorschriften des Hochschulrechts: Die HSG-Novelle ermöglicht - wie Sie wissen - neue Abschlüsse wie „Bachelor“ und „Master“.

Statt den Hochschulen Freiräume bei der Etablierung solcher neuen Studiengänge zu geben, betreibt das Ministerium auch hier in altgewohnter Weise Detailsteuerung.

Am 3. November habe ich vom Rektor der Fachhochschule Kiel erfahren, das Ministerium wolle neue **Bachelor-Studiengänge** generell nur dann genehmigen, wenn dafür bisherige Diplom-Studiengänge wegfallen. Die Fachhochschule Kiel hingegen möchte beide Studiengänge parallel anbieten. Abgesehen davon, dass ich dies für sehr vernünftig halte, sehe ich überhaupt keinen Grund für die genannten Vorbehalte des Ministeriums und die Eingriffe in das Entscheidungsverfahren der Hochschule.

Auf meine Frage nach der zu erwartenden Akzeptanz der neuen berufsqualifizierenden Abschlüsse Bachelor und Co. hat der Generalsekretär der Hochschulrektorenkonferenz in der Anhörung im Bildungsausschuss festgestellt - Frau Fröhlich, Sie waren dabei -,

(Dr. Ekkehard Klug)

eine Prognose darüber wage er nicht abzugeben. Gerade angesichts solcher auch von Fachleuten eingeräumten Unsicherheiten wäre es doch völliger Unfug, bewährte Diplom-Studiengänge bei der Einführung der neuen Abschlüsse so mir nichts dir nichts in den Papierkorb zu werfen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich gebe zu, ich persönlich bin, was diese neuen Studiengänge angeht - da unterscheide ich mich ein wenig von dem Kollegen de Jager -, eher skeptisch und rate zu einer vorsichtigen Strategie. Dazu möchte ich die folgenden Anmerkungen machen.

(Zuruf der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Erstens: Eine Kannibalisierung bewährter Diplom-Studiengänge zugunsten neuer sechssemestriger Abschlüsse, deren Akzeptanz auf dem Arbeitsmarkt heute niemand voraussagen kann, wäre das Dümme, was man tun könnte.

Zweitens: Die neuen Studiengänge sind bereits hochschulrechtlich verankert worden, bevor man in der KMK überhaupt wusste und sich dort darüber geeinigt hatte, wie sie konzeptionell gestaltet werden sollen. Solche Sturzgeburten bedürfen oft besonderer Pflege und Betreuung, bis sie lebensfähig werden.

Drittens: Es gibt Beispiele dafür, dass die neuen BA-Studiengänge an manchen Hochschulen nichts anderes sind als leicht retuschierte, etwas abgespeckte Diplom- oder Magister-Studiengänge. Ich frage: Was soll das eigentlich?

Viertens: Die Münchener TU-Professorin Jean K. Gregory hat im vergangenen Jahr in einem sehr bemerkenswerten Vortrag an der Kieler Universität ausgeführt, dass der Bachelor of Science-Grad in den USA nur insoweit berufsqualifizierend sei, als man „damit irgendeinen Job bekommt, zum Beispiel als Aufseher in einer Fabrik“. Wer als Ingenieur tätig werden wolle, von dem werde in den Staaten der Master of Science verlangt. Damit aber entfielen de facto - denke ich - auch der Zeitvorteil eines kurzen Bachelor-Studienganges.

Fünftens: Aus Großbritannien wird berichtet, dort seien die Immatrikulationen für Bachelor of Science-Studiengänge 1998 und 1999 um mehr als 80 % zurückgegangen, weil sich immer mehr Studierende für den höherwertigen Master-Studiengang einschreiben. Da in Deutschland der Master-Studiengang nur als Aufbaustudiengang auf einen vorher erreichten Bachelor-Abschluss zugelassen wird, käme - wenn es bei uns eine ähnliche Entwicklung gäbe - am Ende durch ein Treppchen-Verfahren eher eine Verlängerung der

Gesamtstudienzeit zustande. Auch das spricht nach meiner Auffassung zunächst einmal für eine gewisse gesunde Skepsis.

Letzter Punkt: Wenn man damit schon die Internationalisierung von Abschlüssen anstrebt, Frau Ministerin, dann frage ich mich, warum die KMK für diese neuen Studiengänge nur ein nationales Akkreditierungsverfahren - und nicht etwa ein internationales Akkreditierungsverfahren - beschlossen hat. Auch dies ist wieder eine Reform mit manchen Fragezeichen.

Grundsätzliche Übereinstimmung haben wir sicherlich darüber, dass die Hochschulen mit Globalhaushalten und neuen Verfahren der Bewirtschaftung von Haushaltsmitteln Freiräume erhalten sollen, die sie vom Korsett einer kameralistischen Haushaltspraxis befreien. Was die amtierende Landesregierung hier in der Praxis zustande gebracht hat, läuft dem Grundgedanken einer gestärkten Hochschulautonomie im Finanzbereich und einer neuen Form der Finanzkontrolle absolut zuwider.

Es ist widersinnig, den Hochschulen mit der vorliegenden HSG-Novelle die Einführung beispielsweise einer neuen **Kosten- und Leistungsrechnung** - die auch wir im Prinzip wollen - jetzt mit Inkrafttreten des Gesetzes vorzuschreiben, aber gleichzeitig durch das Ministerium mit den Hochschulen des Landes Zielvereinbarungen zu entwickeln, in denen - das gilt auch für mir vorliegende Entwürfe des Ministeriums - die Einführung einer Kostenrechnung erst ab 2001 festgeschrieben wird, wobei dann auch noch der Vorbehalt formuliert wird - ich zitiere aus dem Zielvereinbarungsentwurf des Ministeriums für die Universität Kiel, Seite 18 b -:

„Voraussetzung dafür ist, dass das Land entsprechende Verfahren im Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen zur Verfügung stellt.“

Im Klartext heißt das doch: Es wird eine gesetzliche Vorschrift eingeführt, deren Anwendung und Umsetzung erst mit einem erheblichen zeitlichen Abstand vom Inkrafttreten des Gesetzes in Aussicht genommen wird - und das auch noch abhängig von der zurzeit offenbar noch ungewissen Gewährleistung technischer beziehungsweise organisatorischer Voraussetzungen.

„Suboptimalen Gesetzesvollzug“ hat so etwas einmal der frühere Innenminister Dr. Hans Peter Bull in einem anderen Zusammenhang genannt. Von ordentlicher Gesetzesarbeit habe ich jedenfalls eine andere Vorstellung.

(Dr. Ekkehard Klug)

Hinzu kommt, dass die von der Landesregierung dem Landtag im Haushalt vorgeschlagene und den Hochschulen in den Entwürfen für Zielvereinbarungen in Aussicht gestellte finanzielle Dotierung der Globalbudgets offenbar völlig unzureichend ist, um das Forschungs- und Lehrangebot im erwarteten und erforderlichen Umfang sicherzustellen.

In den Haushalten vieler **Hochschulen** klaffen Lücken in Millionenhöhe und die Regierung ist nicht bereit, gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit Rechenschaft über die Konsequenzen dieser **Unterfinanzierung** abzulegen.

Im Dreieckverhältnis zwischen Hochschulen, Parlament und Ministerium spielt die Regierung - das muss ich einfach feststellen - mit verdeckten Karten. Sie behauptet schlicht, die Zahlen der Hochschulen seien nicht zutreffend. Dabei hat es in der Vergangenheit allzu oft Belege dafür gegeben, dass die Positionen und die Vorbehalte der Hochschulen stimmen. Ich erinnere an die im Juni dieses Jahres von der Universität Kiel beschlossene Notbewirtschaftungsmaßnahme wie etwa die Verdoppelung der Wiederbesetzungssperre von vier auf acht Monate und andere Notbewirtschaftungsmaßnahmen, die man, um den Haushalt dieses Jahres noch in den Griff zu bekommen, durchführen musste.

An der Kieler Universität waren - Stand Juli 1999 - ausweislich eines Umdrucks der Landesregierung 38 Professuren nicht besetzt. Bei insgesamt 338 Professorenstellen - ohne Medizin - ist dies, wie ich meine, ein enorm hoher Anteil.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau übernimmt den Vorsitz)

Erst kürzlich erreichten uns viele Briefe von Studierenden der Volkswirtschaftslehre. Ich nehme an, auch andere Fraktionen haben diese Briefe erhalten. Diesen Briefen konnten wir entnehmen, dass in diesem Fach im Laufe der kommenden zwölf Monate durch neue Vakanzen enorme Engpässe auftreten werden. Es steht zu befürchten, dass ab Frühjahr 2001 - wie Sie wissen, ist das nicht allzu weit entfernt und es ist vor allem die Zeit, die man mindestens braucht, um ein Wiederbesetzungsverfahren abzuschließen - nur noch zwei Professoren für die Betreuung von über 600 Studierenden im Fach Volkswirtschaftslehre vorhanden sind. Das ist, gemessen an den hohen Ansprüchen, etwa an Ihren Grundsätzen für Zielvereinbarungen, die im Entschließungsantrag fixiert sind, die Qualität der Lehre und des Studiums zu verbessern, unvereinbar mit dem, was Sie hier in schönen Deklarationen vorlegen und - wenn man die Realität an den Hochschulen betrachtet - absolut hohl.

(Beifall bei F.D.P. und CDU und der Abgeordneten Dr. Adelheid Winking-Nikolay [fraktionslos] - Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Ich fordere die derzeitigen Mehrheitsfraktionen auf: Verschließen Sie vor solchen dramatischen Entwicklungen, wie ich sie hier am Beispiel der Volkswirtschaftslehre geschildert und in der ersten Lesung am Beispiel Informatik genannt habe, nicht weiter die Augen! Sorgen Sie im Interesse unseres Landes für ein geordnetes Verfahren zur Sicherstellung von Forschung und Lehre, statt die Hochschulen weiter mit Pseudoreformen ins Abseits zu stellen!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Einleitung des Gesetzentwurfs steht, dass eine Änderung des Hochschulgesetzes für die Weiterentwicklung des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandorts Schleswig-Holstein wichtig sei. Auch wir sind dafür, die Hochschulen und die Hochschulabschlüsse unseres Landes zukunftsfähig zu machen, jedoch natürlich nicht allein nach den Maßgaben von Wirtschafts- oder Standortfragen. Uns geht es vor allem um die Zukunft der Menschen in den Hochschulen, und zwar aller Menschen - egal ob sie lehren oder lernen, ob sie forschen oder fegen. Der SSW hat sich in Anträgen vor allem für die Belange der Hochschulangestellten, der nichtprofessoralen Hochschullehrer und der Studierenden eingesetzt. Es ist begrüßenswert, dass einiges davon auch vom Ausschuss aufgenommen worden ist.

Mit unserem Antrag, den abgeordneten **Lehrkräften für besondere Aufgaben** angemessene Rechte in den **Hochschulgremien** zu gewähren, haben wir offenbar viele Kolleginnen und Kollegen dieses Hohen Hauses überzeugt. Die Regelung kann nun auch auf Laborassistenten an Fachhochschulen ausgedehnt werden,

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

die bisher als nichtwissenschaftliche Hochschulmitarbeiter gegolten haben, aber de facto wissenschaftliche Aufgaben in der Lehre übernehmen. Auch das begrüßen wir ausdrücklich.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Anke Spoorendonk)

Für den SSW sind Demokratisierung und Ausrichtung auf die Zukunft wichtige Eckpunkte der Vorstellung von Hochschulpolitik. Doch worin soll nun diese Zukunftsfähigkeit bestehen? Eine stärkere internationale Ausrichtung, schnellere Studiengänge, mehr junge, motivierte Hochschullehrer und nicht zuletzt die effiziente Verteilung von Haushalts- und Entscheidungskompetenzen sind dabei wichtige Ansätze.

Bekanntlich hat jede Medaille jedoch zwei Seiten. Internationalität ist nicht mit blinder Amerikanisierung zu verwechseln und die schnellen Bachelor-Studiengänge dürfen nicht zu minderwertigen Studienabschlüssen werden.

Ich möchte auch daran erinnern, dass in den Regional Konferenzen des Bildungsministeriums gerade die Bachelor-Abschlüsse durchaus kritisch betrachtet wurden.

Aus den jungen, motivierten Hochschullehrern dürfen nach Zeitprofessuren nicht noch mehr arbeits- oder perspektivlose Akademiker werden. Die Verlagerung größerer Haushaltskompetenzen vom Land auf die einzelnen **Hochschulen** durch **Globalhaushalte** und **Zielvereinbarungen** darf nicht dazu führen, dass sich das Land aus der Verantwortung für etwaige Budgetkürzungen zieht und nur der schwarze Peter weitergeschoben wird.

Ich möchte anmerken, dass die Tischvorlage nur als Vorlage für die Diskussion und Beratung im Ausschuss gedacht ist. Das ist meiner Meinung nach ein vernünftiger Weg.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gut! - Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Klar ist für mich, dass sich durch diese neue Hochschulgesetzgebung unsere Rolle, das heißt die Rolle des Parlaments, in Sachen Hochschulpolitik verändert. Damit sollten wir uns noch einmal beschäftigen.

Deutschland braucht dringend eine Modernisierung seiner Hochschulstrukturen. Schleswig-Holstein kann dazu mit der vorliegenden Novelle in einem gewissen Rahmen schon jetzt beitragen. Falsch verstandene Kollegialität und persönliche Machtkämpfe in Verbindung mit den Strukturen unkündbarer Professoren und akademischer Selbstverwaltung können für die Hochschulen lähmend sein. An den Hochschulen gibt es daher nicht selten Verkrustungen, Hindernisse und Schief lagen, die der Gesamtheit der Lehrenden, Lernenden und der Gesellschaft schaden.

Gerade die **akademische Selbstverwaltung**, die eigentlich der Freiheit von Forschung und Lehre dienen soll, ist dabei oft an Grenzen gestoßen. Es wäre in der

Tat schlimm, wenn Forschung und Lehre von Abstimmungen abhängig gemacht würden. Doch die Konzentration der akademischen Selbstverwaltung einseitig auf die forschenden und lehrenden Professoren hat viele Schattenseiten. Die Zufriedenheit der Studierenden und der Nichtprofessoren mit ihrer Hochschule und ihrem beruflichen Status würde sicherlich viel größer werden, wenn sie größere Mitspracherechte hätten.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Hier haben wir - das muss noch einmal unterstrichen werden - ein großes unausschöpfliches Potential für die Dynamik des Studiums. Aber es gilt auch, Missstände zu beseitigen. Fast jedem sind Fälle bekannt, in denen einzelne Professoren ihre Lehr- und Betreuungspflichten gegenüber den Studierenden missachten. Das sind sicherlich nur wenige, aber sie schaden den Hochschulen. Dass diese schwarzen Schafe von ihren Kollegen ernsthafte Sanktionen zu spüren bekommen, geschieht selten und - wenn überhaupt - dann erst nach Jahren. Die Leidtragenden sind zu allererst die Studierenden, von denen man oft resignierend hört, eine Krähe hacke der anderen kein Auge aus.

Das heißt also, dass die Stärkung der Rektorate überfällig ist, nicht zuletzt, um die gesamte Professoren-schaft für Ansehen und Leistung der Hochschulen in die Pflicht zu nehmen und keine schwarzen Schafe mehr zu dulden. Natürlich muss ein gestärktes **Rektorat** verstärkt demokratisch kontrolliert werden. Das eine ist die Schlussfolgerung des anderen. Daher ist es gut, dass jetzt die Möglichkeit besteht, Mitglieder des Rektorats mit Dreiviertelmehrheit abzuwählen.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich möchte daran erinnern, dass im kommunalen Bereich Landräte und Bürgermeister mit Zweidrittelmehrheit abgewählt werden können. Es ist also kein Untergang des Abendlandes, wenn wir das in die Hochschulgesetzgebung einführen. Das wird in der Praxis sicherlich kaum vorkommen, aber es ist ein Notventil, auf das man nicht verzichten darf.

Ich möchte wiederholen, was ich im Ausschuss sagte: Ich sehe ein Problem darin, dass die Rektoratswahl an der CAU nach dem alten Gesetz und die Neuwahl der Gremien nach dem neuen Gesetz stattfinden. Hier muss sich meiner Ansicht nach das Rektorat einer

(Anke Spoorendonk)

Vertrauensabstimmung stellen. Das ist mit diesem Abwahlverfahren jetzt auch möglich.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD], Ursula Kähler [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich habe nicht verstanden, warum es über diese Selbstverständlichkeit so heiße Diskussionen gegeben hat. Dass ein Nichtprofessor Prorektor und nichtprofessorale Hochschullehrer Dekane werden können, halte ich für begrüßenswert. Alles andere ist wirklich Theorie. Da kann ich der Kollegin Fröhlich nur Recht geben.

Die Mitbestimmung der Nichtprofessoren wird dadurch zweifellos gestärkt. Die Mitbestimmung der Studierenden und ihre demokratische Kontrolle der Hochschulen haben noch mehr Nachholbedarf.

Der SSW unterstützt die **Drittelparität im Konsistorium**. Am liebsten hätten wir eine Drittelparität in allen Hochschulgremien, doch wir wissen, dass das Bundesverfassungsgericht in den 70-er Jahren die Mehrheit für die Professoren im Senat festgeschrieben hat. Es sind immer wieder Bedenken von Professoren zu hören, die meinen, die Studierenden hätten weder genügend Interesse noch genügend Überblick, um größere Verantwortung in den Hochschulgremien zu übernehmen. Diese Aussagen weist der SSW mit aller Deutlichkeit zurück.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir haben in der Anhörung, aber auch durch Briefe und Meldungen der letzten Zeit ein vielschichtiges Bild der Professorenschaft beziehungsweise der Rektorenschaft unserer Hochschulen erhalten. Ein Rektor sagte im Hinblick auf die Drittelparität im Konsistorium sinngemäß: Kein Problem. Wir haben keine Angst vor unseren Studenten. Ein anderer Rektor sah in der Möglichkeit, Rektoren im Notfall abwählen zu können, den Untergang des Abendlandes und hielt die Arbeit des Bildungsausschusses, der nach der Anhörung Änderungen nicht in seinem Sinne beschlossen hatte, für undemokratisch nach dem Motto - ich sage das einmal ein bisschen flapsig -: „Die Universität bin ich.“

Wir finden es bedenklich, dass CDU und F.D.P. im Ausschuss nicht an der Reform mitgearbeitet haben. Außerdem haben beide angekündigt, die Reform nach einem eventuellen Wahlsieg wieder einzukassieren. Für den SSW sage ich ganz deutlich: Ein Rückschritt in Fragen der Demokratie und speziell in Fragen der Drittelparität wird es mit uns nicht geben.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ulf von Hiemcrone [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das gilt auch für den Bereich der nichtprofessoralen **Hochschullehrer**. Besonders die so genannten Ordinarien, die C4-Professoren und -Professorinnen - davon gibt es nicht so viele -, haben bislang noch immer mehr Macht und Rechte als ihre Kolleginnen und Kollegen mit geringerer Besoldung. Wir unterstützen daher die Forderung des Verbandes Hochschule und Wissenschaft nach gleichen Rechten und Pflichten für alle Professoren und alle Hochschuldozenten. Das ist zumindest ein Schritt in die richtige Richtung. Wir werden aufmerksam verfolgen, ob und wie diese Schritte in den dienstrechtlichen Gesetzen und Regelungen von Bund und Land in Zukunft umgesetzt werden.

In diesem Zusammenhang noch ein Hinweis: Wir müssen endlich weg von der Habitula - - Das Wort kann ich nie aussprechen, das ist auch ein Grund dafür, dass ich sie weghaben will.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir müssen also endlich weg von der Habilitation als Regelvoraussetzung für die Berufung einer Professur. So kann man das Durchschnittsalter bei Erstberufungen deutlich senken und die Einführung von Zeitprofessuren verantworten, die wir für ein flexibleres Hochschulwesen gut gebrauchen können.

Ich möchte noch eine Bemerkung anfügen. Überall und immer wieder wird gesagt, wir müssten die Zusammenarbeit mit den skandinavischen Hochschulen fördern. Wir wollen das. Das ist wichtig und zukunftsweisend. An den Universitäten in den skandinavischen Ländern hat man schon lange Abstand davon genommen, dass sich Hochschulprofessoren habilitiert haben müssen. Gleichzeitig - das ist ein weiterer Punkt - ist dort die Mitbestimmung der Studierendenschaft viel weiter als bei uns. Man muss also dafür sorgen, dass Strukturen geschaffen werden, die besser miteinander verzahnt werden können.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ulf von Hiemcrone [SPD], Sabine Schröder [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Damit sich Leistung durchsetzen kann, brauchen wir die vorgeschriebene Evaluation der Hochschulen. Für den SSW ist es selbstverständlich, dass dabei auch die Gleichstellung und **Frauenförderung** zu den Bewertungskriterien gehören müssen. Zu welchen Anteilen Bewertungskriterien zu einem Gesamtergebnis

(Anke Spoorendonk)

zusammengerechnet werden sollen, ist eine schwierige Frage. Für jede Hochschule und für jedes Fach können andere Kriterien maßgeblich sein.

Für alle Hochschulen gemeinsam ist es ein Fortschritt, dass es nun eine zentrale Studienberatung geben wird, dass Mentorenprogramme gefördert werden, dass die Asten ein hochschulpolitisches Mandat erhalten und dass das Semesterticket abgesichert wird. Zentrale **Studienberatung** und Mentorenprogramme werden helfen, die hohen Zahlen von Studienabbrechern zu vermindern. Die Stärkung der Asten durch ein hochschulpolitisches Mandat und das Recht, das verkehrspolitisch sinnvolle Semesterticket für alle Studierenden vorzuschreiben, finde ich ebenfalls positiv.

Die Beschlussfassung des Ausschusses hat noch einige Nachbesserungen mit deregulierender Wirkung erbracht. Der SSW begrüßt beispielsweise, dass nicht mehr vorgeschrieben wird, ob eine Hochschule eine hauptamtliche oder nebenamtliche Rektorin oder einen hauptamtlichen oder nebenamtlichen Rektor haben muss.

Eine große Chance für die Abschaffung einer demotivierenden Bestimmung ist bisher aber versäumt worden. Jetzt komme ich zu meinem Antrag. Ich spreche von der so genannten „**Bildungswissenschaftlichen Hochschule Flensburg - Universität**“. Ein ausländischer Professor, der in Flensburg zu Besuch war, hielt diese Bezeichnung übrigens nicht für einen Namen - das ist wahr -, sondern für eine „Erzählung“.

Die Hochschule möchte bekanntlich gern „Universität Flensburg“ heißen. Das ist auch dringend erforderlich.

(Beifall bei der F.D.P.)

Die BU ist schon lange nicht mehr allein auf Pädagogik und Didaktik ausgerichtet, sondern hat viele hoffnungsvolle und zukunftsweisende Konzepte und Kapazitäten.

Das wird nicht zuletzt durch den Hochschulentwicklungsplan klar, den die Hochschule vorgelegt hat, ein Hochschulentwicklungsplan, der durch alle Gremien gelaufen ist und der von allen genehmigt wurde.

(Ursula Röper [CDU]: Für den es keine Rückmeldung aus dem Ministerium gibt!)

Es wäre eine Motivation für die Hochschule, wenn sie so heißen dürfte, wie sie heißen möchte. Der Name „Universität Flensburg“ wäre ein wichtiges standortpolitisches Signal für Flensburg als Hochschulstandort. Das ist genau wie bei „Fielmann“; das kostet nichts.

(Heiterkeit)

Ich weise darauf hin, dass sich die Universität Erfurt mit 200 Studierenden auch „Universität Erfurt“ nennen darf.

Das Bildungsministerium hat uns im Ausschuss gesagt, dass die Namensgebung für die BU Flensburg erst am Ende der Hochschulentwicklung stehen solle. Es solle erst geprüft werden, mit welchen anderen Hochschulen die BU vielleicht eine „Ehe“ eingehen könne. Das habe ich gerade auch von dem Kollegen Weber wieder gehört.

Wenn sich die Landesregierung tatsächlich als Ehevermittler sieht, fordert der SSW zumindest eine „Liebesheirat“ und bereits jetzt eine anständige „Aussteuer“, aber zu allererst Selbstständigkeit der Partner und einen anständigen Namen.

Mir ist noch kein vernünftiger Grund gegen den Namen „Universität Flensburg“ eingefallen, aber mehrere unvernünftige, die ich hier aber nicht wiederholen möchte. Das könnte ich, will ich aber nicht.

Ich bitte Sie daher, meinem Antrag zuzustimmen,

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

damit die BU Flensburg schnellstmöglich „Universität Flensburg“ heißen darf.

Wie bei jeder Reform bleibt ein Risiko, wie sich das alles in der Praxis auswirken wird. Niemand kann ganz sichere Prognosen geben. Es bleibt ein Risiko, dass die Hochschulen mit den neuen Freiheiten den Erwartungen der Gesellschaft aus dem Weg gehen könnten. Es bleibt ebenso ein Risiko, dass die jetzige oder eine künftige Landesregierung mit den Zielvereinbarungen und Finanzvorgaben die Hochschulen inhaltlich überfordern oder finanziell unterversorgen könnte.

Ohne Vertrauen in die Hochschulen und ohne Vertrauen in die Politik ist eine echte Reform unserer Hochschulen nicht zu machen. Gefordert ist jetzt die Kraft zum Abwarten und der Mut zum Ausprobieren.

(Beifall der Abgeordneten Jürgen Weber [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr gute Rede!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Auf der Besuchertribüne begrüße ich jetzt die Besuchergruppen des Lehrerkollegiums der Beruflichen

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau)

Schule Niebüll und des Marineabschnittskommandos Nord, Kiel.

(Beifall)

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erhält zunächst der Herr Abgeordnete Geißler das Wort.

(Lothar Hay [SPD]: Es geht um die Fachhochschule Westküste!)

Thorsten Geißler [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte nachdrücklich an die Regierungsfractionen appellieren, dem Antrag meiner Fraktion auf Durchführung einer dritten Lesung zuzustimmen.

(Zurufe von der SPD: Schon wieder!)

Dafür gibt es mehrere gute Gründe. Als ich heute Morgen Ihren Antrag „**Zielvereinbarungen** mit den staatlichen Hochschulen“ zu Gesicht bekam, dachte ich, nachdem ich die Eingangsworte durchlas, es handele sich wieder um eine der üblichen inhaltslosen Resolutionen, die Sie hier mit schöner Regelmäßigkeit vorzulegen pflegen und deren Verabschiedung in der Regel völlig folgenlos bleibt. Aber das ist nicht der Fall. Bereits auf der ersten Seite sind einige Formulierungen enthalten, die offenbar rechtliche Bindungskraft entfallen sollen und die auch Verfahrensregelungen beinhalten, die diesen Landtag, aber auch die Landesregierung binden sollen. Ich gebe Ihnen dafür ein Beispiel. So heißt es hier:

„Der Landtag wird alle zwei Jahre jeweils im Frühjahr über die strategischen Zielsetzungen für die Hochschulpolitik beschließen. Auf Grundlage dieser Beschlüsse tritt die Landesregierung mit den einzelnen Hochschulen in Verhandlungen über Zielvereinbarungen.“

Meine Damen und Herren, so steht das nicht im Gesetz. Das entspricht auch nicht dem, was bisher gängige Praxis war.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es war bisher so, dass die Regierung Vorschläge für die Entwicklung der Hochschulen unterbreitet hat, das Parlament beraten hat und es dann umgesetzt wurde.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber nun ändern wir es!)

Jetzt soll das geändert werden. Jetzt soll sich das Parlament zusammensetzen und dann soll die Regierung handeln. Das ist eine wesentliche Änderung. Es gilt nun einmal der Grundsatz: Wesentliches gehört ins Gesetz.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das geht doch gar nicht, Herr Geißler!)

Das ist eine demokratische Grundanforderung.

Deshalb handelt es sich eben nicht nur, wie anfangs zu vermuten war, um eine inhaltlose Resolution, sondern um einen Antrag, der rechtliche Bindungskraft entfalten soll. Wir müssen daher das Gesetz in dritter Lesung beraten, um zu sehen, ob solche Bestimmungen Gesetzesbestandteil werden können, sollen oder müssen. Daher wären Sie gut beraten, unserem Antrag zuzustimmen, um sich fachlich und rechtlich nicht auf eine schiefe Ebene zu begeben.

Noch eine Anmerkung zu der Resolution in der Sache! Der Kollege de Jager hat völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass diese Regierung über Jahre hinweg nicht in der Lage war, eine schlüssige Gesamtkonzeption für die Hochschulentwicklung vorzulegen. Jetzt werden den Hochschulen fragmentarisch einzelne Aufgaben per Parlamentsbeschluss zugewiesen, die von diesen teilweise schon erledigt werden, und zwar fragmentarisch, ohne das Gesamtspektrum dieser Hochschulen auch nur im Ansatz zu erfassen. Ich halte das für eine schlechte Qualität. Sie sind gut beraten, Ihren Antrag zu überarbeiten.

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Noch eine Anmerkung zu der Aufregung, die Sie, Frau Fröhlich, hier bezüglich des Schreibens von Herrn Professor Haensel zu Protokoll gegeben haben. Es ist gängiger Brauch und gängige Parlamentspraxis, dass Fraktionen aus Anhörungen Konsequenzen ziehen und Anträge formulieren. Wenn man aber in einer solchen Zahl Änderungsanträge formuliert, die auch die Intention des ursprünglichen Gesetzentwurfs an vielen Stellen völlig verändern,

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Weil die Anhörung das ergab!)

dann gehört es zu einem demokratischen, transparenten Prozess, dass man diese Änderungsanträge den Betroffenen hinterher erläutert, sie mit diesen erörtert und sich noch einmal der Kritik aussetzt.

(Beifall bei der CDU)

Auch das haben Sie nicht getan. Daher ist die Kritik des Rektorats der CAU vollkommen berechtigt. Ich habe volles Verständnis dafür. Auch das könnte nachgeholt werden, wenn eine **dritte Lesung** durchgeführt würde. Ich appelliere noch einmal sehr herz-

(Thorsten Geißler)

lich an Sie: Stimmen Sie unserem Antrag zu! Sie leisten sich damit selbst einen großen Gefallen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Herr Abgeordnete Weber.

Jürgen Weber [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich kann nicht auf alle Punkte eingehen, die hier vorgetragen worden sind. Ich will die wichtigsten herausgreifen und fange mit dem Kollegen Geißler an.

Herr Geißler, der von uns vorgelegte Entschließungsantrag, den wir heute in den Landtag einbringen und über den wir im Dezember im Landtag beschließen wollen, legt fest, in welchem Verfahren das Parlament, die Legislative, zukünftig gedenkt, ihre Aufträge an die Regierung zu formulieren.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es!)

Das Gesetz legt fest, in welcher Art und Weise die Regierung ihre **Zielvereinbarungen mit den Hochschulen** macht. Deswegen hat das Verfahren, das wir mit der Entschließung vorschlagen, mit dem Gesetz direkt nichts zu tun. Es ist die Bindung der Regierung durch ein Verfahren, das das Parlament instand setzt, seine eigenen Rechte zu sichern.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr gut! - Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb gibt es formal und rechtlich keinen Anlass für eine dritte Lesung.

Ich will auch noch Folgendes sagen. Nach zwei Jahren Beratung - da mag einem inhaltlich nicht alles passen -

(Holger Astrup [SPD]: So lange schon?)

unter Verzicht auf eigene Anträge eine dritte Lesung zu fordern, ist schon Chuzpe.

Lassen Sie mich noch auf zwei Punkte eingehen. Mich würde reizen, zumindest zum zweiten Teil des Redebeitrags von Herrn Kollegen Klug etwas zu sagen. Das war der diskutable Teil, derjenige, der nicht durch inszenierte Aufgeregtheiten am Podium eine entsprechende Wirkung entfalten sollte. Das geht in der Kürze der Zeit nicht.

Man kann ja die zentralen Punkte unseres Gesetzes ablehnen, aber man sollte nicht so tun, als werde - abgesehen von diesen zwei oder drei Kernpunkten die, wie zum Beispiel die Drittelparität, immer wieder

hochgehalten werden - selbst in den Ländern, die Sie regieren, eine im Kern **andere Orientierung** der **Hochschulentwicklung** in die Gesetze geschrieben. Das ist nicht der Fall. Wenn Sie den Eindruck erwecken, Sie wollten systematisch etwas ganz anderes, dann ist das nicht aufrichtig. Sie wollen drei bis vier zentrale Punkte nicht. Das ist in Ordnung. Dazu kann man Anträge stellen. Das ist aber etwas völlig anderes, als wenn man so tut, man wolle sich nicht an diesem Prozess beteiligen. Diese Ablehnung hat eher etwas mit anderen Dingen, die noch vor uns liegen, zu tun. Das ist auch legitim, das will ich gar nicht in Abrede stellen. Ich möchte das hiermit nur noch einmal einordnen und qualifizieren.

(Holger Astrup [SPD]: Sind nun Anträge gestellt worden?)

Meine letzte Bemerkung zu diesem Punkt: Mehrfach ist hier gesagt worden, die Hochschulen fänden etwas schlecht und liefen Sturm gegen dieses und jenes. Bitte benutzen Sie nicht mehr den Begriff „die Hochschulen“, sondern sprechen Sie davon, wer Sturm läuft!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es handelt sich dabei um einige Rektorate, deren Aufgabenpflicht es ist, Dinge, die sie nicht wollen, öffentlich zu benennen. Das nimmt man ja niemandem übel, das ist ein normales Geschäft und völlig legitim. Tun Sie aber bitte nicht so, als seien die Hochschulen gegen dieses Gesetz! Dafür sind die Personalräte, der wissenschaftliche Mittelbau, die Studierenden und auch einige Rektorate. Bitte argumentieren Sie etwas sauberer!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Herr Abgeordnete Dr. Klug.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich nachholen, was ich vorhin versäumt habe,

(Holger Astrup [SPD]: Anträge stellen! - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt kommt ein Antrag von der F.D.P.!)

nämlich bekannt zu geben, dass meine Fraktion dem Entschließungsantrag des SSW zum Thema **Universi-**

(Dr. Ekkehard Klug)

tät Flensburg zustimmen wird. Ich habe ja schon in meiner Rede vorhin implizit zum Ausdruck gebracht, dass wir diesen Schritt angesichts der Entwicklung, die schon in der vorigen Wahlperiode anlässlich der letzten Änderung des Hochschulgesetzes in Schleswig-Holstein eingeleitet worden ist, für selbstverständlich halten. Wie ich höre, überlegt sich auch die CDU-Fraktion, diesem Antrag zuzustimmen. Wenn dem so sein sollte, könnte ich das nachhaltig nur begrüßen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Zweiter Punkt: Ich möchte die Gelegenheit dieses Kurzbeitrages nutzen, die Ministerin zu bitten, in ihrem noch bevorstehenden Redebeitrag etwas zum Thema **Jurastudium** zu sagen. Es sind in den letzten Tagen **Reformpläne der Justizministerkonferenz** bekannt geworden, die darauf hinauslaufen, ein Drittel aller Jura-Studienplätze in Deutschland - das beträfe auch die Universität Kiel - zu streichen. Mich interessiert wirklich brennend, was eigentlich die für die Hochschulen zuständigen Kultusminister von diesen Kostenverschiebungsplänen der Damen und Herren Justizminister halten. Ich darf vielleicht ergänzend einfügen, welche Konsequenzen nach meiner Information die Abschaffung des Refendariats und die Einführung neuer Studienregularien, also die einphasige Juristenausbildung gemäß den Vorstellungen der JMK, etwa für die Kieler Universität hätte. Wenn man die Kapazität halten wollte, hieße das, dass die Zahl der Professoren von jetzt 20 auf künftig 38 gesteigert werden müsste, um die geplante notwendige Kleingruppenarbeit im Jurastudium zu gewährleisten. Daran kann man schon sehen, dass die Pläne der Justizministerkonferenz nicht ganz unbeträchtliche Folgewirkungen für den Fachbereich Jura der Universität nach sich ziehen. Ich finde, dass uns die zuständige Kultusministerin auch eine Antwort auf die Frage schuldig ist, wie ihre Haltung hier aussieht.

Noch ein letzter Punkt in aller Kürze: Gerade das **Jurastudium** zeigt im Übrigen, wie effizient Studienreformen mit relativ einfachen Neuerungen und Änderungen vorangebracht werden können. Die Einführung der **Freischussregelung** bei den Juristen hat dazu geführt, dass die durchschnittliche Studiendauer eines Jurastudenten anderthalb Jahre kürzer ist als noch vor zehn Jahren. Viele Studierende wagen nämlich den Schritt zur Abschlussprüfung aufgrund der Möglichkeit eines Freischusses viel früher. So kann ein in die Binsen gegangenes Examen in den Papierkorb geworfen werden. Ich persönlich bin deshalb der Überzeugung, dass eine flächendeckende Einführung solcher Freischussregelungen in allen Studiengängen und Fächern gerade den Hochschulen, die durch eine hohe Studentenzahl belastet sind, in den kommenden Jahren

sehr helfen würde. Ich kann das erfolgreiche Beispiel Jura hier nur zur Nachahmung empfehlen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile das Wort der Frau Ministerin Erdsiek-Rave.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

„Die Ministerin kann zufrieden sein. Gut zwei Wochen vor der endgültigen Lesung des **neuen Hochschulgesetzes** hat die **Wirtschaft** der Wissenschaftsministerin bestätigt, dass der von ihr eingeschlagene Weg richtig ist. Stärkerer Praxisbezug des Studiums, flexiblere Studienzeiten, internationale Abschlüsse, Weiterbildung für Berufstätige als neues Standbein, interaktive Lehr- und Lernangebote im weltweiten Datennetz als Ergänzung des herkömmlichen Bildungsspektrums sind nach Ansicht von Politik und Wirtschaft die wichtigsten Anforderungen an die Hochschulen von morgen. Von deren Realisierung sind sie jedoch weit entfernt.“

- Ich zitiere aus einem Kommentar im NDR vom 2. November dieses Jahres. -

„Jörg Harms vom Multimedia-Konzern Hewlett-Packard macht dafür unter anderem das Beharrungsvermögen der Professorenschaft verantwortlich.“

Meine Damen und Herren, so weit würde ich gar nicht gehen. Aber eines bleibt nach dieser Debatte, in der deutlich geworden ist, was für ein Paradigmenwechsel in der hochschulpolitischen Diskussion stattgefunden hat, festzustellen: Hochschule ist nicht mehr überwiegend eine Veranstaltung von und für Professoren.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Hochschule ist für alle da, die in ihr tätig sind. Sie erbringt eine Dienstleistung, vielleicht die zentrale Dienstleistung überhaupt für die Gesellschaft, und sie ist vor allem für die Studierenden da.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Ordinarienuniversität ist vor allem im internationalen Vergleich unzeitgemäß. Es ist jetzt nicht meine

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

Aufgabe, Ihnen die HSG-Novelle noch einmal in ihren Grundzügen vorzustellen. Aber wenn es nicht die vier hochschulpolitischen Kongresse und Veranstaltungen gegeben hätte, die wir im Lande veranstaltet haben, die durchweg gut von der Fachöffentlichkeit des Landes besucht und mit Experten aus dem Land und von außerhalb besetzt waren, müsste ich heute doch in Depressionen versinken, vor allen Dingen weil Sie, Herr de Jager, überhaupt nicht auf der Höhe der hochschulpolitischen Diskussion, die bundesweit geführt wird, sind.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Sie nehmen überhaupt nicht wahr, was etwa in anderen Bundesländern an heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Gesetzgebern - übrigens aller politischen Couleur - und den betroffenen Hochschulen schon im Rahmen der Durchführung des Hochschulrahmengesetzes stattgefunden hatte und stattfindet. Ist Ihnen komplett entgangen, welche heftigen Auseinandersetzungen etwa in Baden-Württemberg um die Hochschulräte zwischen Gesetzgeber, Regierung und der Professorenschaft der Hochschulen des Landes stattfindet? Es ist normal, dass da jeder seine Interessen vertreten will, und es ist gut, wenn man sich darüber in einer Gesellschaft auseinander setzt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich will Ihnen trotzdem noch einmal sagen, wovon wir uns haben leiten lassen.

(Holger Astrup [SPD]: Aber langsam bitte!)

Die **künftige Hochschullandschaft** wird von Internationalisierung, Globalisierung, Differenzierung, Kooperation, Konzentration, Wettbewerb und mehr Autonomie gekennzeichnet sein. Diesen Herausforderungen müssen sich die Hochschulen stellen. Die Alternative heißt, diesen Wettbewerb anzunehmen oder im Mittelmaß zu versinken. Das Land, der Gesetzgeber, kann nur die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Hochschulen diese Herausforderungen erfolgreich bestehen. Genau da setzt unsere Novelle an. Wer allerdings meint - wie Sie ja noch immer -, für die Umsetzung des Hochschulrahmengesetzes würde es ausreichen, alle Genehmigungsvorbehalte zu streichen und den Hochschulen ihre innere Organisation und ihre Managementstruktur selbst zu überlassen, der ist schlichtweg auf dem Holzweg und gibt seinen politischen Gestaltungswillen an der Garderobe ab. Das muss ich wirklich einmal feststellen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das **Hochschulrahmengesetz** wurde verschlankt, das ist richtig. Damit wurde aber der Landesgesetzgeber überhaupt nicht aus der Pflicht entlassen, Organisationsregelungen im Gesetz zu verankern. Die Freiheit, die das Hochschulrahmengesetz gibt, bezieht sich auf die **Gestaltungsfreiheit der Länder**. Mehr Bildungsvielfalt setzt auch mehr Vielfalt in den Hochschulgesetzen der Länder voraus. Diese Situation wird in Zukunft eintreten bei gleichzeitig großer Übereinstimmung in den Kernfragen. Davon ist in dieser Debatte hier allerdings kaum die Rede gewesen. Diesen vorhandenen Spielraum nutzen wir aus, in dem wir den Hochschulen Optionen - das möchte ich betonen - einräumen, also ihnen Freiheiten und Alternativen zur Verfügung stellen, die sie ausfüllen können.

In Bezug auf das **Management** nenne ich die Stichworte Präsidialverfassung - man könnte auch sagen: Präsident statt Rektor -, die Wahl zwischen Haupt- oder Nebenamtlichkeit und die Bestimmung der Zahl der Prorektoren, in Bezug auf die Personalstruktur die Ermöglichung von Zeitprofessuren, wenn dies die Hochschulen wollen, in Bezug auf die Studienstruktur nenne ich die Stichworte Bachelor und Master sowie Modularisierung. Ich stimme da mit Ihnen überein, Herr Dr. Klug: Ich halte nichts davon, dieses sofort flächendeckend einzuführen. Wir müssen erst einmal abwarten, wie die Wirtschaft diese neuen Abschlüsse annimmt. Deshalb bringt unser Hochschulgesetz nichts anderes als die Option auf die Einführung dieser Studiengänge mit sich, nicht mehr und nicht weniger. In Bezug auf Freiheiten und Optionen bei der Finanzstruktur nenne ich die Stichworte Globalisierung, Budgetierung und Zielvereinbarung - ich komme darauf noch zurück -, in der Nachwuchsförderung das Stichwort neue Qualifizierungswege zur Professur, nicht mehr ausschließlich durch Habilitation. Diese Optionen, diese Freiräume zu nutzen ist Sache der Hochschulen.

Die Hochschulen irren, wenn sie über die Erfolgsaussichten von Reformen im Prinzip sagen - da müssen sich nicht alle angesprochen fühlen -: Gebt uns doch einfach mehr Geld, den Rest machen wir dann schon allein!

Bildung, Hochschulbildung zumal, ist staatlicher Auftrag und dessen Wurzeln liegen im Grundgesetz. Hier ist der Staat in der Pflicht, durch seine Einrichtungen ein entsprechendes Angebot vorzuhalten und natürlich auch bedarfsgerecht zu finanzieren.

Das bedeutet konkret, dass die jeweiligen Bedarfe sachgerecht ermittelt werden. Der **Landeshaushalt**

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

ist auch unter den Aspekten von **Budgetierung** und **Zielvereinbarungen** kein Selbstbedienungsladen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich habe bei der Einbringung der Novelle gesagt und wiederhole es heute: Die Hochschulen stehen in einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung für eine effiziente und sparsame Haushaltsführung. Sie müssen Staat und Gesellschaft Rechenschaft ablegen, und zwar jederzeit. In diesem Spannungsverhältnis von Autonomie einerseits und Verantwortung andererseits ist unser Gesetz angesiedelt.

Wir können nicht länger Hochschulpolitik nur für wenige machen. Die Hochschule, vertreten durch Rektorate und Senate, also professorendominierte Organe, fordern mehr Autonomie; die Studierenden wiederum sagen uns: Wir wollen Reformen, aber lasst bloß die Hochschulen nicht von der Leine! Allen kann man es nicht recht machen. Wir müssen einen vernünftigen Interessenausgleich mit mehr Autonomie und einer gestärkten Hochschulleitung einerseits und dem Korrektiv einer größeren Mitwirkung der anderen Hochschulgruppen andererseits finden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich finde es ein merkwürdiges Demokratieverständnis, wenn man sich über **Abwahlregelungen** beklagt. Wir haben sie in allen demokratischen Funktionen, Herr de Jager.

(Minister Claus Möller: Selbst beim Bischof!)

Auch der Präsident des Landtages - ich kann nicht sehen, dass ein solcher Mechanismus dieses Amt in seiner Unabhängigkeit beschädigt - kann durch das Parlament abgewählt werden, von der Regierungschefin ganz zu schweigen.

(Zurufe von der SPD)

Bei einem solch herausgehobenen Amt, vergleichbar mit dem des Landtagspräsidenten hier, muss es ein hohes Quorum geben und das gibt es auch mit dieser Regelung. Das bedeutet nichts anderes, als die Professorenschaft mit in die Verantwortung zu nehmen. Ohne deren Zustimmung kann es eine solche Abwahl nicht geben. Aber es muss für den Fall, dass es eine Wahl gibt, auch eine Abwahlmöglichkeit geben. Es ist in Ordnung, dass diese Regelung eingebaut worden ist.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist eine Regelung für den Extremfall. Das weiß auch jeder.

Es geht in der Hochschule aber nicht nur um die Studierenden, auch bei der Mitbestimmung nicht, sondern es geht natürlich auch um diejenigen, die den Betrieb einer Hochschule maßgeblich tragen, nämlich den **akademischen Mittelbau** und die wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter, die wir in ihrer Rolle in der Hochschule stärken wollen. Ein Werkzeug des Interessenausgleichs, den ich eben beschrieben habe, sind die Zielvereinbarungen und die Hochschulen - das muss ich in aller Deutlichkeit sagen - wären schlecht beraten, wenn sie hier blockierten. Wir können natürlich auch weiterhin alles im Detail von oben regeln. Das wäre die Konsequenz der Nichtunterzeichnung und das kann von allen Beteiligten wirklich nicht gewollt sein.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Einen wesentlichen Aspekt der **Zielvereinbarungen** spielen die verschiedenen **Berichtspflichten**. Ich schlage im Übrigen vor, über das, was die Fraktionen hier heute zum Verfahren und zum Umgang mit den Zielvereinbarungen vorgelegt haben, in aller Ausführlichkeit im Bildungsausschuss zu beraten. Das ist so vorgesehen. Ich verstehe die Aufregung dabei überhaupt nicht. Es hat hier niemand vorgeschlagen, heute darüber zu beschließen. Wir haben Zeit, uns darüber zu unterhalten. Anlass für eine dritte Lesung ist dies weder in rechtlicher noch in politischer Hinsicht.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erst im Zusammenhang mit den Berichtspflichten wird eine leistungs- und bedarfsorientierte Steuerung durch das Parlament möglich, intern wie zwischen Land und Hochschulen.

Meine Damen und Herren, die Hochschulreform ist ein großes Vorhaben. Unsere Novelle mit ihren Kernpunkten Studienstruktur, Managementstruktur, Stärkung der Leitungsfunktion, neue Finanzstruktur ist dabei nur ein Schritt von vielen; es geht um den Prozess insgesamt. Das Gesetz definiert dabei den Rahmen in einigen Punkten neu. Wenn wir von Autonomie der Hochschulen reden, muss das Land von den Hochschulen erwarten dürfen, dass sie die eingeräumten Möglichkeiten auch nutzen und von den Optionen Gebrauch machen.

Das ist nicht allein eine Frage des Geldes. Natürlich kann jede Finanzausstattung immer noch besser sein. Den Tag, an dem die Hochschulen oder andere Zuwendungsempfänger, die es im Lande gibt, kommen,

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

sich bedanken und sagen: „Nun ist es aber genug“, werden wir alle nie erleben.

(Unruhe)

Wenn wir mit Mühe, mit viel Mühe aufgrund von umfangreichen Berechnungen, Abstimmungen, auch mit der CAU, dieser Hochschule zusätzlich 4 Millionen DM zur Verfügung stellen und dann nur einen Satz zu hören bekommen, der lautet: „Das reicht nicht“, fehlt mir für eine solche Reaktion - gelinde gesagt - das Verständnis.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dass mit diesem Nachschlag die Probleme der CAU nicht sämtlich gelöst sind, weiß auch ich; aber so zu tun, als wären 4 Millionen DM zusätzlich überhaupt nichts, finde ich unredlich,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

auch wenn Sie von mir solche Bemerkungen nicht hören werden, auch nicht Absichten der Art, wie sie hier kritisiert worden sind.

Von Herrn de Jager ist wiederum die Frage eines **fehlenden Landeshochschulplanes** angesprochen worden. Sie beklagen heute wieder, dass wir ihn nicht fortgeschrieben hätten. Hätten wir das getan, könnten Sie uns zu Recht vorwerfen, wir vertäten unsere Zeit mit der Erarbeitung von Plänen, anstatt die notwendigen Reformen anzupacken.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Widerspruch des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

Deshalb haben wir die Fachhochschulen ausgebaut, inklusive Gründung der Fachhochschule Westküste. Deshalb haben wir die technischen Fächer durch Gründung der Technischen Fakultät an der CAU, durch Informatik in Lübeck und neue technische Studiengänge an den Fachhochschulen gestärkt. Deshalb haben wir das HSG den jeweiligen Erfordernissen angepasst und weiterentwickelt. Deshalb haben wir die Berufsakademien im tertiären Bereich fest verankert, Diplomabschlüsse eingeführt. Deshalb haben wir die Pädagogische Hochschule zur Universität weiterentwickelt und integriert. Deshalb haben wir die Muthe-sius-Hochschule weiter ausgebaut. Deshalb haben wir die Musikhochschule weiterentwickelt. Deshalb haben wir unsere Forschungsinstitute vorangebracht.

(Unruhe bei der CDU)

- Gott sei Dank gibt es Menschen im Lande und außerhalb des Landes, die dies auch anerkennen und würdigen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Jeder Plan, den wir nebenher oder stattdessen gemacht hätten, wäre bei seiner Verabschiedung schon obsolet gewesen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Makulatur gewesen, jawohl!)

Da antworte ich Ihnen gern mit Bertholt Brecht:

„Mach nur einen Plan, sei nur ein großes Licht! Dann mach noch einen zweiten Plan, gehen tun sie beide nicht.“

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, ich habe noch auf mehrere Bemerkungen des Herrn Abgeordneten Klug zu antworten. Herrn Dr. Klug, ich schlage vor - - Nun telefoniert er.

(Zurufe von der SPD: Zuhören!)

Herr Dr. Klug, ich wollte Ihnen gern auf Ihre so dringende Frage nach der **Zukunft des Jurastudiums** antworten. Ich kann Sie beruhigen: Es ist noch nichts entschieden. Die Justizministerkonferenz hat einen Vorschlag gemacht. Die Kultusministerkonferenz hat sich mit diesem Vorschlag sehr kritisch auseinander gesetzt, wie Sie sich denken können, weil eine schlichte Verlagerung möglicher Kosten von der einen auf die andere Seite von uns natürlich nicht akzeptiert werden kann.

(Beifall der Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU] und Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Deswegen gibt es nicht nur in inhaltlichen, sondern auch in organisatorischen und finanziellen Fragen noch erheblichen Diskussionsbedarf.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist eine Arbeitsgruppe aus der Justizminister- und der Kultusministerkonferenz gebildet worden, in der derzeit beraten wird. Wann endgültig beschlossen werden wird, ist noch nicht absehbar. Ich kann Ihnen versichern, dass ich die Interessen der Hochschulen in dieser Frage konsequent vertrete.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Ich schlage außerdem vor, dass wir über die Zukunft der „Bildungsuniversität Flensburg“ - um es einmal anders zu formulieren, als es im offiziellen Namen

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

heißt - hier diskutieren, wenn die Expertenkommission ihre Arbeit, die sie in der letzten Woche aufgenommen hat, beendet hat.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Vielleicht war dieser Name - das will ich ja gern insgesamt selbstkritisch einräumen - ein kleiner Geburtsfehler. Das ist ja schon an vielen Stellen mehr oder weniger ironisch angemerkt worden. Aber es gibt jetzt keinen Anlass, Frau Spoorendonk, sozusagen „über den Tisch“ mal eben einen neuen Namen zu beschließen. Vielmehr sollte man die Entwicklung jetzt erst einmal abwarten, wobei man dann am Ende dieses Prozesses zu einer solchen Entscheidung, die dann sicherlich auch nicht mehr viel Mut erfordern wird, kommen kann. Das will ich gern in Aussicht stellen. Das habe ich auch in Flensburg mehrfach gesagt; das wissen die Rektoren in Flensburg.

(Ursula Röper [CDU]: Wann ist denn dieser Prozess zu Ende?)

Ich halte allerdings wenig von den Plänen, die die CDU-Fraktion zur Entwicklung des **Hochschulstandorts Flensburg** auf den Tisch gelegt hat. Wissen Sie, wenn ein solcher Vorschlag von mir oder von der SPD-Fraktion gekommen wäre, dann hätten Sie gesagt: Das ist wieder ein typischer Rückfall in die 68-er Mentalität, nämlich die der Gesamthochschulen;

(Ingrid Franzen [SPD]: Genau!)

Sie kleben ein anderes Etikett drauf, aber Sie wollen offenbar genau dasselbe! - So einfach ist das heute nicht mehr, mal eben eine neue Gesamthochschule zu gründen. Schauen Sie sich einmal das Schicksal der Gesamthochschulen bundesweit an; das ist nicht das glücklichste. Ich weiß auch nicht, was die CAU und die Technische Fakultät dazu sagen, wenn Sie von der Entwicklung zu einer Technischen Fakultät in Flensburg sprechen. Gucken Sie sich einmal die Auslastung der technischen Studiengänge landesweit an; dann kommen Sie wahrscheinlich nicht mehr zu diesem Ergebnis. Diese Art von hochschulpolitischen Schnellschüssen sollten wir also einmal zu den Akten legen.

(Ursula Röper [CDU]: Das ist nur ein Arbeitstitel!)

Ich finde, wir sind insgesamt, was die Entwicklung der Hochschulen im Lande angeht, trotz aller finanziellen Engpässe auf einem guten Weg. Wir haben eine starke Hochschullandschaft vorzuweisen, und was ich zur Weiterentwicklung der Hochschullandschaft tun kann, das will ich in Zukunft auch tun.

Ich bedanke mich abschließend bei den Regierungsfractionen für die konstruktive Debatte. Ich bedanke mich bei den Studierenden für ihre nachhaltige Unterstützung und ich bedanke mich auch für so manchen positiven Kommentar, der etwa vonseiten der Gewerkschaften - insbesondere auch von der DAG - zur Hochschulpolitik des Landes der letzten zwölf Jahre gekommen ist.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie fordere ich auf, dann auch einmal über Ihren klein-karierten Schatten zu springen und vielleicht doch anzuerkennen, dass diese Landesregierung sehr viel für den Ausbau des Hochschulstandorts Schleswig-Holstein getan hat.

(Anhaltender Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Ehe wir zur Schlussabstimmung über den Gesetzentwurf kommen, muss ich über den Antrag, eine dritte Lesung des Gesetzentwurfs durchzuführen, abstimmen lassen. Ich lasse also zunächst über den Antrag, der mit einfacher Mehrheit angenommen oder abgelehnt werden kann, abstimmen, eine dritte Lesung durchzuführen; wer dafür ist, der zeige dies bitte durch sein Handzeichen an. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Der Antrag ist mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW abgelehnt.

Dann lasse ich jetzt über den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 14/2121, in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung - Drucksache 14/2477 - insgesamt abstimmen. Wer dem Entwurf in dieser Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Gesetzentwurf der Landesregierung ist mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und F.D.P. sowie der Abgeordneten Dr. Winking-Nikolay angenommen worden.

Darüber hinaus empfiehlt der Ausschuss, die Gesetzentwürfe Drucksache 14/1479 und 147/1535 für erledigt zu erklären. Wer dem folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Diese Empfehlung ist bei Enthaltung der Ab-

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau)

geordneten Stritzl und Dr. Winking-Nikolay angenommen worden.

(Heiterkeit bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt müssen wir noch über zwei Entschließungsanträge abstimmen. Zunächst lasse ich über den Antrag des SSW, Drucksache 14/2528, abstimmen; es ist ausschließlich Abstimmung in der Sache beantragt worden.

(Holger Astrup [SPD]: Frau Präsidentin, wir beantragen die Überweisung an den zuständigen Bildungsausschuss!)

- Gut, dann lasse ich zunächst über den Überweisungsantrag abstimmen. Wer den Antrag des SSW, Drucksache 14/2528, dem Bildungsausschuss überweisen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Weiter rufe ich den Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 14/2533, auf. Auch im Falle dieses Antrags ist die Überweisung an den Bildungsausschuss beantragt worden. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

(Lothar Hay [SPD]: Sehr gut!)

Dann rufe ich Punkt 30 der Tagesordnung auf:

Rückzug des Bundes aus der Finanzierung der Bereitschaftspolizeien der Länder - Auswirkungen auf die innere Sicherheit in Bund und Ländern

Landtagsbeschluss vom 16. September 1999
Drucksache 14/2381

(Unruhe)

- Darf ich um etwas mehr Aufmerksamkeit bitten, auch wenn es jetzt nicht mehr um Bildungspolitik geht? - Ich erteile zunächst dem Innenminister, Herrn Dr. Wienholtz, das Wort.

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit 1951 beteiligt sich der Bund auf der Grundlage eines Verwaltungsabkommens mit den Ländern an der **Unterhaltung der Bereitschaftspolizeien** aller Länder. Dabei stellen die Länder die Finanzierung für die Organisation und das Personal, der Bund beschafft Führungs- und Einsatzmittel. Hintergrund dieser Bundesbeteiligung ist die besondere Aufgabenstellung der Bereitschaftspolizeien der Länder. Der Bund übernimmt einen Teil der Kosten der Bereitschaftspolizeien,

(Holger Astrup [SPD]: Die Antragstellerin scheint nicht so sehr interessiert zu sein!)

weil diese einen verfassungsmäßigen Auftrag erfüllen, den Bund und andere Länder bei Einsatzlagen wie Naturkatastrophen und Unglücksfällen, bei innerem Notstand und im Verteidigungsfall zu unterstützen. Als Gegenleistung dafür - so § 8 des erst 1997 erneuerten Abkommens - beschafft der Bund auf seine Kosten Führungs- und Einsatzmittel im Rahmen seiner zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel.

Genau diese Mittel, die im Jahre 1999 einen Wert von rund 35 Millionen DM insgesamt ausmachen, will der Bund zunächst kürzen - im Jahre 2000 um 3 Millionen DM, im Jahre 2001 um 29 Millionen DM - und ab dem Jahre 2002 sollen diese Mittel gänzlich gestrichen werden.

Unter polizeitaktischen Gesichtspunkten ist eine einheitliche Ausstattung der Bereitschaftspolizeien der Länder und des BGS sowohl bei länderübergreifenden Einsätzen als auch bei so genannten Bundeslagen ein wichtiger Bestandteil für das Gelingen von Großeinsätzen. Die notwendige Kompatibilität von Führungs- und Einsatzmitteln steht hierbei im Vordergrund. Über viele Jahrzehnte hat sich dies bei den länderübergreifenden polizeilichen Großeinsätzen gezeigt und uneingeschränkt bewährt.

Der Umfang der vom **Bund** zu beschaffenden **Ausstattungsgegenstände** reicht von Funkgeräten und Waffen über Gruppentransportfahrzeuge bis hin zu Wasserwerfern. Auch Schleswig-Holstein hat seit Bestehen des Abkommens diese Ausstattungsgegenstände vom Bund erhalten. Eine konkrete Zuteilung durch den Bund erfolgt auf der Grundlage einer detaillierten Anforderung durch die Länder und entsprechender Prioritätensetzung. Als Durchschnittsbetrag der letzten Jahre hat Schleswig-Holstein Führungs- und Einsatzmittel im Wert von zirka 1,3 Millionen DM jährlich erhalten. Diese Größenordnung stellt auch den Maßstab dessen dar, was Schleswig-Holstein künftig durchschnittlich als Mehrfinanzierung aufzubringen hätte.

Diese Mittel verteilen sich in Schleswig-Holstein auf eine Kopfzahl von 476 Beamtinnen und Beamten.

Schleswig-Holstein verfügt gemäß **Verwaltungsabkommen von 1997** über drei Einsatzhundertschaften, eine ständige Einsatzhundertschaft mit zur Zeit 216 Beamtinnen und Beamten und zwei weitere Einsatzhundertschaften, die bei Bedarf zur Verstärkung hinzugezogen werden. Diese bestehen aus erfahrenen Polizei-beamtinnen und -beamten, die an der Verwaltungsfachhochschule im Aufstieg sind und zusätzlich durch das Stammpersonal der PD AFB gebildet wer-

(Minister Dr. Ekkehard Wienholtz)

den. Des Weiteren gibt es eine Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit und eine technische Einheit.

Die **Bereitschaftspolizeiabteilungen** in den Ländern werden als geschlossene Einheiten vorgehalten. Eine Ausnahme bildet das Land Nordrhein-Westfalen, wo die Einsatzhundertschaften auf der Ebene der Regierungspräsidenten angebunden sind. Außerdem hält Nordrhein-Westfalen keine Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit vor.

Insgesamt werden bundesweit 20 Führungsgruppen BPA, 65 Einsatzhundertschaften, 52 Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten und 32 technische Einsatzeinheiten gemäß dem Verwaltungsabkommen von 1997, auf das sich Bund und Länder einvernehmlich geeinigt haben, vorgehalten. Insgesamt ist dies eine Gesamtstärke von 16.333 Beamtinnen und Beamten.

Mit dem Inkrafttreten des neuen Verwaltungsabkommens von 1997 haben sich alle Länder darauf verständigt, entgegen der vorherigen Regelung die Ausbildungshundertschaften nicht mehr in das vom Bund auszustattende Kontingent der Bereitschaftspolizeien der Länder einzurechnen. Grund dafür war die Tatsache, dass von diesen Ausbildungseinheiten nach der Definition des Bundes das zweite und das dritte Ausbildungsjahr tatsächlich für die Einsätze der Bereitschaftspolizeien nicht zur Verfügung standen.

Auch sind in den neuen **Organisations- und Gliederungsplänen** die Stärken der Führungsstäbe und der Führungsgruppen der Hundertschaften verändert worden. Die Stabhundertschaften werden in technische Einsatzeinheiten mit vermindertem Personalbestand umgegliedert, während die Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten neu in den Organisations- und Gliederungsplan aufgenommen worden sind.

Ein Rückzug des Bundes aus der bisherigen Gemeinschaftsfinanzierung würde die unbedingt erforderliche und einheitliche Ausstattung der Bereitschaftspolizeien unmittelbar gefährden. Nicht zuletzt deshalb hat sich die Innenministerkonferenz in Dresden noch im Juni dieses Jahres für eine Beibehaltung der Bundesbeteiligung ausgesprochen und diese als erforderlich bezeichnet.

Ich habe mich für Schleswig-Holstein bereits in der Sitzung des Ausschusses für innere Angelegenheiten im September dieses Jahres dafür eingesetzt, dass der **Bund** auch künftig die **Finanzierung der Bereitschaftspolizeien der Länder** in dem bisherigen Umfang beibehält. Der Bund sollte sich aus der einheitlichen Ausstattung der Bereitschaftspolizeien der Länder nicht zurückziehen.

Sollte dieses Bemühen nicht erfolgreich sein, muss auf Bundesebene ein Konzept für eine einheitliche Ausstattung entwickelt werden, das die Funktionalität der Bereitschaftspolizeien der Länder mit dem BGS bei länderübergreifenden Einsätzen gewährleistet.

Schleswig-Holstein müsste vom Jahr 2002 an zirka 1,3 Millionen DM an anderer Stelle im Landeshaushalt auffangen. Es muss sichergestellt sein, dass dies nicht zulasten unserer Bereitschaftspolizei und der öffentlichen Sicherheit in unserem Land geschehen wird.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Schlie.

Klaus Schlie [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Innenminister Wienholtz, ich danke Ihnen für den außerordentlich sachlichen und - wie ich meine - auch aus der Sicht des Landes Schleswig-Holstein konstruktiven **Bericht**. Sie treffen aus der Sicht unseres Bundeslandes den Nagel auf den Kopf. Ich finde es wirklich beeindruckend, wie Sie das hier vorgetragen haben, wobei - das ist der entscheidende Punkt - dann natürlich auch die entsprechenden Konsequenzen gezogen werden müssen.

Wenn der **Bund** - Sie haben das dargestellt - mit ganz erheblichen **Einsparungen** versucht, hier Kosten auf die **Länder** abzuwälzen und über die bisherigen 35 Millionen DM auf 32 Millionen DM im Jahr 2000, 6 Millionen DM im Jahr 2001 und dann auf null herunterzufahren, dann ist dies natürlich nicht zu verantworten.

Der Bund begründet dies folgendermaßen: Die Einsparungen könnten erbracht werden, ohne dass damit Risiken für die innere Sicherheit verbunden wären; so sollen durch Effizienzsteigerungen sowie durch Nutzung von Einsparpotentialen Kostenreduzierungen herbeigeführt werden. Weiter werden Verschiebung von Maßnahmen auf nachfolgende Haushaltsjahre und Reduzierung von Ersatzbeschaffungen im investiven Bereich genannt. Notwendig seien auch Maßnahmen zur Straffung von überholten Verwaltungsstrukturen, womit zugleich die Chance genutzt würde, die Verwaltung zu modernisieren.

Irgendwie kenne ich natürlich solche Begründungselemente, wenn es darum geht, sich aus der Finanzie-

(Klaus Schlie)

rung der Arbeit unserer Polizeibeamtinnen und -beamten zurückzuziehen.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Damit ist das ja hier in Schleswig-Holstein auch begründet worden. Das wird nicht ziehen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Damit sind Sie hier letztlich auch gescheitert.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich denke, dass es wirklich notwendig ist - das haben Sie dankenswerterweise dargestellt -, dass insbesondere bei der Beschaffung von Beweissicherungs- und Kommunikationsgeräten, Kraftfahrzeugen, Schutzausstattungen und so weiter eine bundeseinheitliche **Standardausrüstung** vorhanden ist, um die Bereitschaftspolizeien dann, wenn sie in den Einsatz gehen, auch so auszustatten, dass die Einsatzfähigkeit tatsächlich gewährleistet ist und die Maßnahmen auch so durchgeführt werden können, dass sie dann wirklich effektiv sind.

Sie haben gesagt, dass der Verlust Schleswig-Holsteins 1,3 Millionen DM pro Jahr betragen werde. Das ist ein erheblicher Betrag. Ich sehe bei der finanziellen Situation unseres Bundeslandes überhaupt keine Chance, dies ohne weiteres ausgleichen zu können.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Dieser Rückzug des Bundes aus der Mitfinanzierung der Bereitschaftspolizeien ist ein sicherheitspolitischer Offenbarungseid der Bundesregierung.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Unsere schlimmsten Befürchtungen sind damit auch bestätigt worden. Dieses Abdrücken von Kosten seitens des Bundes auf die Länder ist empörend, weil das auch durch nichts sachlich gerechtfertigt ist. Die Mitfinanzierung des Bundes bei der Beschaffung von Materialien für die Bereitschaftspolizeien ist schließlich kein Almosen des Bundes gewesen, sondern ein Ausgleich dafür, dass auch Schleswig-Holstein seine **Bereitschaftspolizei** dem **Bund** und anderen **Ländern** zur Verfügung gestellt hat. Dass es dafür eine Notwendigkeit gibt - das haben Sie auch angesprochen -, zeigt die genügende Anzahl von Großlagen in der Bundesrepublik Deutschland, bei denen gerade auch unsere Einsatzhundertschaften wirklich mit zum Zuge kommen. Hier muss es einen gemeinsamen Interessenausgleich zwischen dem Bund und den Ländern insgesamt geben.

Die Bundesregierung handelt auch in diesem Bereich unredlich,

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki
[F.D.P.]

wenn sie einerseits an einer grundgesetzlichen Pflicht der Länder zur Amtshilfe festhält, sich andererseits aber aus der finanziellen Mitverantwortung stiehlt. Wenn sich der Bund aus der Sicherheitspartnerschaft von Bund und Ländern zurückzieht, ist zu befürchten, dass die Einsatzeinheiten in Schleswig-Holstein noch mehr geschwächt werden, als es ohnehin schon der Fall ist.

Sie haben hier ja dankenswerterweise auch selbst dargestellt, dass wir natürlich, wenn wir es jetzt auch wirklich einmal auf den Punkt gebracht betrachten, wirklich nur über eine Einsatzhundertschaft verfügen, die einsatzfähig ist. Die optionalen Einsatzhundertschaften, die Sie hier anführen, wenn Sie von drei Hundertschaften sprechen - das wissen Sie genau so gut wie wir -, sind überhaupt nicht in der Lage, operativ so tätig werden, wie es eine **Einsatzhundertschaft** ist, die den **Ausbildungsstandard** wie unsere stehende Einsatzhundertschaft hat. Deswegen ist schon in Schleswig-Holstein durch Ihre Politik, durch die Politik dieser Landesregierung, die Kraft, die Stärke unserer Einsatzhundertschaften so geschwächt worden, dass wir es nicht hinnehmen können, dass durch den Rückzug des Bundes aus der Mitfinanzierung eine weitere Schwächung eintritt.

Wir sehen auch für die Beamtinnen und Beamten, die in diesen Einsatzhundertschaften tätig sind, unkalkulierbare Risiken. Es ist doch völlig klar, wenn wir nicht mehr in der Lage sind - davon sind letztlich ja alle Länder betroffen -, entsprechendes **Ausrüstungsmaterial** zur Verfügung zu stellen, bringen wir bei einem zunehmenden Gewaltpotential, das ja insbesondere bei den Großlagen, mit denen wir zu rechten haben, zu verzeichnen ist, die Beamtinnen und Beamten in eine größere Gefahr, als wenn sie optimal ausgestattet wären. Hierfür trägt dann auch der Bund, die rot-grüne Bundesregierung, die Mitverantwortung.

Der Dank, den ich am Anfang an Sie zum Ausdruck gebracht habe, weil Sie, Herr Innenminister, die Situation, wie sie sich in Schleswig-Holstein darstellt, sachlich vorgetragen haben, führt aber auch zu einer **Erwartungshaltung**. Wir fordern von Ihnen, dass Sie uns konkret aufzeigen, welche Wege Sie gehen wollen, um den Bund endlich dazu zu bewegen, seine Haltung zu ändern.

(Beifall des Abgeordneten Martin Kayenburg
[CDU])

(Klaus Schlie)

Es reicht ja nicht der Hinweis, dass wir den Versuch machen müssen, in unserem maroden Landeshaushalt irgendwo noch 1,3 Millionen DM zu finden, um die Kürzungen aufzufangen. Herr Innenminister, Sie müssten schon ganz konkret aufzeigen und nachweisen, wie die Landesregierung gegenüber ihrer vom politischen Spektrum her nicht so ganz entfernten Bundesregierung ein Handeln abfordern wird, um das Geld, das uns zusteht, auch einzufordern. Die Ministerpräsidentin reist ansonsten ja auch schon öfter nach Berlin, um Mittel einzuwerben. Vielleicht sollten wir sie wieder auf die Reise schicken. Wenn sie allerdings genauso erfolglos ist wie bei der A 20, dann ist es um die Abteilung unserer Bereitschaftspolizei traurig bestellt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Zahn.

Peter Zahn [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! In der Tat, das ist kein schönes Thema. Das **Sparprogramm der Bundesregierung** lässt auch in diesem Bereich Kürzungen nicht aus. Das ist zu berücksichtigen. Was hier der Innenminister auch schon gesagt hat, muss ebenfalls mit einbezogen werden, dass es nämlich schon seit 1951 auf der Grundlage dieses Verwaltungsabkommens nicht das erste Mal ist, dass dies geschieht. Schon 1995 hatten wir eine Kürzung von 5 Millionen DM, wenn auch aus anderen Gründen. Und wir wissen alle, seit 1990 gibt es Überlegungen - unter einer ganz anderen Bundesregierung -, Kürzungen im Bereich der Bereitschaftspolizeiabteilung zulasten der Länder vorzunehmen. Das sollten wir bei dieser Diskussion nicht vergessen.

Jetzt ist das Sparprogramm aktuell.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Das ändert aber nichts daran, dass wir damit nicht einverstanden sind. Das ist ganz klar. Die Mittelteilung hat uns dabei sicherlich viel geholfen: Organisation und Personal von der Seite der Länder und die Beschaffung von Führungs- und Einsatzmitteln von der Seite des Bundes. Welche das sind - von Funkgeräten bis hin zum Wasserwerfer -, hat hier der Innenminister schon dargestellt.

Der verfassungsmäßige **Auftrag der Länder** ist klar gegeben. Mit diesen Einsatzhundertschaften soll bei Naturkatastrophen, Unglücksfällen, inneren Notständen und im Verteidigungsfall der Bund unterstützt werden. Das ist keine Frage. Und dafür gibt es nach

dem Abkommen, das erst 1997 erneuert worden ist, auch die Gegenleistung des Bundes im Rahmen seiner zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel.

Aber genau diese Haushaltsmittel sind es, nämlich rund 35 Millionen - das darf ich noch einmal in Erinnerung rufen -, die der Bund jetzt kürzen will. Das soll in drei Abschnitten geschehen: 2000 soll um 3 Millionen DM, 2002 um 29 Millionen und ab 2002 der gesamte Rest gekürzt werden. Ich sage hier ganz deutlich: Einen derartigen Rückzug des Bundes können wir in der Tat nicht akzeptieren.

(Beifall des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] und einzelner Beifall bei CDU und F.D.P.)

Auch wenn im gleichen Atemzug aus der Gesamtfinanzierung innere Sicherheit die Kosten für den BGS und das BKA um etliche Millionen gesteigert werden, ist die Sicherheitsfrage deshalb bei den Ländern nicht entscheidend besser geworden. Unter polizeitaktischen Gesichtspunkten ist es keine Frage, dass sich die **Ausstattung der Bereitschaftspolizeien** der Länder und des BGS für länderübergreifende Einsätze bei Bundes Einsätzen weitgehend bewährt hat. Ich darf nur an die Castor-Transporte erinnern, in deren Zusammenhang große Einsätze mit mehreren tausend Polizeikräften geführt worden sind.

Ich denke, dass gerade heute und gestern in Schleswig-Holstein die Übung von fünf Bundesländern im **Nordverbund** - Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein -, die den Bereich der Festnahme im Zuge von Schwerverbrechen und organisierter Kriminalität im Großraum Eutin-Plön üben, ein guter Beweis dafür ist, wie die Bereitschaftspolizeien des Nordverbundes effektiv zusammenarbeiten. Natürlich ist auch Effektivität gegeben, wenn entsprechende Ausrüstungsgegenstände von fünf Bundesländern gemeinsam benutzt werden. Das ist keine Frage.

Trotzdem müssen die Haushaltsmittel deshalb gleichermaßen zur Verfügung stehen. Ich darf deshalb auch daran erinnern, dass dieser Nordverbund auch im Bereich des SEK, Sondereinsatzkommando, dessen 25-jähriges Jubiläum wir vor kurzem gerade feiern konnten, Herr Füllner, auch ein weiterer Beweis dafür war, wie im Nordverbund einschließlich des Landes Brandenburg hervorragende Arbeit geleistet wird. Auch hier ist wiederum der Beweis gegeben, dass Schleswig-Holstein und die anderen Bundesländer durchaus in der Lage sind, die zur Verfügung stehenden Mittel sinnvoll einzusetzen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

(Peter Zahn)

Der Fehlbetrag von 1,3 Millionen DM wird uns deshalb in der Tat schmerzen. Diese Größenordnung ist ja als durchschnittliche Mehrfinanzierung zu erwarten. Das muss natürlich auch erst aus einem Haushalt ab 2001 herausgearbeitet werden. Ich denke auch, dass die Arbeit der Einsatzhundertschaft der Polizei in Schleswig-Holstein - Herr Schlie, Sie haben es ja gesagt - mit den 216 Beamten eine der besten in der Bundesrepublik ist. Sie wird überall gleichermaßen angefordert und sehr viel gelobt. Wir sind deshalb den Beamten und der Führung dieser Hundertschaft schuldig, hier weiter vernünftig zu wirken und sie in die Lage zu versetzen, ihre Arbeit zu leisten.

Wenn insgesamt über 16.000 Beamtinnen und Beamte der Bereitschaftspolizei der Länder zur Verfügung stehen, wird sich der Bund mit dem Hinweis auf den BGS nicht ganz von der Verantwortung lösen können. Wir brauchen deshalb auch hier - was auch schon die Innenministerkonferenz in Dresden deutlich gesagt hat - die **Beteiligung des Bundes**. Dabei müssen wir unseren Innenminister unterstützen, der schon morgen wieder bei der nächsten Innenministerkonferenz in Görlitz die Gelegenheit hat, auf dieses Problem aufmerksam zu machen. Das hat er auch schon in Dresden gemeinsam mit den anderen Landesinnenministern getan. Er hat eindeutig Farbe bekannt, dass wir auch die Mittel des Bundes brauchen. Ich begrüße außerordentlich für die SPD-Fraktion, dass diese Initiative aus Schleswig-Holstein schon geleistet wurde und vorgezogen worden ist.

Ich darf aber auch sagen, bei all den Möglichkeiten, die uns der Bund bei der Ausstattung gibt, dürfen wir nicht vergessen, was das Land Schleswig-Holstein selber für den Bereich der PD AFB in Eutin tut. Ich erinnere nur an die 17 Millionen DM für die Schießanlage, 7 Millionen DM für die Erneuerung der Kantinen und Wirtschaftsbetriebe, etliche Millionen für die neuen Lehrsäle, Entsorgungsmöglichkeiten und die Sanierung der Gebäude. Das bedeutet, dass dieses Parlament und diese Regierung den gesamten Bereich der Bereitschaftspolizeiabteilung und der Ausbildung in Eutin ganz oben auf der Prioritätenliste haben.

(Beifall des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Es gibt nämlich kein größeres Bauwerk des Landes als derzeit in Eutin bei der Bereitschaftspolizei. Auch das sollten wir einmal erwähnen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich begrüße in der Loge unseren früheren Kollegen Thomas Lorenzen.

(Beifall)

Das Wort hat Herr Abgeordneter Böttcher.

Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der geplante **Ausstieg des Bundes aus der Finanzierung der Bereitschaftspolizeien der Länder** ist - wie es ein Teil meiner Vorredner gemacht haben - nicht isoliert zu betrachten. Neben den innenpolitischen Dimensionen ist es im Wesentlichen eine finanzpolitische Diskussion über das Sparpaket. Ich gehe davon aus, dass diese Einsparung des Bundes gegenstandslos wäre, wenn die Länder dafür in anderen Bereichen Einsparungen akzeptieren würden. Aber Sie wissen ja - das ist in der Politik nicht anders als im normalen Leben -, sparen wollen alle, nur wenn es an die eigene Kasse geht, herrscht das Prinzip „Radio Eriwan“: Ja, aber nicht bei mir!

(Zurufe der Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Und wenn es um das Geld aus anderen Kassen geht, spielt bei der CDU Geld ja bekanntlich keine Rolle. Das hat Herr Kayenburg auch schon bei der Diskussion über die A 20 gezeigt.

Konkret will der Bund für das Jahr 2000 den Zuschuss von 35 auf 32 Millionen DM reduzieren, also insgesamt 3 Millionen für 16 Bundesländer. Das ist ein Betrag, der im Jahr 2000 sicher zu verkraften ist, ohne dass Sicherheitsdefizite zu befürchten sind. Aber auch eine völlige Streichung muss nicht zwangsläufig zu Sicherheitsdefiziten in der Bundesrepublik Deutschland führen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ach nee!)

Denn für den **Bundeshaushalt 2000** stehen den **Kürzungen** von 3 Millionen DM bei den Bereitschaftspolizeien der Länder Mehrausgaben von 70 Millionen DM für den Bundesgrenzschutz und 19 Millionen DM für das Bundeskriminalamt gegenüber - und das trotz des Spardrucks auch auf das Bundesinnenministerium. Von einer Vernachlässigung des Bereichs der inneren Sicherheit - wie es die CDU hier dargestellt hat - kann vor diesem Hintergrund keine Rede sein.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

- Nein, darum geht es auch gar nicht. Ich gehe davon aus, dass bei der Diskussion über das Sparpaket das Thema Bereitschaftspolizei von den Bundesländern weiterhin zur Sprache gebracht wird. Bei den Verhandlungen wird es auch darum gehen, welche Belastungen die Länder insgesamt überhaupt akzeptieren

(Matthias Böttcher)

können. Ansonsten könnten wir hier im Landtag jedes einzelne Pillepalle diskutieren

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

und sagen: Das Geld fehlt uns und das Geld fehlt uns bei der inneren Sicherheit. So kann man diese Diskussion nicht führen.

Wenn dieses Ergebnis vorliegt, wird sich zeigen, ob - und in welcher Höhe - wir ausgefallene Bundesmittel für die Bereitschaftspolizei überhaupt ersetzen müssen - das aber auch nur vor dem Hintergrund des Gesamtergebnisses. Herr Wienholtz sagte bereits, dass Schleswig-Holstein pro Jahr für **Ausrüstungsgegenstände** bisher zirka 1,3 Millionen DM aus Bundesmitteln erhält. Sie sehen, dass das eine verkraftbare Größenordnung zu sein scheint.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ihr sollt ja gerade 100.000 DM aus dem Panzergeschäft gekriegt haben!)

Manche laufen mit so einer Summe im Koffer durch die Gegend. Das gravierendste Problem ist aus meiner Sicht der Wegfall der Koordinierungsfunktion und die durch die Förderung herbeigeführten einheitlichen **Ausrüstungsstandards**. Allerdings sollten meines Erachtens die Innenminister der Länder in der Lage sein, dies notfalls auch selbst zu organisieren, denn auch unter der bisherigen Regelung hat es Probleme gegeben, weil nicht alle Bundesländer im gleichen Maße gehandelt haben. Das hat übrigens 1996 die alte Bundesregierung zum Anlass genommen, die für die Länder vorgesehenen Mittel um 5 Millionen DM zu kürzen. Sie sehen, dass diese Förderung nicht immer ganz unbehaftet von Problemen war.

Auf jeden Fall ist die einfache Gleichung, die der CDU-Antrag impliziert: „Kürzung = weniger Sicherheit“, einfach untauglich, das Problem zu beschreiben. Es ist vielmehr der Versuch, im Wahlkampf zu punkten. Natürlich wird diese Landesregierung dafür sorgen, dass unsere hervorragend ausgebildeten Einsatzhundertschaften auch die notwendige Ausrüstung erhalten. Wie unser Innenminister hier deutlich gemacht hat, wird er sich zusammen mit seinen anderen Kollegen für eine vernünftige Lösung einsetzen. Bei Bürgern und Beamten Angst zu schüren, ist nicht angebracht, Herr Schlie! So groß wie Sie das Problem aufblasen, ist es nicht.

(Klaus Schlie [CDU]: Wie schön, dass Sie das beurteilen können!)

Ich möchte Sie nur an die Umstrukturierung des Bundesgrenzschutzes in Schleswig-Holstein durch die CDU/F.D.P.-Regierung erinnern. Wo waren Sie denn

da? Das hat viel größere Probleme in diesem Land ausgelöst als die Reduzierung des Bundeszuschusses.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ausgerechnet von Ihnen! - Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was für eine interessante Debatte angesichts dessen, was wir heute Morgen diskutiert haben: eine Übertragung von weitreichenden **Kompetenzen** - übrigens auch von Finanzierungs Kompetenzen - von den **Ländern** auf den **Bund**. Ich weiß schon, wie der Bundesfinanzminister und der Bundesinnenminister sich darüber freuen werden, dass Sie demnächst die ganze Küste finanzieren dürfen. Herr Kollege Schlie, momentan machen wir die Diskussion genau anders herum.

(Klaus Schlie [CDU]: Sie sind doch sonst immer so flexibel!)

Herr Kollege Böttcher, ich finde es unangemessen, dass Sie in Bezug auf die Bereitschaftspolizei und die Frage der Dotierung der Bereitschaftspolizei durch den Bund von Pillepalle reden.

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Er hat gesagt, das seien Pillepalle-Diskussionen, die wir hier führen. Wir haben im Wahlkampf noch mehr Veranstaltungen, bei denen vielleicht nicht nur Herr Matthiessen auftritt und sich um alles kümmert, sondern zu denen Sie als polizeipolitischer Sprecher vielleicht auch mal kommen sollten. Da können Sie das im Zweifel erläutern.

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die **Bereitschaftspolizei** bildet einen wichtigen und kaum zu ersetzenden Teil der Polizei in Schleswig-Holstein.

(Beifall des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Die erste Einsatzhundertschaft in Eutin nimmt einen zentralen Platz in polizeitaktischen Überlegungen der Landespolizei bei Großlagen ein.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Die herausgehobene Stellung der Bereitschaftspolizei ist das Ergebnis von permanenten Übungen, eines

(Wolfgang Kubicki)

sehr hohen Ausbildungsstandes und der vergleichsweise guten sächlichen Ausstattung.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Das ist unbestritten und da gibt es auch keine unterschiedlichen Auffassungen zwischen dem Innenminister und mir - auf keiner Veranstaltung. Der vom Bund angekündigte Rückzug aus der **Mitfinanzierung** der Bereitschaftspolizeien der Länder, der sich im Jahr 2000 bereits mit einem Minus von 3 Millionen DM bemerkbar macht, bricht einen Teil dessen, der bisher die Qualität dieser Polizeieinheit ausmachte, heraus, nämlich die sächliche Ausstattung.

Der Ausstieg des Bundes gefährdet die **Existenz der Einsatzhundertschaft** massiv. So müssen nach Informationen meiner Fraktion bis zum Jahr 2001 neu angeschafft beziehungsweise ersetzt werden: Informations- und Kommunikationstechnik für 650.000 DM, Kraftfahrzeuge für 2,5 Millionen DM und Waffen und Gerät für etwas unter 1 Million DM. In der Summe macht das allein für diesen überschaubaren Zeitraum einen Bedarf von über 4 Millionen DM aus.

Hierbei ist der Bedarf für einen neuen Wasserwerfer noch nicht eingerechnet. Zwei der vier landeseigenen Modelle vom Typ 6 sind mehr als 15 Jahre alt und stehen aufgrund der hohen Unterhaltungskosten zur Ausmusterung an. Allein ein neuer Werfer vom Typ 9 würde das Land weitere 1,5 Millionen DM kosten.

Wie stellt sich der Bundesinnenminister zukünftig länderübergreifende Einsätze konkret vor? Bisher hat doch - bedingt durch die finanziellen Leistungen des Bundes - der Inspekteur der Bereitschaftspolizei eine herausragende Funktion bei der **Koordination** der Beschaffung und des Trainings der Ländereinheiten. Diese Koordinierungsfunktion fällt zukünftig einfach weg. Ich habe den Eindruck, dass der Bundesinnenminister sich über diese Frage keine Gedanken gemacht hat. Sonst macht er sich ja über viele Fragen Gedanken, aber hierüber nicht.

Sparen ist in Ordnung, der Staat muss sich von unnötigen Aufgaben entlasten. Die Bereitschaftspolizei ist aber keine unnötige Aufgabe, ganz im Gegenteil. Die Großlagen im Norden werden tendenziell eher mehr als weniger. Ich erinnere nur an die Castor-Transporte, die zwar aufgeschoben, mit Sicherheit aber nicht bis in alle Ewigkeit aufgehoben sind. Schließlich laufen die Kernkraftwerke im Land bisher noch.

Ich möchte außerdem an den glorreichen Vorschlag der Landesregierung - in der Person des zuständigen Ministers - erinnern, in Brunsbüttel ein atomares Zwischenlager einzurichten. Das ist ein Vorschlag, der bestimmt nicht unter dem Beifall der Bevölkerung umgesetzt werden kann.

Zudem hat sich die Qualität der Einsätze verändert. Ich darf nur an die rechte Großdemo und die Gegenaktionen von Linken hier in Kiel erinnern. Die dort angewendeten Taktiken vonseiten der autonomen Gruppen hatten eine völlig neue Qualität. Der Herr Innenminister weiß genau, wovon ich spreche, diejenigen, die sich damit auskennen, auch.

Nur eine gut trainierte und ausgestattete Hundertschaft ist überhaupt in der Lage, solche Lagen in Zusammenarbeit mit anderen Polizeistellen im Land und den Kolleginnen und Kollegen aus anderen Bundesländern zu bewältigen. Der **Bund** spart nicht, er verlagert einzig und allein die **Kosten** für eine allgemein als weiterhin nötig anerkannte Leistung auf die **Länder** und stiehlt sich damit aus seiner Verantwortung für die innere Sicherheit.

(Beifall des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

Für die Folgen ist dann wieder einmal keiner verantwortlich. Herr Kollege Böttcher, es ist doch abzusehen, dass das Land die erforderlichen 5 Millionen DM nicht aufbringen wird.

(Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es geht um 1,3 Millionen DM! Glauben Sie dem Bericht oder nicht?)

- Ich glaube dem Bericht, aber ich weiß, wie der Ersatzbedarf und die Notwendigkeit der Ersatzbeschaffung aussieht. Herr Kollege Böttcher, da Sie angeblich polizeipolitischer Sprecher der Grünen sind, informieren Sie sich doch bitte über den Ersatzbedarf bei den Qualitätsanforderungen unserer Landespolizei in den entscheidenden Fragen!

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ein anderes Thema! Reden Sie zum Thema!)

- Ach, Herr Matthiessen! Sie sind nicht nur blauäugig und Tierarzt, Sie laufen herum und sagen, Sie waren vor Jahren einmal polizeipolitischer Sprecher. Sie sind auch in Ihrer Gedankenwelt vor der letzten Landtagswahl stehen geblieben.

(Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und Sie können nicht rechnen!)

- Ich kann nicht rechnen? Na, herzlichen Glückwunsch! Herr Kollege Böttcher, der Innenminister war ja nicht einmal in der Lage, die wesentlich billigere Reparatur des Bootes „Helgoland“ der Wasserschutzpolizei anständig zu finanzieren. Sagen Sie mir

(Wolfgang Kubicki)

doch einmal, wo in den nächsten Jahren die 5 Millionen DM herkommen sollen.

(Beifall bei der F.D.P. - Klaus Schlie [CDU]:
Gutes Argument!)

Wenn die **Einsatzhundertschaft** nicht anständig ausgerüstet ist, kann sie weder im erforderlichen Umfang üben noch - wie bisher - ihre Mobilität gewährleisten, noch ist eine reibungslose Zusammenarbeit mit den Polizeien anderer Länder möglich. Kurzum: Es drohen massive **Qualitätseinbußen**. Was dann passiert, ist leicht vorstellbar. Wie ein Auto, das nicht fährt, ist auch eine Einsatzhundertschaft, die nicht sinnvoll eingesetzt werden kann, nichts wert.

(Klaus Schlie [CDU]: Genau!)

Nichts wert ist durchaus wörtlich zu nehmen. Was passiert denn in Zeiten knapper Kassen mit Einrichtungen, die im Vergleich zu ihrem Output zu teuer sind? Sie werden reformiert oder abgeschafft.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

Da weiterhin Bedarf an einem geschlossenen Verband bestehen wird, ist die Konsequenz der Entscheidung des Bundes absehbar. Die Einsatzhundertschaft wird in eine Einzeldiensthundertschaft umgewandelt werden und das mit allen negativen Konsequenzen: Schlechter Ausbildungsstand - jedenfalls schlechter als bisher -, weniger gemeinsame Übungen und ein geringerer taktischer Einsatzwert, ein signifikant gesteigertes Gefährdungspotential für die Beamtinnen und Beamten, massive Störung des Dienstbetriebs und Aufbau eines Überstundenbergs - ähnlich wie beim Bäderdienst - in denjenigen Dienststellen, aus denen die Beamtinnen und Beamte für ihre Einsätze in der Hundertschaft abgezogen werden.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Reden Sie doch mal zum Thema Bundeszuschüsse!)

- Ach, Herr Kollege Matthiessen! Ich werde Ihre Zwischenrufe noch zwei Monate ertragen können, dann sind Sie definitiv nicht mehr in diesem Landtag. Das ist das einzig Erfreuliche an dieser Veranstaltung.

(Beifall des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Auch Sie, Herr Kollege Neugebauer, müssen endlich einmal begreifen, dass Ihnen bei aller Überzeugungspolemik, die Sie anwenden, die Wählerinnen und Wähler in Scharen davonlaufen. Das muss doch eine Bedeutung haben. Sie bewegen sich auch in Schleswig-Holstein auf die 30 % zu - übrigens auch bei den Leuten, die sie früher einmal unterstützt haben. Reden

Sie doch mal mit den Beamtinnen und Beamten vor Ort! Reden Sie nicht nur über sie, sondern reden Sie mit ihnen, dann würden Sie sich hier möglicherweise auch anders einlassen!

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das Davonstehlen des Bundes aus der gemeinsamen Finanzierung ist durch nichts begründbar. Die Bereitschaftspolizei ist und bleibt notwendig, für die Länder wie für den Bund. Auch zukünftig wird der Bund von länderübergreifenden Einsätzen profitieren. Wenn der Bund keinen Beitrag zur Ausstattung mehr leisten möchte, sollte sich die Konferenz der Innenminister ernsthaft darüber Gedanken machen, ob dem Bund der Einsatz der Länderpolizeien nicht in Rechnung gestellt werden kann angesichts der Großlagen, die wir in Berlin zu erwarten haben.

Bisher habe ich gedacht - ich hoffe, dass es so bleibt -, dass jedenfalls die Mehrheitsfraktion mit uns gemeinsam dafür eintreten wird, dass die Qualität der inneren Sicherheit - jedenfalls was die Einsatzhundertschaft angeht - nicht durch Maßnahmen, die auf Bundesebene vorgenommen werden, beeinträchtigt wird. Herr Kollege Zahn, ich wäre wirklich dankbar, wir würden diese Geschlossenheit - ich gucke jetzt Sie an - weiterhin bewahren. Bei all dem, was wir tun können, werden wir den Innenminister unterstützen, die berechtigte Forderung seitens Schleswig-Holsteins und der anderen Länder dem Bund gegenüber zur Geltung zu bringen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU sowie der Abgeordneten Klaus-Peter Puls [SPD] und Peter Zahn [SPD])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Unterstützung des SSW hat der Innenminister auch.

(Beifall der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Wir haben Verständnis dafür, dass die Bundesregierung jetzt jeden Haushaltsposten durchforstet, um zu sehen, wo möglichst wenig schmerzhaft die notwendigen Milliarden für die angekündigte Erneuerung Deutschlands gefunden werden können. Allerdings haben wir erhebliche Zweifel, ob die Regelung zur **Finanzierung der Bereitschaftspolizeien** der Län-

(Anke Spoorendonk)

der, die sich nun seit 40 Jahren bewährt hat, wirklich der richtige Posten ist.

(Beifall der Abgeordneten Klaus Schlie [CDU] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Bisher hat das **Land** - darauf ist hingewiesen worden - die Personalkosten getragen, während der **Bund** für das Gerät aufgekomen ist. Der Bundesfinanzminister möchte jetzt in diesem Bereich der sachlichen Ausrüstung im nächsten Jahr 2,9 Millionen DM, 2001 29 Millionen DM und in den beiden folgenden Jahren jeweils 35 Millionen DM einsparen.

Wenn über die Neuverteilung der Finanzierung polizeilicher Aufgaben zwischen Bund und Ländern wirklich nachgedacht werden sollte, sollte dies konsequenterweise vor der Frage betrachtet werden, auf welcher Ebene und durch wen die Aufgaben der Bereitschaftspolizeien entstehen.

Es ist fast schon ein Treppenwitz, dass die Bundesregierung den Rückzug des Bundes aus der Finanzierung der Bereitschaftspolizeien erwägt, während bundespolitische Entscheidungen wie die Castor-Transporte oder internationale Veranstaltungen der Bundesregierung im Zusammenhang mit der EU oder Weltwirtschaftsgipfeln den Löwenanteil jener **überörtlichen Großeinsätze** ausmachen, die Bereitschaftspolizistinnen und -polizisten aus der ganzen Republik versammeln.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: EXPO 2000!)

- EXPO 2000 ist ein Stichwort.

(Beifall der Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Auch unsere schleswig-holsteinischen Beamtinnen und Beamten verbringen viel mehr Zeit in anderen Bundesländern als bei uns.

(Günter Neugebauer [SPD]: Was?)

Aus der Sicht des SSW ist es ganz natürlich, dass sich der Bund an der Finanzierung der Bereitschaftspolizeien beteiligt, solange er extensiv auf Kräfte der Länderpolizeien zurückgreift. Die bisherige **Kostenteilung** durch die Trennung von **Personal- und Gerätekosten** hat sich unserer Meinung nach bewährt. Ein alternativloser Rückzug des Bundes ist indiskutabel.

Daher wiederhole ich, was ich eingangs sagte: Wir unterstützen den Innenminister in seinen Bestrebungen, diese Kostenaufteilung zu erhalten und in der

Innenministerkonferenz gegen den Rückzug des Bundes aus der Finanzierung der Bereitschaftspolizeien anzugehen.

Die Bundesregierung hat als Symbol für ihr Programm „Deutschland erneuern“ eine Rose und eine Rosenschere gewählt. Ich vermute, die Bundesregierung möchte uns damit sagen, dass sie nichts von finanzpolitischen Rasenmähermethoden hält, sondern gezielt kürzen will. Ich hoffe sehr, dass sie die Verbindung mit den Bereitschaftspolizeien noch erkennen wird, dass sie die Schere nicht an Wildwuchs und kranke Triebe angesetzt hat, sondern in diesem Fall wirklich an dem Stamm.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

- Herr Kubicki, habe ich das Wort? - Danke!

Es ist kein Antrag auf Ausschussüberweisung gestellt worden. Heißt das, Ausschussüberweisung wird nicht beantragt? - Dann ist der Antrag mit der Abgabe des Berichts und der Diskussion erledigt.

Mir ist mitgeteilt worden, die Fraktionen hätten sich darauf verständigt, heute keinen weiteren Tagesordnungspunkt mehr aufzurufen.

(Zurufe von der SPD: Oh! Oh! - Martin Kayenburg [CDU]: Die Eröffnung der Baustelle!)

- Die Eröffnung der Baustelle? - Dann wünsche ich Ihnen allen einen fröhlichen Abend. Wir beginnen morgen früh mit dem Tagesordnungspunkt 8, Gütezeichen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:35 Uhr

Berichtigung

des Inhaltsverzeichnisses des Plenarprotokolls über die 97. Sitzung des Schleswig-Holsteinischen Landtages am Donnerstag, dem 14. Oktober 1999:

Auf Seite 7309 muss der Beschluss zu dem Tagesordnungspunkt „Neuregelung von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen“ lauten: Ablehnung.